





Schriftenreihe des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit

**Herbert Kloninger (Hrsg.)**

**Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus**

Internationale Erscheinungsformen  
und Zusammenhänge

Brühl / Rheinland 2003

## Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-930732-90-4

ISSN 0946-5782

Druck: Statistisches Bundesamt  
Zweigstelle Bonn

**Herausgeber:** Fachhochschule des Bundes  
für öffentliche Verwaltung  
Fachbereich Öffentliche Sicherheit

**Layout:** Werner Grünewald

**Umschlag:** Jörg Fandrey

[www.fhbund.de](http://www.fhbund.de)

## **Inhaltsverzeichnis**

**VORWORT..... 7**

**Sven Bergmann**

**DIE SPALTUNG DES FRONT NATIONAL  
UND DIE ROLLE BRUNO MÉGRETS ..... 11**

**Mark Miller**

**DR. WILLIAM L. PIERCE  
UND DIE „NATIONAL ALLIANCE“ ..... 65**

**Martin Bergen**

**VERBREITUNG VON NEO-NAZISTISCHEM  
PROPAGANDAMATERIAL AM BEISPIEL DER  
„NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN  
ARBEITERPARTEI/ AUSLANDS- UND  
AUFBAUORGANISATION“ (NSDAP/AO) ..... 93**

**Stephen Jäger**

**DIE INSTRUMENTALISIERUNG DER  
„FINKELSTEIN-DEBATTE“ DURCH**

**PUBLIKATIONSORGANE DES  
RECHTSEXTREMISTISCHEN SPEKTRUMS ..... 133**

## Vorwort

Der vorliegende Band fasst aus den zahlreichen Hausarbeiten zum Thema „Rechtsextremismus“, die Studierende aus den Laufbahnlehrgängen für den gehobenen Dienst in den letzten Jahren geschrieben haben, einige mit internationaler Blickrichtung zusammen. Nationalistische und rassistische Politikansätze zur Gesellschaftsveränderung, für die Politikwissenschaft und Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland die Umschreibung „Rechtsextremismus“ entwickelt haben, finden sich weltweit. So wie Nationalbewusstsein aus ganz unterschiedlichen Quellen entstehen kann (u.a. Kultur, Religion, Sprache, Geschichte, Wirtschaftskraft), so können in Gesellschaftsschichten stark abweichende persönliche oder ökonomische Erfahrungen eine Gegnerschaft gegenüber bestimmten Personengruppen wie beispielsweise Ausländern oder Behinderten fördern. Insofern sind international rechtsextremistische Erscheinungsformen, losgelöst von der inhaltlich-politischen Überzeugung, häufig auch Ausdruck von Unzufriedenheit in der Bevölkerung und damit von Protest.

Während sich die beiden ersten Arbeiten mit rechtsextremistischen Organisationen in Frankreich („Front National“) und den USA („National Alliance“) beschäftigen, zeigen die beiden anderen Ausarbeitungen, wie internationale Zusammenhänge für rechtsextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik bedeutsam werden können.

Der französische „Front National“ zog im Mai 2002 die internationale Aufmerksamkeit auf sich und löste heftige politische Diskussionen aus, als sein Parteivorsitzender Jean-Marie Le Pen überraschend zum Herausforderer Chiracs in die Stichwahl um das Amt des Staatspräsidenten gewählt wurde. Weniger bekannt war, dass Le Pen's „Front National“ schon seit Jahrzehnten, öfters mit zweistelligen Wahlergebnissen, in französischen National- und Regionalparlamenten vertreten gewesen ist. Nach der zuletzt dramatischen Spaltung des

„Front National“ in den Jahren 1998/1999 und nachfolgend jeweils schwächeren Wahlergebnissen richteten sich nunmehr wieder alle Augen auf Le Pen, der mit seiner Gegenkandidatur um das höchste Staatsamt einen unerwarteten persönlichen Achtungserfolg erzielte. Die vorliegende Arbeit beschreibt den Spaltungsprozess, schildert die für das Verständnis des „Front National“ wesentlichen persönlichen Hintergründe im Umfeld Le Pen's und geht auf die Situation der beiden Parteien nach den Präsidentschaftswahlen im Frühsommer 2002 ein.

In Europa weniger bekannt ist die amerikanische „National Alliance“ des Dr. William Pierce, deren politische Vorstellungen und Aktivitäten die folgende Arbeit beleuchtet. Selbstverständnis und moderner Medieneinsatz zeigen eine internationale Ausrichtung, die auch Verbindungen zu führenden deutschen Rechtsextremisten einschließt. Nach dem Tod des langjährigen Vorsitzenden Dr. Pierce im Sommer 2002 bleibt abzuwarten, wie sich diese rassistische und antisemitische Organisation in nächster Zeit weiterentwickeln wird.

Ebenfalls in den USA beheimatet ist die Organisation der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO) des Gary R. Lauck, die die rechtsextremistische Szene in der Bundesrepublik Deutschland propagandistisch maßgeblich unterstützt. Bedingt durch den überragenden Verfassungsrang der Meinungsfreiheit und fehlende Strafandrohungen beispielsweise für Volksverhetzung oder Aufstachelung zum Rassenhass (§§ 130, 131 StGB) werden die in Deutschland illegal verbreiteten neonazistischen Propagandamittel ganz überwiegend im Ausland, insbesondere in den Vereinigten Staaten hergestellt. Die sich ändernden Vertriebswege fordern die Sicherheitsbehörden immer wieder neu heraus, mit dem Internet haben sich bislang kaum vorstellbare neue Möglichkeiten erschlossen. Die vorliegende Ausarbeitung über „Die Verbreitung von neo-nazistischem Propagandamaterial am Beispiel der NSDAP/AO“ beschränkt sich nicht darauf, die organisatorischen und ideo-



logischen Hintergründe dieser international bedeutsamen Propagandaarbeit aufzuhellen; sie zeigt einige, wenn auch (international) schwierig zu verwirklichende Ansatzmöglichkeiten auf, um die zunehmende Verbreitung rechtsextremistischen Gedankengutes und NS-Werbung im Internet zumindest einzudämmen.

Ein weiteres Beispiel für die „Internationalisierung“ rechtsextremistischer Vorstellungen“ und ihre Nutzung durch deutsche Rechtsextremisten ist „Die Instrumentalisierung der ‚Finkelstein-Debatte‘, durch Publikationsorgane des rechtsextremistischen Spektrums“, mit der sich eine weitere Arbeit auseinandersetzt. Die Veröffentlichung des jüdischen New Yorker Politologen Finkelstein über „Die Holocaust Industrie – Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird“, die im Unterschied zu den USA in Deutschland ein beträchtliches Medienecho hervorrief, diente vor allem Autoren unterschiedlicher rechtsextremistischer Standpunkte dazu, mit einem vorgeblich selbst betroffenen und damit glaubwürdigen Kronzeugen die Kommerzialisierung des Holocaust zu belegen und damit antisemitische Vorstellungen zu fördern. Ein bemerkenswerter Verdienst der vorliegenden Ausarbeitung liegt darin, anhand exemplarischer Publikationen aus dem deutschen Rechtsextremismus („Junge Freizeit“, „Staatsbriefe“, „National-Zeitung“) neben der einheitlich festzustellenden antijüdischen Grundeinstellung unterschiedliche Argumentationsansätze und –ebenen herausgearbeitet zu haben.

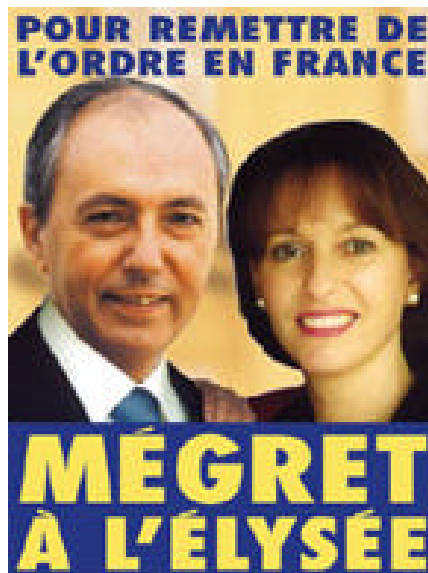
Brühl, den 10.1.2003

Herbert Kloninger



Sven Bergmann

## Die Spaltung des Front National und die Rolle Bruno Mégrets





## Einleitung

Gerade zu einer Zeit, da wir uns in einer weitentwickelten Phase des europäischen Integrationsprozesses befinden, ist ein Blick über die Grenzen des eigenen Landes hinaus besonders lohnenswert. Der wirtschaftliche Einigungsprozess hat seinen Höhepunkt zu Beginn des Jahres 2002 erfahren. Nun halten wir jeden Tag nicht nur irgendein Stück „Geld“ in den Händen, vielmehr tragen wir ein kleines Stück Europa in unseren Taschen! Es ist mithin nur noch eine Frage der Zeit, bis auch auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene Europa mehr als ein einheitliches Währungsgebiet darstellt. „Europäer“ zu sein bedeutet aber auch, ein Stück Offenheit unseren Nachbarn gegenüber zu zeigen, und somit gehört dazu auch das Beschäftigen mit den politischen, wirtschaftlichen und vor allem den gesellschaftlichen Strukturen eines Nachbarlandes.

Dabei fällt es bei der isolierten Betrachtung des Themas vielleicht etwas schwer, eine Verbindung zum europäischen Einigungsprozess ohne weiteres herzustellen. Dennoch besteht hier eine Verbindung, wenn man sich bewusst darüber wird, dass der Front National mit seinem Anführer Jean-Marie Le Pen über eine lange Zeit als das Vorbild für die Parteien der extremen und extremistischen Rechten in Europa galt. Mit der Spaltung der Partei in Mouvement National Republicain unter der Führung Bruno Mégrets und Front National, weiterhin in der Hand des mittlerweile 73-jährigen Jean-Marie Le Pen, ging eine beachtliche Erfolgsgeschichte seinem Ende zu.

Dabei gilt es auch zu beachten, dass z.B. Skepsis in der Einwanderungsfrage, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus im allgemeinen kein französisches oder deutsches Phänomen darstellt, sondern man sollte dieses als ein europäisches betrachten. Daher ist es umso interessanter, sich mit einer rechtsextremistischen Partei zu beschäftigen, wie z.B. dem Front National, welcher es geschafft hatte, ein

Sammelbecken für sämtliche „rechte“ Strömungen zu schaffen, und es dabei zu erschreckenden Ergebnissen brachte.

In bezug auf Europa stellt dies wiederum ein Beispiel dar, aus denen diejenigen, welche mit beiden Beinen auf dem Boden der Demokratie und der Toleranz stehen, ihre Lehre ziehen könnten.

Im Rahmen dieser Ausarbeitung sollen zum einen die einzelnen Prozesse der Spaltung hinsichtlich der persönlichen Konflikte der Personen Le Pen und Mégret, welche maßgeblich für die Entwicklungen sind, dargestellt werden. Zum anderen geht es natürlich auch um programmatische Unterschiede. Dabei sollen diejenigen berücksichtigt werden, die sich bereits während der Spaltung andeuteten, aber auch diejenigen, welche nach dem Vollzug der Spaltung zwecks gegenseitiger Abgrenzung entwickelt worden sind.

Die eigentlichen Spaltungsprozesse sollen bei der Bearbeitung in den politischen und gesellschaftlichen Gesamthintergrund eingebettet werden.

## **Bestandsaufnahme – Die aktuelle Rolle des Front National im französischen Parteiensystem**

### **Rückblick auf die Bedeutung des FN vor der Spaltung**

Seit dem eigentlichen Durchbruch des Front National (FN) in den Gemeinderatswahlen 1983 in Dreux, wo der FN bis dahin erstmalig 16,72% der Stimmen im ersten Wahlgang erhielt, konnte diese Rechtspartei im französischen Parteienspektrum ab Mitte der 80er Jahre einen kontinuierlichen, unglaublichen Erfolg verbuchen: Sowohl bei den Parlaments-, Regional-, Präsidentschaftswahlen als auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament konnte der FN Ergebnisse von 9,8% (bei

den Parlamentswahlen 1988) bis zu 15,3% der Stimmen (bei den letzten Präsidentschaftswahlen) auf sich verzeichnen.<sup>1</sup>

Grund für den starken Anstieg der Stimmenanzahl war die erstmalige Thematisierung des Einwanderungsproblems sowohl Inker- als auch rechterseits. Dieses Thema eignet sich natürlich besonders als ein Mittel der polemisierenden Demagogie. Durch eine Strategie der rechten Parteien gegen die Linken mittels Instrumentalisierung des FN kam es erst recht zur Aufwertung des Front National, so dass es zu diesem Wahlerfolg in Dreux kommen konnte.<sup>2</sup>

Dieser aufgekommene Wahlsieg des FN sollte sich noch weiter fortsetzen. Alleine die Ergebnisse sämtlicher Wahlen sprechen für sich: Bei den Bürgermeisterchaftswahlen in Toulon, Orange und Marignane (1995) sowie bei den Bürgermeisterwahlen in Vitrolles (1997) konnte der FN wiederum bis dahin ungekannte Erfolge auf sich verzeichnen.<sup>3</sup>

Abermals konnte sich das Erfolgskonto füllen und zwar zum einen aufgrund der Unfähigkeit der übrigen Rechtsparteien zur Einigung in Ideologie und gemeinsamer pragmatischer Vorgehensweise. Zum anderen, weil den zunehmenden Erfolgen des FN nichts in folgender Hinsicht entgegenstand: Während es zu den Errungenschaften von 18% in der Ardèche, um 10,5% im Departement Asiège und sogar knapp an die 20 %-Marke in der Haut-Loire kam, konnten die linken Parteien nicht angemessen auf das Voranschreiten von Le Pen mit seiner Partei reagieren. Es wurden sogar Regionen mit traditionell katholischer Wählerschaft erobert. Außerdem verloren

---

<sup>1</sup> Vgl. CAMUS, Jean-Yves: Front National, Eine Gefahr für die französische Demokratie?, Bouvier Verlag, Bonn, 1998, S. 29 ff.; Minkenberg, M., FN 2, Dokumentationsanhang, S. 291ff.

<sup>2</sup> Vgl. MINKENBERG, Michael: Der Front National (FN), Leske und Budrich Verlag, Opladen, 2000, S. 283f.

<sup>3</sup> Vgl. MINKENBERG, M., FN 2, S. 286

RPR (Rassemblement pour la République) und UDF (Union pour la démocratie française) Stimmen an den Front National.

Die Besetzung der mit Emotionen der Wählerschaft eindeutig verquickten Sachthematika wie z.B. Sicherheit, Justiz und Einwanderung verschaffte Le Pen und seinem Front National ein gewisses kontinuierliches Einverständnis mit seinen Thesen, d.h. ein Nahestehen der Franzosen von 28% gemäß einer SOFRES-Umfrage für RTL und Le Monde.<sup>4</sup>

Dem Front National ist demnach eine nicht gerade unbedeutende Rolle innerhalb des französischen Parteiensystems beizumessen. Betrachtet man die anteilmäßige Stimmenverteilung auf die übrigen Parteien, z.B. bei den Wahlen zur Nationalversammlung, so stellt man schließlich fest, dass sich der FN stimmenmäßig 1997 z.B. gegenüber der PCF (Parti communiste français) ein gewaltiges Gewicht verschafft hatte.<sup>5</sup>

Der FN galt somit als beispielhaft für die übrigen „Rechtsparteien“<sup>6</sup> Europas bis zu jenem Zeitpunkt seiner Spaltung. In allen „Conseils régionaux“ einst vertreten hatte der Front National erreicht, wovon die Rechten Europas und vor allem die Rechtsextremisten in Deutschland nur träumten: Als Sammelbecken verschiedenster Strömungen rechten Gedankenguts durch Professionalität glänzen zu können und durch geschickte Polemisierung erfolgreich zu sein.<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. CAMUS, J.-Y., FN 1, S. 202f.

<sup>5</sup> Vgl. MINKENBERG, M., FN 2, Dokumentationsanhang, S. 291ff.

<sup>6</sup> Hier wurde der Begriff „Rechtspartei“ verwendet, da sich eine Einordnung als rechtsextremistische Partei in vielen Ländern Europas als schwierig gestaltet.

<sup>7</sup> Vgl. FROMM, Rainer, KERNBACH, Barbara: Europas braune Saat, Die internationale Verflechtung der rechtsradikalen Szene, München, 1994, S. 215f.



## **Ausgang der Europawahlen 1999**

Die Spaltung der Partei 1999 in Front National und die Bewegung um Bruno Mégret (Mouvement National Républicain-MNR) und die erstmalig getrennt durchgeführte Teilnahme an den Europawahlen bewirkte eine Quittung, die reich an Konsequenzen war: Der Front National erreichte lediglich einen Stimmenanteil von 5,7 %. Gewählt wird bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nach dem Verhältniswahlrecht mit einer 5%-Klausel, wobei Frankreich einen Wahlbezirk bildet. Wichtig ist hierbei auch die Abhängigkeit der Rückerstattung einer Kaution in Höhe von 100.000 FF, welche vor der Wahl hinterlegt werden muss, vom Erreichen der 5 %-Marke.<sup>8</sup>

Eine herbe Enttäuschung wurde Bruno Mégret beschert, als seine Partei (MNR) lediglich auf 3,3% der Stimmen kam und somit dem Europäischen Parlament nicht angehört. Die Schmach allerdings ist sowohl dem MNR als auch dem FN gleichermaßen bereitet, betrachtet man einmal die Tatsache, dass selbst die Partei der Jäger und Fischer den FN mit insgesamt 6,77% überholte.<sup>9</sup> Der FN bildet nun eine Fraktion nach dem Beispiel der „technischen Fraktion“ von 1989 mit weiteren Abgeordneten aus der Lega Nord, MSI, Vlams Blok, und, was allerdings besonders skurril ist, mit der Liga Bonino, einer eher linken Gruppierung.<sup>10</sup>

Hieran kann man eigentlich schon erkennen, wie es dem FN ergangen ist. Dass der Front National mit Abgeordneten einer linken Liste eine Fraktion bildet, wo, wie man an späterer

---

<sup>8</sup> Vgl. SCHILD, Joachim: Wahlverhalten und Parteienwettbewerb, Leske und Budrich Verlag, Opladen, 2000, S. 59ff; OSTERHOFF, André: Die Eurorechte, Unrast-Verlag, München, S. 17

<sup>9</sup> Die Partei „der Jäger und Fischer“ ist mit der Liste: „Jagd, Fischerei und Tradition“ angetreten.

<sup>10</sup> Vgl. SCHÖNHUBER, Franz: Europas Patrioten, VGB-Verlagsgesellschaft, Berg am Starnberger See, 2000, S. 23, 2. Spalte

Stelle noch sehen wird, Le Pen noch nicht einmal die Annäherung an die Konservativen erwägt! Dahinter konnte lediglich ein wahltaktischer Grund stecken, z.B. ein neuer Etablierungsversuch mittels Demonstration einer besonderen Kooperationsfähigkeit zum Wohle der „Grande Nation“.

## **Die Bedeutung von MNR und FN nach der Spaltung**

Der Ausgang der Europawahlen vom Juni 1999 hat den aktuellen Stand der beiden Parteien aufgezeigt. Bei der Beurteilung der Lage beider Parteien ist auch zu beachten, dass gerade das Protestwahlverhalten besonders bei Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht zum Ausdruck kommt, da das relative Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen ohnehin Kandidaten bündnisfähiger Parteien von den Wählern eher berücksichtigt. Außerdem werden sowohl die Regionalwahlen als auch die Europawahlen als „Nebenwahlen“ betrachtet, wobei auch eine allgemein geringere Wahlbeteiligung das eigentliche Protestwählerpotential noch stärker zur Geltung bringt.<sup>11</sup> Somit sind die Perspektiven für die künftigen Gemeinderats-, Bürgermeisterwahlen sowie für die Wahlen zur Nationalversammlung bei einem Ergebnis von 5,7% für den FN und 3,3% für den MNR nicht besonders vielversprechend. Das bedeutet, dass einerseits der mittlerweile 73-jährige Le Pen wiederum auf die Stärke und Überzeugungskraft seiner Person setzen müsste. Andererseits müsste der MNR noch viel mehr Kraft für die Versuche zur Etablierung aufwenden.

Umso erstaunlicher ist es, dass man Le Pen für die Präsidentschaftswahlen 2002 ein glorreiches Comeback voraussagte, wie an weiterer Stelle noch zu sehen sein wird.

---

<sup>11</sup> Vgl. SCHILD, Joachim, FN 8, S. 60

## Spaltungsprozesse

### Bruno Mégret – die „Nr. 2“ des Front National

Während es schließlich Jean-Marie Le Pen über Jahre hinweg gelungen ist, im Front National die Führung gänzlich in seiner Hand zu halten, macht man sich allerdings auch Gedanken über die Nachfolge des mittlerweile über 70-jährigen Präsidenten. So sagt Yvan Blot, der ehemals engste Freund Bruno Mégrets, in einem Interview: „Es handelt sich bei dem Streit zunächst nicht um eine ideologische Spaltung, sondern mehr um einen personellen Konflikt und einen Streit über Methoden. Die persönliche Umgebung des Vorsitzenden Le Pen hatte in den letzten Wochen die Absicht, Bruno Mégret auszuschalten. Es handelt sich konkret um eine persönliche Konkurrenzsituation zwischen dem Schwiegersohn Le Pens, Maréchal und Bruno Mégret. Beide wollen Le Pen als Parteivorsitzenden beerben. Bislang hatte es immer so ausgesehen, als ob klar wäre, dass dies Mégret sein wird. Mégret musste im Lauf dieser Jahre also erkennen, dass man versucht, ihn aus der Partei zu drängen – er musste also handeln.“<sup>12</sup>

Dieses Zitat Blots, der ebenfalls neben Mégret als geistiger Vordenker des Front National gilt, zeigte bereits Ende 1998 auf, wie es im Innern der Parteiführung aussah. Allerdings gilt es auch festzustellen, dass es sich natürlich nicht nur um personelle Auseinandersetzungen handelte, sondern dass es auch um programmatische Divergenzen ging, d.h. vielmehr grundsätzlicher Art. Wie bereits erwähnt, konnte der FN als Sammelbecken verschiedenster Strömungen ein hervorragendes Beispiel für das Zusammenspiel verschiedener rechts-extremer und rechtsextremistischer Richtungen abgeben.

---

<sup>12</sup> Zitiert aus: STEIN, Dieter: Der Konflikt wird schärfer, in: Junge Freiheit, Onlineausgabe Nr. 52/53 1998, Online im Internet: URL: <http://www.jungefreiheit.de>, Stand: 02.01.2002

Geht man von drei vorwiegenden Strömungen aus, den

- Vertretern des **Traditionalismus**, welcher in engem Zusammenhang mit dem stark vertretenen Katholizismus gesehen werden muss,
- Vertretern des **Etatismus**, welche ebenfalls Vertreter des Nationalismus sind, darüber hinaus allerdings noch eine bestimmte Vorstellung von der Größe und der Sendung Frankreichs haben,
- Vertretern der **populistischen Rechten**, welche eher weniger zu den elitären Kreisen der Zweiten Strömung gehören und sich vor allem auch durch eher volkstümliches Auftreten zu erkennen geben,

so kann man Le Pen im Gegensatz zu Mégrét der dritten Strömung zuordnen. Mégréts intellektuelle Überlegenheit nicht nur gegenüber Le Pen hat ohnehin zu einer gewissen Distanz zu den proletarischen, kleinbürgerlichen Vertretern innerhalb des FN geführt. Konfliktpotential war also auch in dieser Hinsicht reichlich vorhanden. Eine Überlegenheit Mégréts konnte sich ein Jean-Marie Le Pen natürlich nicht bieten lassen!<sup>13</sup>

Bruno Mégrét also, ein Mann über 50 Jahre alt, der ein Bestreben verspürte, sich einen angemessenen, d.h. nicht gerade minderbedeutsamen Platz in der französischen Politik zu verschaffen, begann folglich seine Ansprüche geltend zu machen. Der Absolvent zweier Eliteschulen - Polytechnique des Ponts et Chaussées sowie der US-Universität von Berkeley - gehörte dem Kader des „Club de l’Horloge“ an, eben diesem elitären Intellektuellenkreis, welcher die Ideologien der „Nouvelle Droite“ (Neue Rechte) entwickelte, wurde somit zum Chefideologen des Front National. Er fand seine Anhän-

---

<sup>13</sup> Vgl. WEISSMAN, Karlheinz: Frankreichs Rechte zerfleischt sich selbst, in: Junge Freiheit, Onlineausgabe Nr. 01 1999, Online im Internet: URL: <http://www.jf.archiv.de/online-archiv/>, Stand 12.01.2002

gerschaft zunächst einmal in den Kreisen der Intellektuellen, die bis dahin auch nur als Nebenstrukturen der Partei existierten<sup>14</sup>.

Bruno Mégret avancierte zum Generaldelegierten. Diese Position hatte er auch bis zum Vollzug der Spaltung innegehabt und galt aufgrund seiner bedeutsamen Rolle als Chefideologe als die „Nr. 2“ des FN. Da wirkte es fast schon komisch, dass Mégret neben Le Pen, der ein großer, blonder Bretoner ist, durch seine Kleinwüchsigkeit zumindest in seiner Außenwirkung zweitrangig erscheint. Da er als Bewunderer Napoleons gilt, wird er von den Lepenisten „Le Nabot“ genannt, was übersetzt soviel bedeutet wie „Zwerg“.<sup>15</sup>



## **Personelle Konfliktsituationen**

Wie bereits angeschnitten zeichnete sich die Spaltung des Front National in erster Linie an personellen Konfliktsituationen ab bzw. betrifft in erheblichem Maße die familiäre Situation Jean-Marie Le Pens. Zunächst war der Kampf noch eher latent, und der damit verbundene Richtungsstreit zwischen Mégretisten und Lepenisten um den 1. Platz innerhalb der

---

<sup>14</sup> Vgl. SCHMIDT, Bernhard: Die Rechten in Frankreich, Elefanten Press Verlag, Berlin, 1998, S. 159ff.

<sup>15</sup> Vgl. SCHÖNHUBER, F., FN 10, S. 14, 2. Spalte

Partei kam erst richtig vor dem Eintritt in den Europawahlkampf 1999 auf.

Der für seine gelegentlichen verbalen Entgleisungen bekannte Le Pen trieb es einmal auf die Spitze, als es zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung mit einer sozialistischen Abgeordneten kam.<sup>16</sup> Das zuständige Gericht verurteilte ihn in erster Instanz zum Verlust des passiven Wahlrechts für eine Dauer von zwei Jahren. Mittels dieser körperlichen Entgleisung wollte Le Pen angeblich nur die Attacken gegen seine älteste Tochter, Marie-Caroline, bei ihrem Wahlkampfauftritt im Wahlkreis Mainte la Jolie abwehren. Dieses entwickelte sich leider zu einem doppelt großen Pech für Le Pen persönlich: Nach dem Vollzug der Parteispaltung lief Marie-Caroline nämlich zum Mouvement National Républicain über und ist nun eine der „Vorzeigemégretistinnen“.<sup>17</sup>

Obwohl Le Pen Revision gegen die Verurteilung aufgrund seiner „Ohrfeige“ eingelegt hatte, hielt er sich dennoch eine weitere Tür für den Fall der tatsächlichen Unwählbarkeit offen:

Seine Ehefrau Jany Le Pen sollte an die Spitze der Wahlliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 gestellt werden, damit auch weiterhin jeder die Möglichkeit hatte, Le Pen zu wählen, der auch Le Pen wählen wollte. Dass dies natürlicherweise für Unmut sorgen würde, hätte dem amtierenden Parteichef eigentlich bewusst sein müssen, nachdem Bruno Mégret seinen Anspruch auf die Besetzung der Spitzenposition der Wahlliste bereits angemeldet hatte. Nichtsdestoweniger blieb Le Pen dabei, dass es schließlich nur eine, d.h. die einzige, „Nummer 1“ geben konnte, und das konnte

---

<sup>16</sup> Vgl. RUBECK, Nicolaus: Front National, Debatte um die Nachfolge von Jean-Marie Le Pen, in: Junge Freiheit, Onlineausgabe Nr.38, 1998, Online im Internet: URL: <http://www.jungefreiheit.de/archiv98>, Stand: 14.01.02

<sup>17</sup> Vgl. SCHÖNHUBER, F., FN 10, S. 19ff.

nur er selbst sein! So verkündete er es immerhin bei der Sommeruniversität in Toulon, wobei Mégret zuvor annoncierte, dass es sich bei dem Vorhaben des Parteichefs um keine gute Idee handeln würde.<sup>18</sup> An dieser Stelle wird bereits offensichtlich, wie unwiederbringlich die Herstellung einer inneren Einheit sich darstellt, da der Riss, der sich durch die gesamte Partei zog, nun bis in die Öffentlichkeit hinausragt. Es war nun also die Zeit angekommen, da sich einer von den beiden durchsetzen musste.

Im Prinzip ging es Le Pen lediglich um die unerbittliche Art der Aufrechterhaltung seiner Macht. Vor allem folgender Aspekt verdeutlicht dies: In Frankreich ist es in der Regel so, dass die entsprechenden Wahllisten wegen der Länge der Parteinamen oder Wahlvereinigungen jeweils nach dem Spitzenbewerber benannt werden. Dies bewirkt automatisch eine stärkere öffentliche Wahrnehmung des jeweiligen Kandidaten und würde bei der Aufstellung einer „Liste-Mégret“ Le Pen zweifelsohne in den Hintergrund stellen. Überdies würde es sogar beweisen, dass die „einzige Nummer 1“ ersetzbar wäre, erst recht dann, wenn Mégret ein besseres Wahlergebnis erzielt und Le Pen damit überboten hätte. Alles in allem ist dies gewiss keine wünschenswerte Situation für Le Pen selbst und bot damit auch seinem Schwiegersohn Maréchal keinen geeigneten Anhaltspunkt, um seine Ansprüche geltend machen zu können.<sup>19</sup>

Mégret wiederum konnte es nicht zulassen, dass eine politisch notwendige Entscheidung zugunsten des Le Pen Clans getroffen wird. Insofern war es nun auch sein Augenblick, da er sich einer breiten Unterstützung in der Parteibasis sicher wissen

---

<sup>18</sup> Vgl. COURNOYER, Patrick: Der FN vor der Spaltung, in: Junge Freiheit, Onlineausgabe Nr. 51/98, Online im Internet, URL: <http://www.jf-archiv.de/archiv98>, Stand: 14.01.2002

<sup>19</sup> Vgl. RUBECK; Nicolaus, FN 16

konnte. Bislang sind Unterstützungsversuche möglicher Konkurrenten Mégrets seitens des Le Pen-Flügels fehlgeschlagen.

## **Familiengeschichten**

Le Pen hatte den großen Fehler begangen, nicht nur völlig in seiner „eigenen“ Partei aufzugehen, sondern auch seine Familie, den Le Pen-Clan, in den FN zu verstricken. Das zeigt sich sowohl bei der Einbindung seiner Ehefrau Jany als auch bei der Einbindung seiner Töchter. Dabei hätte Le Pen erste Lehren bereits aus dem Verhalten seiner Ehefrau ziehen können, die vor der vorgesehenen Kandidatur zu den Wahlen zum Europäischen Parlament den FN-feindlichen Zeitungen Interviews gab und ihnen auch Einblicke in die luxuriöse Privatwohnung im Pariser Vorort Ruieul-Malmaison gewährte. Diese Veröffentlichungen brachten bei den weniger betuchten Parteimitgliedern Neid hervor, was den Gegnern Le Pens innerhalb der Partei gelegen kam, da sie den aufgekommenen Neid gegen den Parteichef instrumentalisieren konnten. Dies bewirkte also, dass Le Pen das Fehlverhalten seiner Frau der Partei gegenüber rechtfertigen musste und letztlich die Wogen zu glätten hatte. Le Pen war natürlich nicht in der Lage und auch nicht geschickt genug, solche Fauxpas auf eine annehmbare Art und Weise zu lösen. Seine Manier des autoritären Stils jedenfalls sollte ihm dabei nicht behilflich sein.

1997 wollte er seine Tochter Marine, welche neben anderen Le Pen-Kandidaten nicht die erforderliche Mehrheit des Kongresses auf sich vereinen konnte, unbedingt in das Zentralkomitee einbringen.

Hieran ist zu erkennen, welchen Stellenwert die pure Ausübung der Macht für den Parteichef Le Pen hat. Er will sich durch die Auswahl und Implantierung seiner Kandidaten verwirklichen, durch den Einsatz seiner Macht noch mehr Macht erlangen.

Ein weiteres, negatives Beispiel für diese familiären Verstrickungen ist das Verhältnis zwischen Le Pen und dem Lebens-



gefährten der ältesten Tochter Marie-Caroline. Dieser Lebensgefährte ist einer der größten Widersacher Jean-Marie Le Pens. Dazu ist er weniger aus rein persönlichen Gründen geworden als vielmehr dadurch, dass er sich zu den Modernisierern zählt und somit den Traditionalisten um Le Pen und ihm selbst nicht gerade sehr nahe steht. Die Quittung für Le Pen gab es, wie bereits erwähnt, durch das Überlaufen der Tochter zu den Mégretisten.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass ein Großteil des personellen Konfliktpotentials durch Le Pens Unvermögen, zwischen Familie und Politik unterscheiden zu können, entstanden ist. Er machte den Eindruck, als wollte er auch diesbezüglich gar nicht unterscheiden, was auch nur logisch wäre. Seine Überreaktionen in Form von Beleidigungen und Bezichtigungen gegenüber seinen Gegnern bescheinigt ihm die Unfähigkeit zum sachlichen, pragmatischen Diskurs. Das war auch die Ursache dafür, dass man das Verhalten des Le Pen wesentlich stärker kritisierte und ihm diese Fehler auch dementsprechend übelgenommen wurden. Betrachtet man wiederum die Tatsache, dass Mégret bei der Besetzung des Postens der Bürgermeisterkandidatin durch seine Frau Catherine in Vitrolles einen ähnlichen Schachzug vorgenommen hatte, was ihm allerdings heute keiner mehr nachträgt. Die mit den familiären Problemen einhergehende Verbitterung des Parteichefs machte eine Aufrechterhaltung bzw. die Wiederherstellung der inneren Einheit und äußere Geschlossenheit des Front National unmöglich.

## **Die Auseinandersetzung spitzt sich zu**

Le Pens Lage gestaltete sich überaus prekär, da er nicht mehr in der Lage war, seine Partei mit annähernd kollegialen Kompromissen zu retten. Der eigentliche Eklat war folglich nicht mehr abzuwenden:

Le Pen beschimpft seine Widersacher, flucht und entlässt sie. So soll Le Pen im Dezember 1998 fast die Hälfte der Führungs-

kräfte des Front National entlassen haben.<sup>20</sup> Nutzlose Drohgebärden und seine wütenden Entlassungen bestätigten jedoch seine Gegner stets, so dass Mégret immer mehr Mitglieder für sich gewinnen konnte. Die Parteiverbände innerhalb des Front National, die sogenannten „Sous-sociétés“, lösten sich sowohl in der Hauptstadt als auch in der Provinz vom Le Pen-Flügel. So z.B. auch im Département Rhône-Alpes, der zweitgrößten Wirtschaftsregion Frankreichs, wo der Front National nach den Regionalwahlen im Frühjahr 1998 an der Regierung beteiligt worden war.

Fraglich war nun geworden, wie lange Le Pen, nachdem ungefähr die Hälfte der Führungskräfte entlassen worden war, es noch hinnehmen würde, dass Mégret fortan versuchte, die Macht an sich zu nehmen. Eine Versöhnung wurde unmöglich!

## **Die Entmachtung Mégrets**

Nach tagelang anhaltenden wechselseitigen Beleidigungen und Bezeichnungen fuhr Mégret mit seiner engsten Anhängerschaft aus den Führungskreisen in das Hauptquartier des Front National nach Saint-Cloud. Dort tagte das Politbüro des FN ohne Anwesenheit der Mégretanhänger. Das Ergebnis dieser Tagung war nicht anders zu erwarten: Sie wurden samt ihrem „Anführer“ Mégret aus der Partei ausgeschlossen!<sup>21</sup>

Dies war nun der letzte Schritt des bretonischen Parteichefs auf dem Weg, seinen Chefideologen zu entmachten. Die

---

<sup>20</sup> Vgl. BERNATH, Markus (Lyon): Die Ratten verlassen den Rattenfänger, in: Freitag, die Ost-West Wochenzeitung, 18.12.1998, Online im Internet: URL: <http://www.freitag.de/1998/52/003.htm>, Stand: 12.12.01

<sup>21</sup> Vgl. BALMER, Rudolf: Bruch und Spaltung im Front National, Online im Internet: URL: <http://www.myweb.worldnet.net/~balmer/front.-html>, Stand:12.12.01

etappenweise Machtentziehung hatte seit dem Eintritt in die Vorbereitung der Europawahlen begonnen. Zunächst hatte man Mégret nicht mehr an der Organisation des Europawahlkampfes teilhaben lassen. Danach wurde die Wahlliste von Le Pen gesäubert, und Mégret durfte sich dann mit dem zehnten Platz auf der Wahlliste begnügen.<sup>22</sup>

Mégret jedoch nahm diesen Ausschluss nicht ohne weiteres hin, sondern verlangte nach der Einberufung eines Parteitauges, da die Beschlüsse des amtierenden Parteivorsitzenden gegen die Statuten verstießen. Die dazu notwendige Anzahl an Unterschriften, nämlich die von mindestens 20% der Parteimitglieder, lag theoretisch vor.

Ferner hat die „Ausschlusstaktik“ von Le Pen einige juristische Folgen herbeigerufen. Da nun zwei „Clans“ ihren Anspruch an der Partei geltend machen wollten, ging kein Schritt an der Hinzuziehung eines Treuhänders vorbei, der das Vermögen der Partei genau im Auge behalten sollte. Darüber hinaus wurde das Postfach der Partei seit dem Vorfall von einem Gerichtsvollzieher geleert, um eventuelle Unterschlagungen etc. zu vermeiden. Selbstverständlich stand auch noch die Verhandlung über das Recht am Parteinamen und den dazugehörigen FN-Signés aus. Dabei wurden diese Streitigkeiten u.a. von Le Pens Hetztiraden begleitet; er sah nun sein Lebenswerk in Gefahr. Dies bringt u.a. sein bekannter Ausspruch zum Ausdruck: „Was mich von Cäsar unterscheidet, dem sich Brutus mit dem Messer im Gewande nahte, ist dies: Ich bedecke mein Haupt nicht mit der Toga, sondern ich ziehe mein Schwert und töte Brutus!“<sup>23</sup>

---

<sup>22</sup> Vgl. BERNATH, M., FN 20

<sup>23</sup> Zitiert nach: BALMER, R., FN 20

## Der Kongress von Marignane

Was es noch zu klären gab, das war nur noch im Rahmen eines Sonderkongresses möglich. Eine Lösung war also nur noch im Rahmen eines solchen Sonderparteitages zu finden. Dieser Sonderkongress sollte dann über das weitere Vorgehen hinsichtlich der Parteiführung und der Klärung bestehender programmatischer Divergenzen, vor allem in Hinblick auf die Modernisierer, entscheiden.

Die notwendige Anzahl an zustimmenden Mitgliedern konnte Bruno Mégret relativ schnell zusammenbringen, da sich einige „Sous-sociétés“ ohnehin von Le Pen distanziert hatten. Im übrigen wäre dieser außerordentliche Parteitag nach den Statuten der Partei und nach französischem Recht auch einklagbar gewesen.<sup>24</sup>

Mégret ist es auch ohne juristische Schritte gelungen, ca. 2500 Mitglieder<sup>25</sup> als Delegierte für eine außerordentliche Versammlung im südfranzösischen Marignane vom 23.01. bis zum 24.01.1999 zu versammeln. Dabei hat er 63 von 100 Abteilungssekretären, zwei Drittel der Bezirksvereinigungen, einen Großteil des *FNJ*<sup>26</sup>, des *Renouveau étudiant*<sup>27</sup> sowie die Hälfte der Mitglieder des *DPS*<sup>28</sup> für sich gewinnen können. Ferner stellten sich aber auch Martin Peltier (Chefredakteur der Wo-

---

<sup>24</sup> Vgl. STEIN, D., FN 12

<sup>25</sup> Anmerkung: Die genaue Anzahl der Delegierten ist nicht exakt feststellbar. In den verschiedenen Quellen findet man Angaben zwischen 2000 und 2500 Delegierten.

<sup>26</sup> Front National de la Jeunesse, die Jugendorganisation des Front National

<sup>27</sup> Studentenorganisation des FN

<sup>28</sup> Département-Sécurité-Peltier, der Ordnungsdienst des Front National, deren Angehörige zu einem beachtlichen Teil im Zuge Le Pens Entlassungswut ihre Arbeitsstelle verloren.

chenzeitung des FN „National Hebdo“) sowie Bruno Raccouchot, der ehemalige Kabinettchef Le Pens, hinter Mégret.<sup>29</sup>

Jedoch gilt es an dieser Stelle noch einzuwenden, dass man sich nicht durch das Ergebnis allzu sehr beeindruckt lassen darf, da sich die Spaltung durch die gesamte Partei erstreckt und somit die oben genannten Delegierten nicht unbedingt repräsentativ sind. Dies wird u.a. auch am Ergebnis der Europawahl 1999 deutlich, bei der Le Pen mit dem Front National besser abschneidet als Mégret mit dem MNR.<sup>30</sup>

Der Kongress von Marignane ist insgesamt als eine Manifestation der Parteispaltung, als Spitze des Spaltungsprozesses zu sehen. Dementsprechend war das Resultat des Sonderparteitages natürlich die Anerkennung Mégrets als Vorsitzender des FN – man muss an dieser Stelle noch vom FN reden, da der Streit über die weitere Verwendung des Parteinamens und der Signés des FN zu dem Zeitpunkt noch ausstand – sowie die Beschlussfassungen zur Durchsetzung der Programmatik der Modernisierer! Inhaltlich als auch personell ist nichts beschlossen worden, was ohnehin nicht bereits abzusehen war.

Die Umbenennung der Bewegung um Bruno Mégret in Mouvement National Républicain erfolgte nach dem juristischen Sieg Le Pens über Mégret. Le Pen hatte sich natürlich gegen die Verwendung des Namens und der Signés „seiner“ Partei mit juristischen Mitteln gewehrt. Das in dieser Sache zuständige Gericht hatte den Parteitag von Marignane wegen eines Verstoßes gegen die Statuten der Partei für nichtig erklärt, und somit waren auch ein Beschluss zur Weiterführung des

---

<sup>29</sup> Vgl. BRANT, Charles: Quittung für Personenkult, Frankreich: Die Auseinandersetzungen im Front National gehen weiter, in: Junge Freiheit, Onlineausgabe Nr. 06, 1999, Online im Internet: URL: <http://www.jungefreiheit.de/archif99/>, Stand: 13.01.2002

<sup>30</sup> Vgl. MINKENBERG, M.; FN 2, S. 279

ursprünglichen Parteinamens und die Weiterverwendung der ursprünglichen Parteiabzeichen nichtig geworden.

Nachdem die Streitigkeiten über Parteinamen ausgetragen worden waren, gab es weiterhin noch zahlreiche Ungeklärtheiten, wie z.B. die Verfügung über das Parteivermögen des Front National.<sup>31</sup>

## **MNR und Front National nach der Spaltung**

### **Programmatische Divergenzen**

Programmatische Unterschiedlichkeiten der beiden parallel zueinander existierenden rechtsextremistischen Parteien ergaben sich zum einen aus Unstimmigkeiten, die sich einerseits während der Spaltungsprozesse ergaben oder bereits im Ansatz bestanden und neben den personellen Konflikten maßgeblich zu der inhaltlichen Spaltung beigetragen hatten. Zum anderen haben sich nach dem Vollzug der Spaltung auch programmatische Divergenzen gebildet, welche im Ergebnis dem angewandten Pragmatismus beider Parteien zuzurechnen sind, um sich dem Wähler gegenüber von einander abgrenzen zu können.

### **Annäherung an die gemäßigte Rechte**

Bekanntermaßen hatte Mégret schon lange vor der Spaltung die Annäherung des Front National an die gemäßigten, bürgerlichen Rechten gefordert, um in Zukunft noch an weiteren Regierungen beteiligt werden zu können. Maßgeblich war dabei auch die Motivation Mégrets gewesen, dem linken Regierungsbündnis um Lionel Jospin einen „rechten Block entgegenhalten“ zu können.

---

<sup>31</sup> Vgl. SCHÖNHUBER, F., FN10, S. 20, 2. Spalte

Dagegen wollte Le Pen alles andere, als sich den gemäßigten Rechten und den Bürgerlichen anzunähern. Getreu seinem Motto „Ni droite, ni gauche -...“ (weder rechts noch links, [sondern französisch]) möchte er an einem rechten Sonderweg des Front National festhalten.<sup>32</sup>

Le Pen gab sich als genereller Modernisierungsgegner zu erkennen, denkt man nochmals an die Angelegenheit mit dem Lebensgefährten seiner Tochter Marie-Caroline zurück. Dieser hatte nämlich bei der Gründungsversammlung des MNR angeregt, beim Abspielen der Marseillaise die rechte Hand auf das Herz zu legen, so wie es der Brauch der Amerikaner ist.<sup>33</sup> Das passte dem Anti-Amerikaner Le Pen natürlich überhaupt nicht, da der französische Nationalstolz durch einen solchen törichten Akt verletzt würde. Also wurde er zum Widersacher nur deshalb, weil er von Gewohntem abzuweichen gedachte.

## **Grundsätzliches Demokratieverständnis**

Durch seinen Vorschlag, sich den bürgerlichen-rechten Parteien anzunähern und Bündnis- sowie Regierungsfähigkeit zu demonstrieren, könnte man schlussfolgern, dass Mégret der französischen Staatsordnung gar nicht so ablehnend gegenübersteht, sondern vielmehr das bestehende System konkludent durch Bereitschaft zur Partizipation anerkennt, während Le Pen genau diese Option ablehnt.

Im Gegensatz zu Mégret hat der Front National zuvor ein Demokratiemodell nach Schweizer Vorbild favorisiert. Sieht man einmal von Le Pens verbitterter Tendenz zum Diktatorischen, zumindest was seine Funktion innerhalb der Partei anbelangt, ab, so hatte er sich stets für eine Demokratie, im

---

<sup>32</sup> Vgl. MINKENBERG, M.; FN 2, S. 279; BERNATH, M., FN 20

<sup>33</sup> Vgl. SCHÖNHUBER, F., FN 10, S 20, 1. Spalte

Sinne einer echten Volksherrschaft, einer „Ethnokratie“, stark gemacht.<sup>34</sup>

## **Immigrationspolitik**

Die Immigrationspolitik war und ist heute noch einer der wesentlichen Bestandteile der Politik des Front National und des MNR. Gerade die großen Erfolge in den 80er Jahren zeigen, wie umfassend sich der Front National diesem Thema widmete und mit der Belegung dieses Themas in der Lage war, die Konkurrenten selbst auf der linken Seite wahltaktisch auszustechen.

So wurde im Laufe der 80er Jahre das Programm der sogenannten „Nationalen Präferenz“ entwickelt. Dies geschah unter dem starken Einfluss des „Club de l’Horloge“, welchem auch Mégret angehörte. 1996 wurde dieses Programm von Bruno Mégret als die sogenannte „Alternative Nationale“ zusammengefasst. Neben den Aspekten der Fremdenfeindlichkeit behandelte das Programm die nationale Identität Frankreichs im Hinblick auf seine „4.000-jährige“ Tradition, wobei auch das Besinnen auf die christliche, katholische Identität Frankreichs abgestellt wird. Die Funktion der Familie spielte in diesem Zusammenhang ebenso eine wichtige Rolle.

Anders als zu den früheren Programmen fehlt in diesem das Element des „postkolonialen Revanchismus“; der FN widmete sich der Algerienfrage nur im Zusammenhang mit der Einwanderung und der „mondialisme“-Theorie.

In Anbetracht der Immigrationspolitik fand man dort eben auch solche völkische Elemente wie z.B. die Rückführung der in Frankreich lebenden Einwanderer, den sofortigen Stopp weiterer Immigration, die Einführung eines an das deutsche

---

<sup>34</sup> Vgl. MINKENBERG, M.; FN 2, S. 270f.



„Vorbild“ anlehnenden Staatsangehörigkeitsrecht, d.h. die Abkehr von dem *lus soli* zum *lus sanguinis*.<sup>35</sup>

Im Gegensatz zu Mégret, welcher schließlich selbst an der Aufstellung dieser Programmatik beteiligt gewesen war, wollte Le Pen nicht länger an den benannten Grundsätzen des Front National festhalten.

Das was bis dahin z.B. unter „Multikulturalität“ oder „Multiethnizität“ zu verstehen war und vom FN natürlich auch konsequent abgelehnt worden war, wollte der Parteichef mit einem Male anders verstanden wissen: Die Integration von Einwanderern, die jahrelang in Frankreich gelebt haben, sollte nun in Frankreich akzeptiert werden. Le Pens Begründung lag darin, dass der französische Staat sich gegen andere „imperialistische“ Staaten bedingungslos verteidigen müsse. Dies auch dann, falls es dazu nötig werden sollte, religiöse und kulturelle Aspekte dabei in den Hintergrund zu stellen. Dies führte selbstverständlich zu weiteren Konflikten mit den Mitgliedern aus der Riege der katholischen Traditionalisten, welche es schlichtweg ablehnen, mit Muslimen zusammenleben zu müssen. Le Pen setzte sich jedoch auf dem Kongress von Paris (vom 28.04. bis zum 30.04.2000) durch, so dass sein Vorhaben letztlich beschlossen wurde. An dieser Stelle muss man sich wiederum einmal fragen, was Le Pen zu einer solchen Abkehr von seinen Idealen bewegt hat. Zum einen könnte es ein pragmatischer Schachzug gewesen sein, um entsprechenden politischen Ballast abzuwerfen und auf dieser Art wieder an die Stimmen einiger Wähler zu gelangen. Oder aber es ist die Fortsetzung eines hilflosen Aktionismus, da er Mégrets rhetorischen Fähigkeiten nicht gewachsen ist.

Im Hinblick auf die „Nachwehen“ der Spaltung bereitete dies jedoch weiteres Konfliktpotential in Verbindung mit Austritten einiger Mitglieder, welche aufgrund Le Pens Verhalten glauben, politisch heimatlos geworden zu sein. Dies betrifft gerade

---

<sup>35</sup> Vgl. MINKENBERG, M., FN 2, S. 273

diejenigen Mitglieder, welche sich vor allem über die bisherige Parteihaltung gegenüber Muslimen aus dem maghrebini-schen oder arabischen Raum mit der Partei identifiziert hat-ten. Es ist somit schlicht die Schaffung eines Widerspruches in einer Grundsatzfrage seitens des Parteivorsitzenden.

Dieser Widerspruch sollte sich vor allem durch die Nominie-rung eines „Beur“, eines Franzosen maghrebini-scher Abstam-mung, zur Wahl in das Zentralkomitee zeigen.

### **Bedeutung des Katholizismus**

Nicht unbedeutend für den FN als auch für den MNR ist das Potential der katholisch orientierten Mitglieder und der katho-lischen Fundamentalisten. Sie machen immerhin einen Groß-teil der Mitgliedschaften im Front National aus. Mehrere christ-liche Strömungen existierten innerhalb des FN wie z.B. das von Bernard Antony gegründete und geleitete Bildungszentrum „Centre Henri et André Charlie“ oder die CCS, die sogenann-te Strömung Chrétienité-Solidarité“ (Christentum-Solidarität).<sup>36</sup>

Zum einen fühlten sich die Anhänger dieser Strömungen ge-rade bei Le Pen beheimatet, da er geradezu reaktionär auf jedweden Modernisierungsgedanken reagiert hat und somit ein absoluter Vertreter der Traditionslinie ist. Andererseits könn-te sich dahinter noch ein interessanter Mitgliederwechsel zwi-schen den beiden Parteien entwickeln, da Le Pen sich nicht nur vom eigentlichen Immigrationskurs der Partei abgewandt hatte, sondern sogar sich auf einmal auf die Seite derer stell-te, die das Gesetz zur Legalisierung der Abtreibung befürwor-ten.

### **Die „Cinq Priorités“ Mégrets**

Mégrets aktuelle Programmatik steht ganz im Zeichen der Wiederherstellung der „Ordnung in Frankreich“. So tritt der

---

<sup>36</sup> Vgl. MINKENBERG, M.; FN 2, S. 276

MNR seinen Besuchern auf seiner Homepage stets mit dem Schlachtruf: „Remmettons de l'ordre en France!“ entgegen.<sup>37</sup> Wie er sich diese Ordnung genauer vorstellt, wird in seinem Programm konkretisiert, wobei man den Inhalt in kompakter und kampagnenfähigerer Form auch in den „Cinq Priorités“ erschließen kann. Diese Auflistung der „fünf Prioritäten“ wurde in Zusammenhang mit Mégrets Aufstellung als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2002 entwickelt und als Teil einer Wahlkampfkampagne in das Internet gestellt.<sup>38</sup>

Dabei handelt es sich bei den „fünf Vorrangigkeiten“ um die thematischen Aspekte, welche gewöhnlich sowohl vom Front National als auch vom Mouvement National besetzt werden, nämlich: Die „Nulltoleranz“ gegenüber denjenigen, welche die Gesetze brechen, indem sie sich z.B. an der Verbreitung von Rauschgift, Verschiebung von Waffen beteiligen. Diese ungebrochene Intoleranz (la tolérance zero) gilt natürlich im besonderen Maße gegenüber den sogenannten „bandes ethniques“, also den vom MNR unerwünschten Immigranten. Ferner will er die „rechtlosen Räume“ auf den Straßen zurückerobern und mit „seiner“ Ordnung befrieden.

Daran knüpft sein überdeutliches „Non à l'immigration“ an. Mégret beabsichtigt und betont, illegale Einwanderer sowie Immigranten, die sich einer Straftat schuldig gemacht haben, des Landes zu verweisen und sie in ihre Heimatländer zurückzuverbringen. Für ihn fallen darunter auch Franzosen fremder Abstammung. Diese sollten demnach auch abgeschoben und ihre französische Staatsangehörigkeit aberkannt werden.

---

<sup>37</sup> Vgl. „Programme de Bruno Mégret – Un homme de courage et de conviction“, Online im Internet: URL: <http://www.bruno-megret.com/>

<sup>38</sup> Vgl. „Les 5 Priorités“, Online im Internet: URL: <http://www.bruno-mégret.com/lespriorités.php3>

Darüber hinaus soll die Familie aufgrund ihrer zentralen Rolle gestärkt werden. Damit einhergehend setzt sich Mégret für eine massive Erhöhung des Kindergeldes ein. So sollte das Einkommen eines Elternpaares 7.000 Francs monatlich betragen. Neben dem Familienleben soll aber auch noch das Schulwesen in die Wiederherstellung der Ordnung einbezogen werden, indem gezielt und mit voller Härte der Kampf gegen Drogen und Kriminalität aufgenommen werden soll.

Darauf folgt ein weiteres Versprechen: „Stop les impôts!“ (Runter mit den Steuern!). Le Pen setzt sich für die Beendigung der Steuerverschwendung ein und erklärt dem „Parasitentum“ den Kampf. Im Durchschnitt soll eine Verringerung des Steuersatzes um 10% eintreten.

Die letzte seiner „priorités“ bezieht sich auf die „Fraternité française“ als Kerngedanken des Zusammenlebens in einer französischen Gesellschaft. Sie ist die Garantie für ein würdevolles Zusammenleben. Dieser Brüderlichkeit verpflichtet, wird man sich nur dafür einsetzen müssen, dass jeder Franzose ein Dach über dem Kopf hat und er nicht um die Sicherheit seiner Rente fürchten muss.<sup>39</sup>

## **FN und MNR nach den Wahlen 2002**

### **Ausgang der Präsidentschaftswahlen**

Zurückblickend auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 hätte man durchaus berechtigt darauf schließen können, dass die beiden französischen Rechtsparteien im Rahmen der nationalen Wahlen keine durchschlagenden Erfolge erzielen würden. Der MNR erzielte dabei bekanntermaßen 3,3 %, wobei der FN noch auf 5,7% der Stimmen kam.<sup>40</sup>

---

<sup>39</sup> Vgl. „Les 5 priorités“, FN 38

<sup>40</sup> Vgl. S. 17f.

Wichtig hierbei zu erwähnen ist, dass es sich bei den Wahlen zum Europaparlament um eine Wahl nach Verhältniswahlrecht handelt. Demnach sollte die Frage aufkommen, wie eine Partei, die vor allem auch aus Protestmotiven auf ihren Stimmenanteil kommt, bei einer Wahl nach dem Mehrheitswahlrecht, wobei aufgrund der mangelnden Erfolgswertgleichheit der kleineren Parteien das Protestpotential deutlich weniger ins Gewicht fällt, bei den „Personenwahlen“ doch einen durchschlagenden Erfolg erringen konnte.<sup>41</sup>

Wie also konnte Le Pen es schaffen, bei dem ersten Wahlgang zu den Präsidentschaftswahlen ein solch herausragendes Ergebnis zu erlangen?

Als am Abend des 21. April 2002 das Ergebnis der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen verkündet worden war, wurde wahr, was Meinungsforschungsinstitute bereits angekündigt hatten: Auf den Kandidaten des Front National fielen 17,19% der abgegebenen Stimmen.

Le Pen hatte es geschafft, konnte sein Ergebnis von 1995 (15,2 %) ausbauen und ist auf den zweiten Platz hinter Jacques Chirac mit dem insgesamt besten Ergebnis von 19,41% der Stimmen gelandet.

Jean-Marie Le Pen hat mit seinem Erfolg der ersten Runde den eigentlich als potentiellen Gegenkandidaten Chiracs geltenden Lionel Jospin aus dem Rennen geworfen, da dieser auf lediglich knapp 16% der Stimmen kam (23,2% bei den Präsidentschaftswahlen 1995). Dieser Ausgang der Präsidentschaftswahlen war für Jospin konsequenzreich, da er noch am selben Abend seinen Rücktritt verkündete.

Die Folge ließ nicht lange auf sich warten, da bereits kurz nach der Verkündung des Wahlergebnisses erste Reaktionen aus dem französischen Volk vernommen werden konnten. Noch in der Nacht kam es zu Demonstrationen in Paris,

---

<sup>41</sup> Vgl. S. 15 und 18f.

wobei mehrere tausend Menschen in der französischen Metropole forderten: „Nieder mit Le Pen!“ oder „Rettet die Demokratie“. Diese und ähnliche Bilder, auf denen Menschen zu sehen waren, die sich sogar weinend in den Armen lagen oder wütend zur Wahl Chiracs im zweiten Wahlgang aufgefordert hatten, gingen noch Tage später um den Globus.<sup>42</sup>

Der Ausgang des ersten Wahlganges brachte ein vernichtendes Ergebnis für den Kandidaten des MNR mit sich. Mit einem Ergebnis von 2,34% der Stimmen konnte Bruno Mégret sich bei den Präsidentschaftswahlen gegenüber seinem Erzrivalen nicht mehr behaupten.

## **Betrachtung über den Ausgang der Parlamentswahlen**

Zurückblickend auf den Ausgang der vorausgegangenen Präsidentschaftswahlen und hierbei vor allem auf den Ausgang des ersten Wahlganges, wobei Le Pen für seinen „Überraschungscoup“ sorgte, hätte man nur schwerlich Hindernisse dafür sehen können, warum Gleichartiges nicht auch bei den Parlamentswahlen passieren könnte.

An dieser Stelle sei einmal das französische Wahlsystem etwas näher erläutert. Gehen doch bei der Anwendung des Mehrheitswahlrechtes vorwiegend die Kandidaten größerer Parteien als Sieger hervor.<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup> Vgl. GIARD, Sönke: Jospin wird zum großen Verlierer, in: Das Parlament, Onlineausgabe Nr. 17, 2002, Online im Internet, URL: <http://www.das-parlament.de/2002/17/032.html>, Stand: 23.10.2002; Vgl.: HEHN, Jochen: Frankreichs Rechtsextreme hoffen auf einen weiteren Überraschungserfolg, in: Die Welt, Onlineausgabe vom 08.06.2002, Online im Internet: URL: <http://www.welt.de/daten/2002/06/08/0608eu336798.htx>, Stand: 23.10.2002

<sup>43</sup> Vgl. HEHN, Jochen: Frankreichs Rechtsextreme hoffen auf einen weiteren Überraschungserfolg, in: Die Welt, Online im Internet: URL: <http://www.welt.de/daten2002/06/08/0608eu336798.htx?print=1>

Die Legislative Frankreichs, die Nationalversammlung, wird für eine Dauer von fünf Jahren gewählt, wobei jeder Abgeordnete direkt nach dem Mehrheitswahlrecht in die Nationalversammlung gewählt werden muss. Die Nationalversammlung besteht aus 577 Abgeordneten, die den 577 Wahlkreisen (inklusive Überseegebieten) entstammen.<sup>44</sup>

Bereits im ersten Wahlgang ist gewählt, wer die absolute Mehrheit der Stimmen sowie gleichzeitig mindestens ein Viertel der Stimmen der Wahlberechtigten erhält. Dies ist in der Regel aber nur selten möglich, da durch die Zunahme der an den Wahlen partizipierenden Parteien selten ein ausreichend großer Stimmenanteil erlangt werden kann.<sup>45</sup>

Bei den Parlamentswahlen 2002 gelang es lediglich 58 Abgeordneten, bereits im ersten Wahlgang in die Nationalversammlung einzuziehen.<sup>46</sup>

Nach der Durchführung des ersten Wahlganges scheiden alle Kandidaten mit einem Stimmenanteil von weniger als 12,5% aus dem Wahlverfahren aus. Beim zweiten Wahlgang genügt dann die relative Mehrheit.

An diesem Punkt sei die Besonderheit der elektoralen Möglichkeiten in Frankreich erwähnt: Zwischen den beiden Wahlgängen besteht für die Parteien die Möglichkeit, gezielt Bewerbungen zurückzunehmen oder aber auch gezielt Kandidaturen aufrechtzuerhalten, um entweder befreundete Par-

---

<sup>44</sup> Vgl. o.V.: Die französische Nationalversammlung, in: Die Welt, Online im Internet: URL: <http://www.welt.de/daten/2002/06/18/0618-eu338983.htx?print=1>, Stand: 28.10.2002; Vgl. o.V.: Election Législative 9 & 16 Juin 2002, Online im Internet: URL: <http://www.assemblée-nationale.fr>, Stand: 28.10.2002

<sup>45</sup> Vgl. o.V.: Ablauf der Wahl, Wahlverfahren in Frankreich, in: Die Welt, Online im Internet: URL: <http://www.welt.de/daten/2002/06/06/0606p9336516.htx?print=1>, Stand: 28.10.2002

<sup>46</sup> Vgl. FN 48

teien zu unterstützen oder gerade gegnerischen Parteien zu schaden.

Am 16. Juni 2002 wurden 40.968.484 Wähler des französischen Volkes zur Durchführung des zweiten Wahlganges an die Urnen gebeten. Nachdem 1997 das sozialdemokratische/sozialistische Lager (Parti Socialiste 38,05 %) deutlich vor dem konservativ-bürgerlichen Bündnis (RPR 22,81 %) gelegen hatte, zeichnete sich am Wahlabend eine deutliche Mehrheit für das rechtsbürgerliche Lager um Premierminister Raffarin ab. Es hat somit einen Rutsch nach „Rechts“ gegeben, womit man in Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr zu rechnen hatte.

Was den Front National bzw. den MNR anbelangt, der schließlich auch zum ersten Mal an der Präsidentschaftswahl teilgenommen hatte, war leicht festzustellen, dass eine positive Überraschung ähnlich der Le Pens ausbleiben musste.

Ebenso wie 1997, als der FN beim ersten Wahlgang zu den Parlamentswahlen 3.785.383 Stimmen (14,94 %) gegenüber dem zweiten Wahlgang 1.434.854 Stimmen (5,94 %) erlangte, konnte man auch 2002 einen deutlichen Rückgang der Stimmenanteile zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang feststellen.<sup>47</sup>

2002 kam der Front National nach Ablauf des ersten Wahlganges auf insgesamt 2.862.960 Stimmen (11,34 %) sowie im zweiten Wahlgang auf nur noch 393.205 Stimmen (1,85 %). Dieses Ergebnis sollte somit zu einem negativen Überraschungscoup für Le Pen werden.

Der MNR kam bereits im ersten Wahlgang lediglich auf 276.376 Stimmen und erhielt somit einen Anteil von 1,09 %, wird aber nach der Durchführung des zweiten Wahlganges

---

<sup>47</sup> Vgl. o.V.: Wahlen und Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1995 u. 1997 in: Frankreich-Info, Online im Internet: URL: <http://www.botschaft-frankreich.de>, Stand: 28.10.2002



bereits nicht mehr separat auf der offiziellen Homepage der Nationalversammlung aufgeführt!<sup>48</sup>

Für die Gesamtzusammenhänge der Parlamentswahlen ist aber auch die sehr niedrige Wahlbeteiligung von großer Bedeutung, denn die Wahlbeteiligung betrug lediglich 61,62 %.

### **Thematik im Wahlkampf**

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen lassen erkennen, dass es zu einer grundsätzlichen Verschiebung der politischen Machtverhältnisse gekommen war. Dieser Ausgang der Wahlen könnte sich an einer Vielzahl an Faktoren erklären lassen.

Wie bereits angeschnitten wurde, spielt natürlich bei der Gesamtwürdigung des Wahlergebnisses das Wegbrechen der Parteien auf dem linken Spektrum für die Aufteilung der Wählerstimmen auf die übrigen Parteien eine nicht unerhebliche Rolle. Möglich ist sogar, dass gemäß einer Umfrage des Instituts Louis-Harris Stimmen des linken Lagers dem der extremen Rechten zugute gekommen sind. Demnach haben sich 17% der Sympathisanten der linken Regierungskoalition sogar gewünscht, dass die Rechte bei diesen Parlamentswahlen einen Sieg davontragen sollte.

Die französische Tageszeitung „Libération“ ging bereits vor den Parlamentswahlen nach der durchgeführten Umfrage des Instituts Louis-Harris von einer Verschiebung der politischen Macht aus:

*„Cohérent avec leurs votes des 21. Avril et 5. Mai, les électeurs souhaitent une victoire de la droite au scrutin des 9 et 16 Juin. Et ils sont assez largement majoritaire: 47% veulent le succès de l'Union pour la majorité présidentielle (UMP) et*

---

<sup>48</sup> Vgl. o.V. Election Législatives 9 & 16 Juin 02, in: Elections, Online im Internet: URL: <http://www.assemblee-nationale.fr>, Stand: 23.10.2002

*de l'UDF de François Bayrou, contre 37% qui préféraient un sursaut de la gauche PC-PS-Verts-PRG*<sup>49</sup>

Gründe, die diese Machtverschiebung ermöglichten, sind durchaus auch in der französischen Tagespolitik sowie an den politischen Persönlichkeiten zu erkennen.

Hierbei muss man verdeutlichen, dass die beiden großen Parteien PS und UMP noch nicht einmal programmatisch divergieren, sich die Wahlprogramme sogar ähneln, so dass die Entscheidungsfindung des Wählers für eine der beiden Parteien durchaus bei der personellen Besetzung der Stelle des Premierministers zu suchen ist.

Eine differenzierte Betrachtung des Wahlergebnisses darf natürlich einen Blick auf die Programmatik nicht vernachlässigen. Jedoch haben in Frankreich die personellen Besetzungen der Kandidaturen eine gewisse Vorrangstellung bei der Entscheidungsfindung gegenüber der reinen Programmatik, was aber lediglich die logische Konsequenz aus dem personalisierten Wahlverfahren ist. Zum jeweiligen Vor- bzw. Nachteil kann es dabei den Kandidaten gereichen, schlichtweg beim Wort genommen und auch an den Taten bemessen zu werden. Genau in diesem Ansatz sieht das Institut Louis-Harris auch das Scheitern der ehemaligen sozialistischen Regierung unter Premierminister Lionel Jospin bzw. die Begünstigung der Rechten:

Demnach beurteilten 44% der Befragten die Wahlprogramme der beiden großen Parteien als nicht genügend differenziert zueinander, was bereits bei den Präsidentschaftswahlen eine Rolle gespielt haben soll.<sup>50</sup>

---

<sup>49</sup> Zitiert aus: VIROT, Pascal: L'aura blémisante de la gauche, in: Libération, Online im Internet: URL: <http://www.libération.fr/page.-php?Article=30953>, Stand: 23.10.2002

<sup>50</sup> Vgl. HEINEMANN, Christoph: Zu den Urnen Bürger! Frankreich vor den Parlamentswahlen, in: Deutschlandfunk: Hintergrund Politik,

Nach der Entscheidung der Wähler für die Fortsetzung der Präsidentschaft Jacques Chiracs wurde auch der Wunsch nach klaren Verhältnissen in bezug auf die Bestellung des Premierministers laut. Als nach dem 11. September 2001 das Bedürfnis der Bürger nach Sicherheit kontinuierlich wuchs und auch die übrigen tagespolitischen Umstände nahezu unverändert blieben, was z.B. die hohe Arbeitslosigkeit, die organisierte Kriminalität, Migration und in diesem Zusammenhang auch die Sans-Papiers<sup>51</sup>, Jugendkriminalität etc. anbelangt, wuchs messbar auch der Wunsch auf ein Ende der „Cohabitation“ zwischen dem sozialistischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin und dem Konservativen Jacques Chirac, der kurz vor den Parlamentswahlen das französische Volk um eine klare Mehrheit für seine Politik und das Ende der „Cohabitation“ gebeten hatte.<sup>52</sup>

Für den Ausgang der Parlamentswahlen waren also nicht nur die bestimmenden tagespolitischen Themata als solche entscheidend, sondern es ging schlichtweg um die Vergabe des

---

Online im Internet: URL: <http://www.dradio.de/cgi-bin/es/neu-hintergrund/632.html>, Stand 28.10.2002; Vgl. SCHWARZER, Daniela: Frankreich stoppt Rassist Le Pen, in Financial Times Deutschland, Ausgabe vom 06.05.2002, Online im Internet: URL: <http://www-ftd.de/pw/eu/1014399071179.html>, Stand: 23.10.2002; Vgl. HINTZE, Peter, MdB: Parlamentswahlen in Frankreich, in Landesgruppe Nordrhein-Westfalen – Hintze -, Online im Internet: URL: <http://www.cdulandesgruppenrw.de/cgi-bin/newspro/printit.cgi?print-1023728029.60088>, Stand: 28.10.2002

<sup>51</sup> Anmerkung: Als „Sans-Papier“ werden Immigranten bezeichnet, die entweder illegal nach Frankreich eingewandert sind oder aber nach ihrem legalen aber zeitlich begrenzten Aufenthalt in Frankreich das Land nicht verlassen haben und somit in der Illegalität, d.h. ohne gültige Papiere in Frankreich z.T. schon sehr lange leben.

<sup>52</sup> Vgl. FN 50

Vertrauens an die Kandidaten, an die man bei der Umsetzung ihrer Lösungsvorschläge für die genannten Probleme am meisten glaubte.

## **Auswirkungen auf den MNR und den FN**

Was bei dieser Präsidentschaftswahl für die Parteien der bürgerlichen Rechte im allgemeinen galt, dass galt auch für die Parteien der extremen Rechte Front National und Mouvement National Républicain im speziellen.

In diesem Wahlkampf ging es schließlich um Themen, die beide Parteien zu besetzen versuchten. Hatten Bruno Mégret noch mit „Remettons de l'Ordre en France!“ für sein Präsidentschaftsmandat geworben oder Le Pen mit der Ankündigung der Aussetzung der Immigration auf Stimmenzuwachs gehofft, so sind diese Themen bereits von den übrigen Parteien der Linken als auch der bürgerlichen Rechten hinreichend besetzt worden, so dass man getrost auf die extremen Ansichten Le Pens oder Bruno Mégrets verzichten konnte. Die französische Tagespresse titelte mehrfach und flächendeckend mit den Zielen der Parteien bezüglich der Einführung eines Verbrechensbekämpfungsgesetzes auf der Basis von „La tolérance Zéro“, so dass zukünftig auch bei Bagatelvergehen harte Strafen in Aussicht gestellt werden können.<sup>53</sup>

Nicht uninteressant bleibt natürlich das Phänomen des Protestes, der sich stets in den ersten Wahlgängen, sei es bei der Präsidentschaftswahl oder bei den Wahlen zur Nationalversammlung, bei den relativ hohen Stimmgewinnen der extremen Parteien bemerkbar macht. Berücksichtigt man die konstante, sich in der niedrigen Wahlbeteiligung ausdrückende

---

<sup>53</sup> Vgl. o.V.: Wahlkampfthemen, in: Die Welt, Online im Internet:  
URL:  
<http://www.welt.de/daten2002/06/06/06006p9336535.htx?print=1>,  
Stand: 28.10.2002

Politikverdrossenheit, so könnte man eine Anfälligkeit der Wählerschaft für die rechtsextremen Parteien vermuten.

Die Tatsache aber, dass man sich beim zweiten Wahlgang mehrheitlich für einen Kandidaten aus dem Spektrum der demokratischen Mitte bzw. links und rechts davon entschieden hat, zeigt, dass man hier die Möglichkeit des zweiten Wahlganges nutzt, um der bis dahin bestehenden Regierung oder dem Parlament, in welchem schließlich die Sachthemen debattiert werden müssen, eine Rüge zu erteilen.<sup>54</sup>

Die Kandidaten, die sich auf dem Boden des politischen Extremismus bewegen, erfüllen vielmehr eine Barometerfunktion. Dies kann man deshalb so ausdrücken, da in der Historie der französischen Demokratie der Nachkriegszeit aufgrund des Scheiterns dieser Parteien im zweiten Wahlgang bislang zwar nie eine Gefahr für die Demokratie als solche bestanden hatte. Jedoch bestand die Chance der etablierten Parteien darin, eben solche klassisch „linken“ oder „rechten“ Themata zu besetzen und damit zu verhindern, dass die extremen Parteien zur Lösung der zum Teil nach bewährter populistischer Manier herbeigeredeten Krisenphänomene bei den Wählern punkten können.

## **Die Positionierung des MNR auf dem „politischen Schachbrett“**

Xavier Caïtucoli, Mitglied des „Bureau national“ des MNR, äußert sich in der Publikation „Le Chêne“ über den Inhalt der zwischen dem 29.08. und dem 31.08.2002 durchgeführten Sommeruniversität von Périgueux über die Zukunft des Mouvements National Républicain sowie über die Chancen und

---

<sup>54</sup> Vgl. SANDS, David R: Le Pen's triumph based on electoral flaws, in: The Washington Times, Ausgabe vom 29.04.2002, Online im Internet: URL: <http://asp.washtimes.com/printarticle.asp>, Stand: 23.10.2002

Möglichkeiten der Partei, sich zu regenerieren. Dabei soll diese Sommeruniversität einen Auftakt zur Reflexion und der exakten Analysen der für den MNR vernichtenden Wahlergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen darstellen.<sup>55</sup>

Insgesamt 400 Teilnehmer sollen dieses Forum genutzt haben, um miteinander über die Fortführung des politischen Kampfes zu befinden. Im Vordergrund standen dabei die politischen Diskussionen und die Auswahl geeigneter Handlungsmethoden, um den gegebenen Umständen gerecht zu werden.

Caitucoli zieht, nachdem Mégret seine Anhänger um Geschlossenheit gebeten hatte, im großen und ganzen eine positive Bilanz in bezug auf die Sommeruniversität und geht auch angesichts der hohen Teilnehmerzahl davon aus, dass der MNR noch über ausreichend Kraft- und Geistesressourcen für einen gelungenen Neustart verfügt.

Für eine neue politische Programmatik soll im Rahmen der Sommeruniversität ganz pragmatisch vorgegangen werden, wie es die Mehrheit der Anwesenden wollte. Zunächst wurde eine Liste mit Themen angefertigt, wobei man sich bewusst auf die Themen konzentrierte, mit denen der MNR zuvor in Verbindung gebracht wurde.<sup>56</sup>

In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass sich vor allem Mégret auf die in Vitrolles von seiner Frau bislang durchgebrachten Erfolge stützt. In einem Beitrag zur „Rentrée

---

<sup>55</sup> Vgl. MÉGRET, Bruno: U d'été de Périgueux: En avant pour la refondation du MNR!, in: Le Chêne, Magazine du Mouvement National Républicain, Online im Internet: URL: <http://www.m-n-r.com>, Stand: 23.10.2002

<sup>56</sup> Vgl. CAITUCOLI, Xavier: Ceux qui nous imaginent à bout de forces et d'idées vont déchanter, in: Le Chêne, Magazine du Mouvement National Républicain, Ausgabe 09/2002, Online im Internet: URL: <http://www.m-n-r.com>, Stand: 23.10.2002'

politique“<sup>57</sup> zählt Bruno Mégret die aus seiner Sicht positiven Ergebnisse der in Vitrolles vom MNR geführten Kommunalpolitik auf. Demnach sollen im ersten Halbjahr 2002 die Kriminalität um 11% ebenso wie die Abgaben und die Preise im sozialen Wohnungsbau in Vitrolles gesunken und die niedrigsten in ganz Frankreich sein. Auch sollen sich die vor fünf Jahren getätigten Investitionen achtmal vergrößert haben, wohingegen die Prokopfverschuldung auf 5000 Francs pro Einwohner verringert wurde.

In seinem Beitrag zu Beginn dieser Publikation wird eine ganze Reihe an verschiedenen Themata angeschnitten.

Mégret zieht an dieser Stelle seine Schlüsse aus den Ereignissen in bezug auf die zurückliegenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, wobei neben der Linken auch der extremen Rechten ein großer Stimmenanteil nach der Durchführung der zweiten Wahlrunde verloren gegangen ist. Demnach sind es vor allem folgende Faktoren, die dem MNR zur Zeit zu schaffen machen: die katastrophalen Wahlergebnisse der Parlamentswahlen, die daraus resultierenden finanziellen Probleme und die programmatische Zukunft des MNR im Hinblick auf konkrete Zielsetzungen.

Versuche, sich politisch zu profilieren, unternimmt Mégret, indem er z.B. die vor kurzem aufgekommene Debatte und die öffentlichen Kundgebungen im Zusammenhang mit den sogenannten „Sans-Papiers“ für seinen politischen „Feldzug“ zu gebrauchen versucht. Dabei stellt er besonders auf die Illegalität sowohl der Betroffenen hinsichtlich ihres Aufenthaltes in Frankreich als auch auf das vermeintlich illegale Vorgehen der bürgerlichen Rechte ab. So kritisiert er insbesondere den französischen Innenminister Sakorzy für dessen Zusammenkunft mit einer Delegation der Papierlosen. Agitatorisch versucht er also, die Politiker der bürgerlichen Rechte auf eine Stufe mit den „illegalen“ Papierlosen zu stellen.

---

<sup>57</sup> Vgl. Beitrag MÉGRETs in: Le Chêne, S. 2 f, FN 56

Exakt an diesem Punkt findet Mégret auch eine weitere Möglichkeit der Neupositionierung: Im Gegensatz zu seiner vorherigen Haltung, auch mit Parteien der bürgerlichen Rechte pragmatische Bündnisse einzugehen, lehnt er dieses nun ganz ab. In einem Vergleich der diesbezüglichen Gesetzesnovellierungen mit den zuvor im Wahlkampf genannten Forderungen kommt Mégret zu dem Schluss, dass es sich hierbei um Verrat am Volke handele. Ein Bündnis mit „Verrätern“ kommt somit nicht mehr in Betracht. Er handele nun nach dem Grundsatz „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!“

*„Je crois en revanche, qu'il est nécessaire de rompre avec l'idée archaïque et détestable selon laquelle qui n'est pas avec nous est contre nous.“<sup>58</sup>*

Was eine eventuelle programmatische Annäherung an den FN anbelangt, so spricht Mégret sich dafür aus, sich grundsätzlich mit denen zu verbünden, mit denen man seine eigentlichen Ziele auch letzten Endes durchsetzen könnte. Der MNR verstehe sich nicht als Partei zum Selbstzweck.

A priori lehnt Mégret eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit dem FN nicht ab, spart aber auch nicht an Kritik an seinem eigentlichen Erzrivalen Le Pen. Dabei nimmt er vor allem Le Pens „verräterisches“ Verhalten in bezug auf die Linke zum Anlass seiner Kritik. Mégret distanziert sich nochmals vehement von der Linken, in dem er auf Le Pens Äußerung eingeht, ihm (Le Pen) sei eine starke Linke lieber als eine schwache Rechte.

*„Car à l'inverse de Le Pen par exemple, nous ne préférons pas la gauche dure à la droite molle!“<sup>59</sup>*

Caitucoli greift genau diese von Mégret genannten Aspekte auf und kündigt einen beständigen Kampf gegen die Ein-

---

<sup>58</sup> Zitiert aus: À l'occasion de la rentrée politique, FN 56

<sup>59</sup> FN 57



wanderung, gegen die Islamisierung, die allgemeine Unsicherheit sowie die Umkehrung der Wertevorstellungen an.

Bis hierher also sind keine neuen programmatischen Ansätze des MNR zu erkennen. Caiücolli weist jedoch darauf hin, dass man neue Überlegungen anstellen möchte, um auch andere Gesellschaftsschichten mit einer überarbeiteten Programmatik zu erreichen.

## **Ausweg aus der politischen Isolation des MNR**

Der Ausweg aus der quasi Isolation des MNR lässt sich als Konsequenz der vergangenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nicht mehr leugnen.

Da nun eine Annäherung an die bürgerliche Rechte den gegenwärtigen Äußerungen Mégrets zufolge nicht mehr in Betracht gezogen werden kann und rein pragmatische Bündnisse mit der extremen Linken schon gar nicht erst in Frage kommen könnten – nach der Überbetonung der Ablehnung des Handelns zum reinen Selbstzwecke<sup>60</sup> gemäß den bekräftigten Äußerungen Mégrets würde sich der MNR letztlich bei den eigenen Anhängern und restlichen Wählern, die ohnehin schon nach neuen Ufern ringen, völlig unglaubwürdig machen – müssen nun neue „Verbündete“ her.

Diese allerdings werden sich kaum noch auf nationaler Ebene finden lassen, so dass es sich schickte, im Hinblick auf die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament, auf europäischer Ebene nach potentiellen Verbündeten zu suchen.

Der MNR versteht sich gemäß der Aussage Xavier Caiücolis dazu bereit, insgesamt einen integrativen Kurs zu fahren. Zum einen wird man hier vielleicht den Weg des FN einzuschlagen versuchen, der ja nicht zuletzt wegen seiner hohen integrativen Fähigkeiten zu dem geworden ist, was er im Laufe seiner Parteigeschichte als Sammelbecken sämtlicher „rechter“

---

<sup>60</sup> FN 56

Strömungen erlangt hatte. Demnach sollten alle dem MNR nahestehende französischen Strömungen und Gruppierungen eine neue politische Heimat beim MNR finden. Andererseits aber sollten dauerhaft Verbindungen zu übrigen Parteien der extremen Rechte Europas geknüpft werden. Im Blickfang des MNR stehen dabei z.B. der Vlaams Blok, die FPÖ, Lega Nord, Alleanza Sociale oder die Dänische Volkspartei.

Ferner könnte somit aber auch der Versuch unternommen werden, Le Pen einen Schritt voraus zu gehen, da dieser es noch nicht geschafft hatte, sich den Wunsch zur Bildung einer „Euro-Rechten“ zu erfüllen.<sup>61</sup>

Bei dem Gedanken, sich auf europäischer Ebene mit den übrigen rechtsextremen Parteien zu verbünden, bleibt weiterhin fraglich, ob Bruno Mégret die notwendige Größe besitzt, um sich z.B. an den genannten Parteien zu messen. Hinsichtlich der katastrophalen Wahlergebnisse und der ebenso wenig Aussicht versprechenden finanziellen Perspektiven nach dem Ausbleiben der Rückerstattungen der Wahlkampfauslagen bewegt sich der MNR deutlich auf anderen Ebenen im Vergleich zu den größeren rechtsextremen Parteien Europas.<sup>62</sup>

## **Finanzielle Probleme**

Neben der politischen Isolation des MNR scheint in erster Linie auch das Fortbestehen in finanzieller Hinsicht von Bedeutung zu sein. Unterdessen nämlich spricht Bruno Mégret von einem „politischen Mordversuch“ seitens des Systems, da selbst der

---

<sup>61</sup> FN 58

<sup>62</sup> Vgl. VAUZELLE, Alain (Schatzmeister des MNR), *Avec vous, c'est possible!*, in: *Le Chêne*, Ausgabe Juni2002; Vgl. MÉGRET, Bruno: *Le conseil constitutionnel tente un assassinat politique*, in: *Communiqué de Bruno Mégret*, 09. Oktober 2002, Online im Internet: URL: <http://www.m-n-r.com/site/actualite/cppopup.php3?ID=373>

Conseil Constitutionnel (der französische Verfassungsrat) die Zahlung der Wahlkampfauslagen verweigert hatte.

So titelt das Parteiorgan diesbezüglich:

*„Rejet de notre compte de campagne – Une tentative d’assassinat politique“.*

Zu der Verweigerung der Wahlkampfunterstützung habe nicht nur das schlechte Abschneiden des MNR bei den Wahlen gesorgt, sondern darüber hinaus bestünden noch Ansprüche des Bürgermeisteramtes Vitrolles und der Vorwurf, städtisches Personal der Stadt Vitrolles zur Durchführung von Parteiveranstaltungen des MNR in Anspruch genommen zu haben. Die Ausgabe des Magazins „Le Chêne“ widmet sich in der kompletten Oktoberausgabe dem Erhalt des MNR durch Widerstand dem System gegenüber, indem Anhänger und Sympathisanten zur Spendenabgabe und Annahme von Solidaritätsmitgliedschaften aufgefordert werden. In dieser Ausgabe sind auch einige Mitglieder des Verfassungsrates mit Konterfei als „Todfeinde“ des MNR dargestellt.

Die Bezeichnung der Versagung der Wahlkampfauslagenrückerstattung als „politischer Mordversuch“ ist natürlich stilistisch gesehen ein schwerwiegender Kampfbegriff, jedoch kann dieser auf den MNR bezogen lediglich als Inbegriff der Resignation seitens des MNR verstanden werden, da die Aktivität in diesem Falle von den „politischen Gegnern“ ausgeht. Dies steht völlig im Gegenteil zu der bisherigen Vorgehensweise, wobei sich der MNR als kämpferisch darzustellen versuchte. Wie verwundbar muss eine Partei denn sein, die beim Ausbleiben von Rückerstattungen gleich von der Gefahr des Endes ihres Bestehens in so inflationärer Weise verkündet.

Mégret gibt sich allerdings nicht geschlagen und versucht, den französischen Rechtsstaat als eine gegen Andersdenkende vorgehende „Verschwörung“ darzustellen, welcher sich vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verantworten soll, denn Bruno Mégret sieht in der Entscheidung

des Verfassungsrates einen Verstoß gegen Grund- und Bürgerrechte.

Beschwichtigend wirkt daher nur noch die Beteuerung, den politischen Kampf fortzusetzen, um den „Mordversuchen“ des Systems etwas entgegensetzen zu können:

*„Malgré ces nouvelles épreuves, Bruno Mégret ne baisse pas les bras et se trouve au contraire renforcé dans sa détermination à continuer son combat pour les libertés, pour la justice et pour la France.“<sup>63</sup>*

## **Programmatik im Front National**

Nach den Parlamentswahlen im Juni, die für den Front National im zweiten Wahldurchgang lediglich einen Stimmenanteil von 1,85% (393.205 Stimmen in absoluten Zahlen) erbringen konnten, widmet sich der FN weiterhin den Themen, mit denen er bereits bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr auf den vermeintlichen Sieg setzte.

Personell scheint sich im Front National nach den jüngsten Wahlniederlagen nichts geändert zu haben, was ja auch nicht sehr verwunderlich ist, wenn man das Verhalten Le Pens in der Vergangenheit betrachtet.

Immerhin kann er bezogen auf seine Person schon einen Siegereichtum verzeichnen, denkt man daran, wie es ihm gelungen ist, Jospin auf den dritten Platz zu verdrängen und somit eine symbolische Vormachtstellung gegenüber den Linken zu errichten.

Le Pen nutzt seine Auftritte in den französischen Medien in erster Linie, um sich und den Front National im rechten Lichte

---

<sup>63</sup> Vgl. GIARD, Sönke: Jospin wird zum großen Verlierer – Frankreich nach dem ersten Wahlgang geschockt, in: Das Parlament, Ausgabe Nr. 17 vom 26.04.2002, Online im Internet: URL: <http://www.-das-parlament.de/2002/17Ausland/032html>

zu profilieren. Dies versucht er vorrangig durch Kritik an der Mitte-Rechtskoalition, hierbei ressortbezogen vor allem an dem Innenminister Nicolas Sarkozy und dem Premierminister Raffarin sowie natürlich am amtierenden Staatspräsidenten Chirac.

In seinen „Lettres de Diffusion du Front National“ nimmt er regelmäßig Stellung bzw. lässt durch die entsprechenden Vertretungen Stellungnahmen zu tagespolitischen Themen abgeben. Dabei bezieht sich Le Pen direkt oder indirekt auf die in seinen Augen noch bestehende hohe Kriminalitätsquote, die Immigration nach Frankreich, das Regierungssystem und die Korruptionsbekämpfung.

In einem seiner „Newsletter“, die er seinen Sympathisanten per E-Mail in aller Regelmäßigkeit zukommen lässt, versucht er die Regierung auf einem breiten Spektrum bezogen auf die innere Sicherheit scharf und argumentativ mit entsprechenden Zahlen unterlegt zu kritisieren.<sup>64</sup>

Beispielsweise kritisiert Le Pen, dass der Innenminister Sarkozy zwar überall Präsenz zeigt, jedoch lediglich ein Spezialist im Ankündigen von Fortschritten sei. Dem FN ist dies nicht genug; man will im Gegensatz zur Regierung nicht nur Erscheinungsformen der Kriminalität bekämpfen, sondern man möchte die Ursachen beseitigen. So heißt es an einer Stelle der Kritik des FN:

*„Il a tout d’abord noté que le ministre de l’intérieur était «le spécialiste de l’effet de l’annonce» et que «s’il vrai qu’il obtient un certain nombre de résultat par la mobilisation, au moins provisoire, de toutes les forces de police, on ne peut que s’en féliciter, malheureusement je suis à peu près certain que ce ne sera pas durable car, ce gouvernement*

---

<sup>64</sup> Vgl. MOREAU, Georges: Le Pen sur France 2 in: Français d’abord! Quotidien, Édition du 9 au 12 Novembre 2002, beziehbar als Newsletter im Internet: URL: <http://www.frontnational.com>, Stand: 03.11.2002

*s'attaque aux conséquences plutôt qu'aux causes de la criminalité, M.Sarkozy n'obtiendra des résultats que sur les apparences.»<sup>65</sup>*

Unter Berufung auf das Meinungsforschungsinstitut l'INSEE weist Le Pen jedoch darauf hin, dass die Kriminalität in den letzten Jahren auf 20 Millionen Delikte gestiegen sei.

Der Front National konstatiert, dass die Ursache allen Übels bei den Immigranten zu suchen ist. Es wird der amtierenden Regierung zwar zuerkannt, gewisse Resultate im Bereich der mit der Prostitution einhergehenden Kriminalität und durch die Kontrolle der Umherreisenden vorweisen zu können. Jedoch ist dem FN die Vorgehensweise nicht angemessen offensiv.

Le Pen begrüßt zwar die Schließung des Flüchtlingslagers „Sangatte“ in Calais sowie die generelle Debatte um die Lösung der Einwanderungsfrage. Für den FN scheint dies jedoch nur ein „Tropfen auf dem heißen Stein“ zu sein.

Im Laufe seines Interviews in France 2 schürt Le Pen weiterhin Ängste vor einer starken Zunahme der Immigration in Frankreich, indem er mit Zahlen von bis zu 8 Millionen Zuwanderern in 20 bis 25 Jahren rechnet:

*„Ce n'est rien en regard du problème de l'immigration en Europe et en France, voyons! Il y a des millions des immigrés. On pense que depuis vingt ans, il est entré plus de 8 millions d'étrangers dans notre pays dont une partie a été neutralisée, c'est d'ailleurs par ce procédé que l'on diminue le nombre des étrangers dans notre pays pour le maintenir à un niveau, dont on nous dit qu'il est celui d'avant-guerre.“*

Sein langfristiges Ziel ist es demnach, die Zahl der Ausländer in Frankreich auf das Vorkriegsniveau zu bringen.

Dieses will er seinen Vorstellungen nach vor allem durch einschneidende Kontrollen in vielen Bereichen erlangen. Dabei

---

<sup>65</sup> Zitiert aus: s. FN 63

sollen die Grenzen Frankreichs wieder kontrollierbarer gemacht werden, d.h. konkret das Schengener Abkommen außer Kraft gesetzt werden.

Auf der Ebene des französischen Staatsbürgerrechts soll es eine Abkehr von dem *ius soli* hin zu dem nach den Vorstellungen der meisten modernen Demokratien obsoleten *ius sanguinis* geben. Le Pen fürchtet, dass ansonsten Menschen irgendeiner Herkunft ins Land gelangen könnten und dann ihre Kinder lediglich auf dem französischen Territorium gebären müssten, um in den Besitz der französischen Staatsbürgerschaft zu gelangen.

*„Car ces mesures touchent bien évidemment au contrôle, d’abord au maintien ou à la reconstruction des nos frontières, à leurs contrôles, à une modification de la législation en particuliers supprimant qui, évidemment, attire des certaines de milliers de gens dans nos pays avec la certitude qu’ils suffit que leur enfant naisse dans notre pays pour qu’ils deviennent automatiquement Français.“*

Der Front National gibt sich aber über „seine“ bekannten Themen hinaus besonders zeitbewusst, indem er auf tagespolitische Fragen, wie z.B. den Irak-Konflikt eingeht. Hierbei spielt für ihn besonders das Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika dem Irak gegenüber eine erhebliche Rolle. Der FN könnte sich – angesichts der aus vielen politischen Richtungen geübten Kritik über das Vorgehen der US-Regierung – darauf berufen, in dem schon seit langem proklamierten Antiamerikanismus nicht nur richtig gelegen zu haben, sondern vielmehr kann sich der FN noch als ein Verfechter des Friedens darstellen. So stellt Le Pen die Auseinandersetzung mit dem Irak als reine „Angelegenheit des Öls“ dar:

*„Tout le monde sait bien qu’il s’agit là d’une affaire de pétrole, que les États-Unies veulent s’emparer du pétrole du Moyen-Orient, en tout cas de son contrôle et il n’est pas tolérable que cela soit fait au moyen d’une guerre!“*

Der Modus operandi Le Pens versteckt sich hier wieder einmal unter dem Deckmantel des angewandten Pragmatismus mit

populistischen Tendenzen. Gerade dort, wo von sämtlichen Seiten sowohl staatlicherseits aber auch in der breiten französischen Bevölkerung Skepsis über ein Vorgehen der USA im Irak vorherrscht, gibt Le Pen eine Stellungnahme gegen einen Militärschlag ab. Würde es doch besser in das „Konzept“ seiner Argumente passen, einen Schlag gegen den Irak zumindest zu tolerieren, da es als einen „Schlag gegen den Islam“ interpretiert werden könnte, als dessen Freund er gerade nicht gilt.

Durch seine Anti-Islam-Kampagnen hatte er sogar, nachdem es zu Anschlägen auf die Synagogen und jüdische Einrichtungen, z.B. Schulen oder Friedhöfe in ganz Frankreich von Straßburg über Paris bis Marseille gekommen war<sup>66</sup>, die Stimmen einiger jüdischer Wähler auf seine Seite bekommen, deren Zuspruch er zuvor wegen seiner antisemitischen Agitation nie bekommen hätte.<sup>67</sup>

---

<sup>66</sup> Vgl. KLINGSIECK, Ralf (Paris): In Marseille brannte die Synagoge „Or Aviv“ – Antiisraelische Anschläge arabischer Jugendlicher in mehreren französischen Städten, in: Neues Deutschland, Ausgabe vom 02.04.2002; Vgl. o.V.: Jüdisches Gotteshaus völlig niedergebrannt – Zwischen Gewalt und diplomatischen Bemühungen, in: Kölner Stadtanzeiger, Ausgabe vom 02.04.2002; Vgl. o.V.: Wieder Anschlag auf Synagogen in Frankreich, in: DPA-Meldung vom 03.04.2002; Vgl. o.V.: Neue Brandanschläge auf jüdische Einrichtungen verübt, in: AFP-Meldung vom 04.04.2002; Vgl. o.V.: Übergriffe gegen Juden seit Ostern, in: Neue Zürcher Zeitung vom 18.04.2002; Vgl. o.V.: Jüdischer Friedhof in Straßburg geschändet – fünf Verdächtige festgenommen, AFP-Meldung vom 14.04.2002; Vgl. o.V.: Jüdische Schule in Marseille Ziel von antisemitischen Gewaltakten betroffen, DPA-Meldung vom 10.09.2002; Vgl. o.V.: Neue Brandanschläge auf jüdische Einrichtungen in Frankreich verübt – Molotowcocktails gegen Synagoge in Montpellier, AFP-Meldung vom 04.04.2002

<sup>67</sup> Vgl. FN 63



Im übrigen gibt es hier sogar einen konkreten thematischen Schnittpunkt mit der Haltung des Staatspräsidenten, der versucht hatte, die jüdische Gemeinde in Frankreich zu beruhigen: Da Chirac offiziell von einem „importierten Krieg“ spricht, könnte Le Pen sich hier eindeutig bestätigt fühlen.<sup>68</sup>

Schließlich ändert sich beim FN doch gar nicht so viel. Wenn man einmal vergleichen würde, wie oft man die politischen Ansätze Le Pens oder des FN insgesamt mit den Vorzeichen „anti-“ oder „pro“ paraphrasieren könnte, kann man sich einer sicheren „Anti-Mehrzahl“ gewiss sein. Le Pen folgt somit dem Grundsatz, dass Negation schlichtweg simpler ist als Position. Gepaart mit seiner populistischen Art des Darbringens von zeitgeschichtlichen Sachverhalten gelingt ihm für die politischen Zwecke des FN teilweise das, woran es vielen politischen Persönlichkeiten leider mangelt, den komplizierten politischen Alltag mit seinen Zusammenhängen für den nicht unbedingt stets reflektierenden Bürger verständlich zu machen und einfache Lösungsschemata für tatsächlich bestehende Missstände anzubieten.

## **Die Gefahr der Politikverdrossenheit als begünstigender Faktor für politischen Extremismus**

In den vorangegangenen Ausführungen sind bereits einige Momente aufgezählt worden, welche die Stellung der etablierten Parteien und damit ihren Machtanspruch aus den Ankeren heben könnten.

In einer Demokratie ist es üblich, dass die Handlungen von Regierungen durch ein Parlament kontrolliert werden und durch die Funktion als Gesetzgebungsorgan gesteuert werden. Dabei übergibt der Wähler sein Vertrauen den Parla-

---

<sup>68</sup> Vgl. WEBER-LAMBARDIÈRE, Manfred: Der importierte Krieg – Nach einer Anschlagswelle wird das Land zum arabisch-jüdischen Kampfplatz, in: Focus, Ausgabe 15/02, S. 227 f.

mentariern – ein alltägliches und routiniertes Verständnis politischer Legitimation.

Ob in Deutschland oder Frankreich – die Frage danach, warum ein Wähler seinem Gebot der Stimmabgabe nicht nachkommen möchte, lässt sich immer wieder u.a. mit dem Ansatz des Ausgeliefertseins erklären. Dies zeigt sich stets dann, wenn dunkle Hintergründe zu Skandalen gleich welcher Art insbesondere der Verdacht der Korruption z.B. eines Politikers zu Tage kommen.

Was Präsidentschaft- und Parlamentswahlen in Frankreich anbelangt, so hat sich hier ein regelrechter Zwiespalt entwickelt. Zum einen werden die „Mächtigen“ durch Verzicht einiger Wähler auf ihre Stimmabgabe abgestraft. Zum anderen hat man sich wohl mit der Involvierung Chiracs in Korruptionsskandale und den Lügen Jospins hinsichtlich seiner Trotzkitenvergangenheit seitens der übrigen Wählerschaft abgefunden.<sup>69</sup>

Es ist schon verwunderlich, in wie fern das französische Volk solche Entgleisungen und Schwächen von Politikern hinnimmt. Denn trotz einer Wahlbeteiligung von nur knapp 60% kann man hier durchaus noch von einem Votum für die entsprechende Regierung sprechen

Unverständlich scheint die niedrige Wahlbeteiligung deshalb, weil der Betrachter noch im Frühjahr die Menschen auf den Straßen der französischen Hauptstadt hat sehen können, wie sie für die Demokratie und gegen die Wahl Le Pens zum Staatspräsidenten aufgerufen hatten. Selbst die politischen Gegner Chiracs linkerseits hatten zu seiner Wahl aufgerufen! Es gab also Bündnisse für den Erhalt eines Frankreich nach den bestehenden Demokratievorstellungen und den von Toleranz geprägten gesellschaftlichen Verhältnissen. Solch ein Verhalten der Bürger könnte man eigentlich nur als Bekun-

---

<sup>69</sup> Vgl. FN 63

dung zum Parlamentarismus unserer Zeit verstehen. Nur ein paar Monate später konnte man angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung nichts mehr von dem Enthusiasmus des Frühjahres 2002 vernehmen.

Gefährlich also wird es für die Demokratie dort, wo ihre Regeln verletzt werden von denjenigen, die sich durch die Übernahme eines Amtes oder eines Mandates ihr gegenüber besonders verpflichtet haben.

Daher ist es besonders riskant, wenn man einem Le Pen gleichermaßen seine verbalen oder gar körperlichen Entgleisungen, seine Skandalträchtigkeit überhaupt verzeiht, da Entgleisungen von Politikern und etwa die Korruption zum „guten Ton“ gehörten.

Ausblickend bleibt noch anzumerken, dass sich Politiker etablierter Parteien ganz deutlich und aufrichtig vor solchen Skandalträchtigkeiten in jeglicher Hinsicht hüten sollten, damit die Wähler eine demokratische Wahl nicht als Wahl zwischen zwei oder mehreren Übeln empfinden müssen. Denn das Vertrauen der Wahlberechtigten sollte im Sinne einer echten politischen Partizipation wiedererlangt werden. Ohne eine echte Partizipation könnte diese Demokratie langfristig erheblichen Schaden erleiden.

## Literaturverzeichnis

CAMUS, Jean-Yves: Front National, Eine Gefahr für die französische Demokratie?, Bouvier Verlag, Bonn, 1998

FROMM, Rainer, KERNBACH, Barbara: Europas braune Saat, Die internationale Verflechtung der rechtsradikalen Szene, Verlag Bonn Aktuell, München, Landsberg am Lech, 1994

MINKENBERG, Michael: Die Front National (FN), Leske und Budrich Verlag, Opladen, 2000, in: Lehrtexte Politik, RUSS, Sabine, SCHILD, Joachim, SCHMIDT, Jochen, STEPHAN, Ina (Hrsg.)

OSTERHOFF, André: Die Eurorechte, Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten, 1. Auflage, Münster, Unrast-Verlag, 1997

SCHILD, Joachim: Wählerverhalten und Parteienwettbewerb, Leske und Budrich Verlag, Opladen, 2000, in: Lehrtexte Politik, RUSS, Sabine, SCHILD, Joachim, SCHMIDT, Jochen, STEPHAN, Ina (Hrsg.)

SCHMIDT, Bernhard: Die Rechten Frankreich, Elefanten Press Verlag, Berlin, 1998, Antifa Edition, MECKLENBURG, Jens (Hrsg.)

SCHÖNHUBER, Franz: Europas Patrioten, Woher - Wohin, Die Euro-rechte Chance oder Illusion?, 1. Auflage, VGB-Verlagsgesellschaft Berg, Berg am Starnberger See, 2000

## Internetquellen:

«Les cinq priorités», Online im Internet: URL: <http://www.bruno-mégret.com/lespriorités.php.3>

BALMER, Rudolph: Bruch und Spaltung im Front National, Online im Internet: URL: <http://www.myweb.worldnet.net/~balmer/-front.html>, Stand: 12.12.01, verfügbar

- BERNATH, Markus (Lyon): Die Ratten verlassen die Rattenfänger, in: Freitag, die Ost-Westwochenzeitung, 18.12.1998, Online im Internet: URL: <http://www.freitag.de/1998/52/003.htm>, Stand: 12.12.01
- BRANT, Charles: Quittung für Personenkult, Frankreich: Die Auseinandersetzungen im Front National gehen weiter, in: Junge Freiheit Onlineausgabe, Nr. 06, 1999, Online im Internet: URL: <http://www.jungefreiheit.de/archiv99/>, Stand: 13.01.2002
- CAÏTUCOLI, Xavier: Ceux qui nous imaginent à bout des forces et d'idées von déchanter, in: Le Chêne, Magazine du Mouvement National Républicain, Ausgabe September 2002, Online im Internet: URL: <http://www.m-n-r.com>, Stand: 23.10.2002
- GIARD, Sönke: Jospin wird zum großen Verlierer, in: Das Parlament, Onlineausgabe Nr.17, 2002, Online im Internet: URL: <http://www.das-parlament.de/2002/17032.html>, Stand: 23.10.2002
- HEHN, Jochen: Frankreichs Rechtsextreme hoffen auf weiteren Überraschungserfolg, in: Die Welt, Onlineausgabe vom 08.06.2002, Online im Internet: URL: <http://www.elt.de/-daten2002/06/08/0608eu336798.htx>, Stand: 23.10.2002
- HEINEMANN, Christoph: Zu den Urnen Bürger! Frankreich vor den Parlamentswahlen, in: Deutschlandfunk: Hintergrund Politik (Manuskript), Online im Internet: URL: <http://www.-dradio.de/cgi.es/neu/hintergrund/632html>
- HINTZE, Peter: Parlamentswahlen in Frankreich, in: Landesgruppe NRW -Hintze-, Online im Internet: URL: <http://www.-cdulandesgruppenrw.de/cgi-bin/newspro/printit.cgi?-print1023728029.60088>
- MÉGRET, Bruno: Le conseil constitutionnel tente un assassinat politique, in: Communiqué de Bruno Mégret, vom 09.10.-

2002, Online im Internet: URL: <http://www.m-n-r.com/site/-actualité/cppopup.php3?ID=373>, Stand: 23.10.2002

MÉGRET, Bruno: U d'été de Périgeux: En avant pour la refondation du MNR; À l'occasion de la rentrée politique in: Le Chêne, Magazine du Mouvement National Républicain, Online im Internet: URL: <http://www.m-n-r.com>, Stand: 23.10.-2002

MOREAU, Georges: Le Pen sur France 2, in: Français d'abord! Quotidien, Édition du 9 au 11 Novembre 2002, als Newsletter unter: URL: <http://www.frontnational.com>, Stand: 03.11.2002

o.V.: Ablauf der Wahl, Wahlen in Frankreich, in: Die Welt, Online im Internet: URL: <http://www.welt.de/daten2002/06/06/-0606p9336516.htx?print=1>, Stand: 28.10.2002

o.V.: Die französische Nationalversammlung, in: Die Welt, Online im Internet: URL: <http://www.welt.de/daten/2002/06/18/-0618eu338983.htx?print=1>, Stand: 28.10.2002

o.V.: Élections législatives 9 & 16 Juin 2002, Online im Internet: URL: <http://www.assemblée-nationale.fr>, Stand: 28.10.2002

o.V.: Wahlen und Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1995 und 1997, in: Frankreich-Info, Online im Internet: URL: <http://www.botschaft-frankreich.de>, Stand: 28.10.2002

o.V.: Wahlkampfthemen, in: Die Welt, Online im Internet: URL: <http://www.welt.de/daten/2002/06/06/06006p9336535.htx?print=1>, Stand: 28.10.2002

Programme de Bruno Mégret - «Un homme de courage et de conviction», Online im Internet: URL: <http://www.bruno-mégret.com/>, Stand: 18.01.02

Programme des Front National, Online im Internet: URL: <http://www.front-national.com>

RUBECK, Nicolaus: Front National, Debatte um die Nachfolge von Jean-Marie Le Pen, in: Junge Freiheit, Onlineausgabe Nr. 38, 1998, Online im Internet: URL: <http://www.jungefreiheit.de/archiv98>, Stand: 12.01.02,

SANDS, David R.: Le Pen's triumph based on electoral flaws, in: The Washington Times, Ausgabe vom 29.04.2002, Online im Internet: URL: <http://asp.washtimes.com/printarticle.asp>, Stand: 23.10.2002

SCHWARZER, Daniela: Frankreich stoppt Rassist Le Pen, in: Financial Times Deutschland, Ausgabe vom 06.05.2002, Online im Internet: URL: <http://www.ftd.de/pw/eu/-1014399071179.html>, Stand: 23.10.2002

STEIN, Dieter: Der Konflikt wird schärfer, in: Junge Freiheit, Onlineausgabe Nr. 52/53, 1998, Online im Internet: URL: <http://www.jungefreiheit.de>, Stand: 02.01.02

VAUZELLE, Alain: Avec vous, c'est possible! In: Le Chêne, Ausgabe Juni Juni 2002

VIROT, Pascal: L'aura blémisante de la gauche, in: Libération, Online im Internet: URL: <http://www.libération.fr/pag.php?article=30953>, Stand: 23.10.2002

WEISSMANN, Karlheinz: Frankreichs Rechte zerfleischen sich selbst, in: Junge Freiheit, Onlineausgabe Nr. 01, 1999, Online im Internet: URL: <http://www.jf.archiv.de/online-archiv/>, Stand: 12.01.02

### **Übrige Quellen:**

KIESEL, Véronique: Amnesty International dénonce une nouvelle xénophobie en Europe, in: Le Soir, 16.11.2001, in: Revue de la Presse, Ausgabe Januar 2002, Eilers und Schünnemann Verlag, Bremen

KLINGSIECK, Ralf: In Marseille brannte die Synagoge „Or-Aviv“ – Antisraelische Anschläge arabischer Jugendlicher in

mehreren französischen Städten, in: Neues Deutschland, Ausgabe vom 02.04.2002

MICOINE, Didier: Mégret joue son va-tout, in Aujourd'hui, Ausgabe vom 28./29. September 2002, S. 5

o.V.: Comeback für Le Pen, in: Der Spiegel, Ausgabe Nr. 47, 2001, S. 133 oben

o.V.: Jüdische Schule in Marseille Ziele von antijüdischen Gewaltakten betroffen, DPA-Meldung vom 10.09.2002

o.V.: Jüdischer Friedhof in Straßburg geschändet – fünf Verdächtige festgenommen, AFP-Meldung vom 14.04.2002

o.V.: Jüdisches Gotteshaus vollständig niedergebrannt – Zwischen Gewalt und diplomatischen Beziehungen, in: Kölner Stadtanzeiger, Ausgabe vom 02.04.2002

o.V.: Neue Brandanschläge auf jüdische Einrichtungen in Frankreich verübt – Molotowcocktails gegen Synagoge in Montpellier, AFP-Meldung vom 04.04.2002

o.V.: Neue Brandanschläge auf jüdische Einrichtungen verübt, in: AFP-Meldung vom 04.04.2002

o.V.: Übergriffe gegen Juden seit Ostern: in: Neue Zürcher Zeitung, vom 18.04.2002

o.V.: Wieder Anschlag auf Synagogen in Frankreich, in: DPA-Meldung vom 03.04.2002

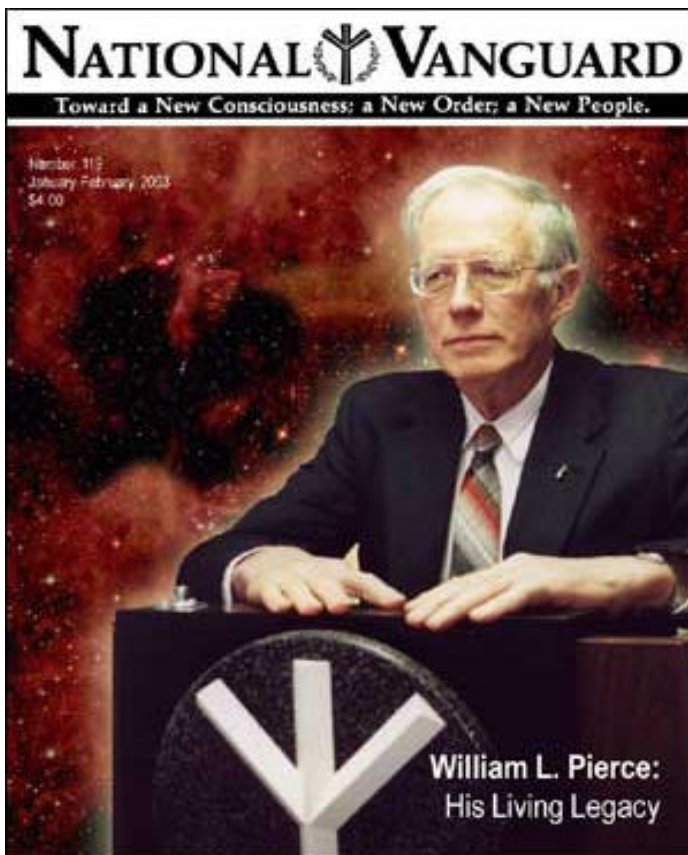
WEBER-LAMBARDIÈRE, Manfred: Der importierte Krieg – Nach einer Anschlagswelle wird das Land zu einem arabisch-jüdischen Kampfplatz, in: Focus, Ausgabe 15/02, S. 227 f

Das Bildmaterial ist der Homepage des MNR entnommen.



Mark Miller

## Dr. William L. Pierce und die „National Alliance“





## **Vorwort**

In den beinahe drei Jahrzehnten ihres Bestehens hat sich die National Alliance zu einer der größten rechtsextremistisch und neonazistisch geprägten Organisationen in den USA entwickelt. Über das Internet und andere Medien verbreitet sie weltweit ihr rassistisches und menschenverachtendes Gedankengut. Sie unterhält eigene Versandunternehmen für Bücher und Tonträger mit einschlägigem Inhalt und verfügt über eigene Printmedien und sogar eine eigene Radiosendung.

Diese Arbeit soll einen Einblick in die Geschichte und die Organisationsstruktur der National Alliance geben, ihre politischen Zielsetzungen und ihre Betätigungsfelder beleuchten und aufzeigen, welche Kontakte die Organisation zu rechts-extremistischen Gesinnungsgenossen in den USA und im Ausland unterhält.

Untrennbar mit der National Alliance verbunden ist der Name Dr. William L. Pierce: Seit mehr als 25 Jahren ist er ideologischer „Kopf“ und unumstrittener Anführer der National Alliance. Daher sind sein Werdegang, seine Rolle in der National Alliance und sein schriftstellerisches und publizistisches Wirken ebenfalls Themen dieser Arbeit.<sup>1</sup>

Die National Alliance ist kein rein US-amerikanisches Phänomen. Durch ihre Kontakte zur deutschen NPD sowie ihre Rolle bei der Flucht des „Satansmörders“ Hendrik Möbus vor den deutschen Behörden ist die National Alliance in den letzten Jahren auch in Deutschland ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Deshalb haben auch diese beiden Themen Eingang in diese Arbeit gefunden.

---

<sup>1</sup> Anmerkung: Dr. W. L. Pierce verstarb am 23. Juli 2002; die vorliegende Ausarbeitung wurde im Januar 2002 fertig gestellt.

## Die Organisation

### Geschichte der National Alliance

Über den Ursprung der National Alliance existieren zwei widersprüchliche Darstellungen:

Die erste Version führt die Entstehung der National Alliance auf den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1968 zurück: *George Wallace*, der damals Gouverneur des US-Bundesstaats Alabama war, kandidierte für das Präsidentenamt und gründete die rechtsradikale *American Independent Party*. Ihr Parteiprogramm enthielt beispielsweise Forderungen nach der gewaltsamen Unterdrückung der Bürgerrechtsbewegung und nach dem Einsatz von Atomwaffen im Vietnamkrieg.<sup>2</sup> Zur Unterstützung von Wallace' Wahlkampf hatte *Willis Carto* die Kampagne *Youth for Wallace* ins Leben gerufen. Wallace verlor jedoch die Wahlen gegen Richard Nixon. Nach dieser Niederlage führte Carto die gescheiterte Wahlkampagne als *National Youth Alliance* weiter. In ihr sammelte er rechtsextreme und antidemokratisch gesinnte Personen.<sup>3</sup> Aufgenommen werden konnten nur Menschen bis zum Alter von 30 Jahren.

*Dr. William L. Pierce* stieß erst im Jahr 1970 zur National Youth Alliance. Vorher war er bereits Funktionär der *American Nazi Party (ANP)* und ihrer Nachfolgeorganisation, der *National Socialist White People's Party (NSWPP)* gewesen. Mit Pierce kamen mehrere andere ehemalige ANP-Aktivist\*innen zur National Youth Alliance. Carto verlor mehr und mehr Einfluss in der Organisation. 1971 kam es zum offenen und bis heute andauernden Streit zwischen Pierce und Carto. Seit 1974 führte Pierce die National Youth Alliance allein und strich im glei-

---

<sup>2</sup> Adams/Lösche, S. 162

<sup>3</sup> <http://www.idgr.de/lexikon/stich/n/national-alliance/na.html>  
(20.12.01)

chen Jahr den Zusatz *Youth* aus ihrem Namen.<sup>4</sup> Gleichzeitig entfiel die Altersgrenze von 30 Jahren.

Im Gegensatz zu der hier dargestellten Version behauptet Dr. William L. Pierce jedoch, die National Youth Alliance im Jahr 1970 selbst gegründet zu haben.<sup>5</sup>

Von 1974 bis zum heutigen Tag (Anmerkung: Juli 2002) ist Pierce der alleinige Führer der National Alliance. Die Organisation hat im Jahr 1985 ihren Hauptsitz in die Nähe von Mill Point im US-Bundesstaat West Virginia verlegt: Für 95.000 US\$ in bar kaufte Pierce dort eine Farm mit 140 Hektar Land. Gerüchte behaupten, dass zumindest ein Teil des gezahlten Geldes aus Straftaten der rechtsterroristischen Vereinigung *The Order* stammte. Diese soll Geld aus ihren Straftaten an die National Alliance und andere rassistische Gruppen weitergegeben haben.<sup>6</sup>

## Die National Alliance heute

Für eine neonazistische Vereinigung in den USA ungewöhnlich ist, dass es sich bei der National Alliance um eine straff organisierte und streng hierarchisch aufgebaute Mitgliederorganisation handelt. Mitglieder haben einen jährlichen Beitrag in Höhe von \$120 zu entrichten, auch dies ist eine Besonderheit dieser Organisation.<sup>7</sup> Für den Beitritt zur National Alliance gelten folgende Bedingungen:

*„Beitrittsfähige Personen: Jede weiße Person nichtjüdischer und gänzlich europäischer Herkunft, die mindestens 18 Jahre alt und bereit ist, die National Alliance bei der Erreichung*

---

<sup>4</sup> Anti Defamation League (ADL), S. 15

<sup>5</sup> <http://www.natvan.com/german-what-is-na/na5.html> (24.01.02)

<sup>6</sup> ADL, S. 15

<sup>7</sup> *Grumke*, S. 113

***ihrer Ziele vorbehaltlos zu unterstützen, kann Mitglied in unserer Organisation werden.***

***Beitrittsunfähige Personen: Homosexuelle oder bisexuelle, drogensüchtige oder alkoholranke, mit einem Nichtweißen verheiratete oder eine Freiheitsstrafe verbüßende Personen können der National Alliance nicht beitreten.***<sup>8</sup>

Die National Alliance sichert ihren Mitgliedern den größtmöglichen Schutz ihrer persönlichen Daten zu. Außerdem ist eine Mitgliedschaft unter Verwendung eines Pseudonyms ausdrücklich gestattet. Diese Strategie ist Teil der konspirativen Arbeitsweise der National Alliance, sie ermöglicht es ihren Mitgliedern, für die Organisation aktiv zu sein, ohne unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.<sup>9</sup> Verboten ist jedoch eine Doppelmitgliedschaft in der National Alliance und einer anderen Organisation.<sup>10</sup>

Die Mitgliederzahl der National Alliance unterliegt der Geheimhaltung.<sup>11</sup> Die *Anti Defamation League* schätzt den Mitgliederbestand der National Alliance auf ca. 1.000 Personen.<sup>12</sup>

Landesweit verfügt die National Alliance über insgesamt 16 „local units“ in elf Bundesstaaten. Es handelt sich um Regionalgruppen, welche aus mindestens fünf Mitgliedern der National Alliance bestehen.<sup>13</sup>

Darüber hinaus enthält die Homepage der National Alliance eine Liste mit Telefonnummern in 32 Städten in 23 US-

---

<sup>8</sup> <http://www.natvan.com/german-what-is-na/na7.html> (24.01.02)

<sup>9</sup> ADL, S. 2

<sup>10</sup> Grumke, S. 114

<sup>11</sup> Grumke, S. 113

<sup>12</sup> ADL, S. 1

<sup>13</sup> Grumke, S. 115

Bundesstaaten.<sup>14</sup> Über diese Rufnummern kann man einen automatisierten Ansagetext mit der Ideologie der National Alliance abrufen und mit örtlichen Aktivisten der National Alliance in Kontakt treten.<sup>15</sup>

Zweimal jährlich lädt Pierce ca. 50 Mitglieder der National Alliance, denen er Führungsaufgaben zutraut, zu einer „*Leadership Conference*“ ins Hauptquartier der Organisation ein.<sup>16</sup>

Während in den USA insgesamt eine Schwächung und zunehmende Zersplitterung des neonazistischen Spektrums zu beobachten ist, behauptet die National Alliance einen stetigen Anstieg der Mitgliederzahl. Die National Alliance rekrutiert ihre neuen Mitglieder jedoch nicht etwa aus den schwächer werdenden anderen Gruppen, sondern gewinnt neue Anhänger vor allem in der gebildeten Mittelschicht. Die ADL ist der Ansicht, dass das Bedrohungs- und Gewaltpotenzial zunimmt, welches von der National Alliance ausgeht.<sup>17</sup>

### **Der Kopf der National Alliance: Dr. William L. Pierce**

Dr. William L. Pierce wurde 1938 in Atlanta im US-Bundesstaat Georgia geboren. An der Universität von Colorado erwarb er einen Doktorgrad in Physik. Von 1962 bis 1965 war er Assistenzprofessor für Physik an der Oregon State University. 1965/1966 arbeitete er in der Forschungsabteilung des Triebwerkeherstellers Pratt&Whitney in Connecticut.

Seine rechtsextremistische Laufbahn begann Pierce als Mitglied der *John Birch Society*. Diese Organisation und seinen Arbeitgeber verließ er im Jahre 1966, um Mitglied der *American Nazi Party* zu werden und sich hauptberuflich der Partei-

---

<sup>14</sup> <http://www.natvan.com/phone-numbers> (28.01.2002)

<sup>15</sup> ADL, S. 2

<sup>16</sup> ADL, S. 1

<sup>17</sup> ADL, S. 16

arbeit zu widmen. Schnell stieg Pierce zu einem engen Vertrauten des damaligen Parteichefs und bekanntesten amerikanischen Neonazis George Lincoln Rockwell auf. Nachdem Rockwell im Jahre 1967 einem Attentat zum Opfer gefallen war, stieg Pierce schnell in die Spitze der Organisation auf. Kurz darauf wechselte er dann zur *National Youth Alliance*.<sup>18</sup> Pierce, der als gebildet und belesen gilt und in den USA den Ruf eines „modern day Goebbels“ genießt, ist eine Ausnahmeerscheinung unter den amerikanischen Rechtsextremisten: Er verbindet eine plakative Ideologie mit wirkungsvoller Propaganda und dem Einsatz moderner Medien und Kommunikationsmittel. Die National Alliance führt er in autoritärer Weise als unumstrittener „Chef“, dem innerhalb der Organisation keine Konkurrenten oder „Oppositionsfraktionen“ gegenüberstehen. Jede propagandistische Äußerung der National Alliance bedarf der vorherigen Genehmigung durch Pierce. Durch die Integration von Buchversand und Musikvertrieb sowie das Erheben von Mitgliedsbeiträgen sichert er eine gewisse finanzielle Basis für die Arbeit seiner Organisation. Pierce strebt danach, mehr Einfluss innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums zu gewinnen. Hierbei kommen ihm die Zersplitterung und die organisatorischen Defizite anderer rechtsextremistischer Gruppen entgegen.

## Die „Turner Diaries“ und der Anschlag von Oklahoma City

Dr. William Pierce ist auch als Schriftsteller aktiv: Im Jahr 1978 veröffentlichte er unter dem Pseudonym *Andrew MacDonal*d die *Turner Diaries*. Earl Turner, die Titelfigur des Romans, schildert in Tagebuchform den Beginn eines Aufstandes gegen die US-Regierung als Beginn einer „weißen Revolution“. Ausgangspunkt ist der fiktive *Cohen Act*, ein Bundesgesetz, wel-

---

<sup>18</sup> <http://www.splcenter.org>, dort unter dem Suchbegriff „National Alliance“



ches den freien Waffenbesitz von US-Bürgern einschränkt. Eine Gruppe weißer Regierungsgegner verübt daraufhin einen Bombenanschlag auf die FBI-Zentrale in Washington D. C. Am Schluss der *Turner Diaries* tötet sich Earl Turner selbst, indem er als lebende Bombe mit einem Flugzeug ins US-Verteidigungsministerium (Pentagon) fliegt. Damit wird er zum Helden und Märtyrer seiner Bewegung. Im Schlusskapitel des Buches wird der erfolgreiche Verlauf der „weißen Revolution“ dargestellt, welche innerhalb eines Jahrhunderts zur Vollendung gelangt.

Das rassistische und menschenverachtende Gedankengut, welches in den *Turner Diaries* zum Ausdruck kommt, widerspiegelt die Ideologie der National Alliance. Entsprechend hoch ist der Stellenwert, den das Buch unter Mitgliedern der National Alliance genießt: Es handelt sich um eine Art Pflichtlektüre für alle Mitglieder.

Ein begeisterter Leser der *Turner Diaries* war auch *Timothy McVeigh*: Die *Turner Diaries* enthalten detaillierte Anleitungen zum Bau von Bomben und Sprengkörpern, welche McVeigh höchstwahrscheinlich als Anleitung für seinen Bombenanschlag auf das *Alfred-P.-Murrah-Hochhaus* in Oklahoma City dienten: Bei dem Anschlag auf das hauptsächlich von US-Bundesbehörden genutzte Hochhaus kamen am 19. April 1995 insgesamt 168 Menschen ums Leben, darunter 19 Kinder unter 5 Jahren. Auch McVeigh war ein Waffennarr und befürchtete eine Verschärfung der Waffengesetzgebung der USA.

Da Pierce insbesondere den Bau von Sprengkörpern in den *Turner Diaries* bis in Einzelheiten beschrieben hat, ist davon auszugehen, dass er eine etwaige Verwirklichung der in seinem Buch beschriebenen Anschläge zumindest billigend in Kauf genommen, wenn nicht sogar gewünscht hat. Pierce selbst sagte kurz nach dem Anschlag von Oklahoma City, er habe die *Turner Diaries* geschrieben, um seine Ideen zu ver-

breiten.<sup>19</sup> Die folgende Passage aus den *Turner Diaries* ist nur ein Beleg für den gewaltverherrlichenden und rassistischen Charakter des Buches:

*„Mein gestriger Arbeitstag fing damit an, daß ich Ed Sanders dabei half, in der Garage von Einheit 8 Ammoniak-Nitrat-Kunstdünger mit Heizöl zu mischen. Wir stellten die 100-Pfund-Säcke nebeneinander auf und stachen oben mit einem Schraubenzieher ein kleines Loch hinein, gerade groß genug, um die Spitze eines Trichters hineinzustecken. Während ich den Sack und den Trichter hielt, goß Ed eine Gallone Öl hinein.*

*Dann klebten wir ein großes quadratisches Stück Klebeband über das Loch, und ich drehte den Sack von oben nach unten, um den Inhalt zu mischen, während Ed seine Ölkanne aus dem Versorgungsrohr der Heizung wieder auffüllte.*

...

*Währenddessen waren George und Henry unterwegs, um einen Lastwagen zu steuern. Für nur 2½ Tonnen Sprengstoff brauchten wir keinen großen Sattelschlepper, so entschlossen wir uns für einen Lieferwagen, der einer Firma für Bürobedarf gehörte. George und Henry folgten einfach diesem Lastwagen ... . Als der Fahrer – ein Neger – die Rückwand des Lastwagens öffnete und hineinstieg, schwang sich Henry zu ihm hinein und erledigte ihn schnell und lautlos mit seinem Messer.“<sup>20</sup>*

---

<sup>19</sup> <http://www.idgr.de/lexikon/stich/t/turner-diaries/diaries.html>  
(20.12.01)

<sup>20</sup> *Turner Diaries*, Kapitel 6

## Politische Zielsetzung und Betätigungsfelder

### Rassismus

Ein aggressiver und offen geäußelter Rassismus ist Kern der Ideologie der National Alliance. Die Organisation geht von der körperlichen und intellektuellen Überlegenheit der weißen Rasse gegenüber anderen Hautfarben aus. „Endziel“ der National Alliance ist die Errichtung einer weißen Gesellschaft. In ihrem Programm formuliert sie dies folgendermaßen:

*„Weiße Männer und Frauen werden zu einer immer unbedeutenderen Minderheit in der Welt. ... Es findet zudem, begleitet von massiver Rassenvermischung, eine verstärkte Einwanderung von Nichtweißen in ehemals weiße Gebiete statt.*

*Wenn wir uns nur um dieses demographische Problem zu kümmern bräuchten, wäre unsere Aufgabe einfach, verfügen die weißen Regierungen doch über die notwendigen Mittel, um die Immigration Nichtweißer zu stoppen und nichtweiße Bevölkerungsgruppen zu deportieren. Die Anwendung solcher Mittel, verstärkt durch die Einstellung jeglicher Entwicklungshilfe an die Dritte Welt, würde es den Kräften der Natur erlauben, dem nichtweißen Bevölkerungswachstum in kürzester Zeit ein Ende zu bereiten, zumal Nichtweiße nicht die geringste Chance hätten, sich ... dagegen zu wehren.*

...

*Besaß jemand die Unverfrorenheit, sich über ein Amerika, das immer schwärzer, immer ärmer und immer schmutziger wurde, zu beklagen, wurde er sogleich von einem schrillen Lobgesang der Medien auf die Segnungen der multikulturellen Gesellschaft ... übertönt.<sup>21</sup>*

---

<sup>21</sup> <http://www.natvan.com/german-what-is-na/na3.html> (24.01.02)

Auf ihrer Internetseite stellt die National Alliance anhand von Beispielen auch die Motive dar, die ihre Mitglieder zum Eintritt in die National Alliance bewogen haben. Auch hier kommen rassistische Einstellungen zum Ausdruck. So äußert eine Hausfrau und Mutter aus dem US-Bundesstaat Michigan:

*„Ich bin der National Alliance beigetreten, weil ich möchte, dass meine Kinder in einer sauberen, gesunden Weißen Welt aufwachsen, in der sie keine Minderheit sein werden. Ich möchte, dass sie in Weiße Schulen gehen und in einer Weißen Gemeinde leben. Ich will, dass sie Weiße Werte lernen, keine TV-Werte.“<sup>22</sup>*

## **Antisemitismus**

Als wichtiges Teilelement der rassistischen Ideologie der National Alliance ist der von ihr vertretene Antisemitismus zu nennen. Juden und Farbige werden von der National Alliance als Bedrohung der „*arischen Kultur*“ und der „*rassischen Reinheit*“ betrachtet. Insbesondere Juden sind Ziele des Hasses von Pierce. Über die Internetseite der National Alliance kann auch das von Pierce verfasste Essay „*Who rules America*“ abgerufen werden. Darin beschreibt er die schädlichen Auswirkungen der vermeintlich jüdisch dominierten und kontrollierten Medien in den USA. Diese Kontrolle sei die größte Gefahr für die Zukunft des amerikanischen Volkes.<sup>23</sup> Auch Pierce propagiert in diesem Text die Theorie einer jüdischen Verschwörung, die weltweit unter antisemitischen Organisationen anzutreffen ist. In den meisten Fällen werden Regierungen oder Massenmedien als jüdisch beeinflusst bzw. kontrolliert bezeichnet. Die National Alliance spricht offen aus, dass sie die völlige – nötigenfalls gewaltsame - Verdrängung aller Juden und

---

<sup>22</sup> - [http://www.natvan.com/who is](http://www.natvan.com/who_is) (28.01.02)

<sup>23</sup> Zitiert nach ADL, S. 3

Nichtweißen aus der Gesellschaft als einzige Lösung betrachtet.<sup>24</sup>

### **Ablehnung des Christentums**

Auch christliche Religionsgemeinschaften und das Christentum an sich werden von der National Alliance abgelehnt. Das Menschenbild der National Alliance geht vom selbstbestimmten Menschen aus, der allein Herr über sein Schicksal ist und dieses im Einklang mit den Naturgesetzen gestaltet.<sup>25</sup> Über ihr Verhältnis zum Christentum sagt die National Alliance:

*„Wir sind verpflichtet, die christlichen Kirchen zu bekämpfen und ihren Lehren zu widersprechen. ... [Das Christentum] ist keine arische Religion. ... Wie auch die anderen semitischen Religionen ist [es] unverbesserlich primitiv.“<sup>26</sup>*

### **Ablehnung des Feminismus**

Auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau als sozialer Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte wird von der National Alliance abgelehnt und bekämpft. Sie betrachtet den Feminismus als „Bedrohung der weißen Rasse“. Das „Schlachtfeld einer Frau“ sei die Entbindungsstation.<sup>27</sup>

### **Demokratiefeindlichkeit**

Die National Alliance gibt offen zu, dass die Verwirklichung ihrer Ziele nur dann möglich ist, wenn es gelingt, das derzeitige politische System der USA vollständig zu überwinden. Die

---

<sup>24</sup> ADL, S. 8

<sup>25</sup> <http://www.natvan.com/german-what-is-na/na1.html> (24.01.02)

<sup>26</sup> Zitiert nach ADL, S. 3

<sup>27</sup> ADL, S. 3

Organisation strebt eine Umwälzung der bestehenden Verhältnisse auf revolutionärem Wege an. Im Programm der National Alliance finden sich hierzu folgende Aussagen:

*„Wichtigstes Ziel unseres Programms muss folglich die Übernahme der Regierungsverantwortung sein. Bleibt dieses Ziel unerreicht, sind alle anderen Aktivitäten auf lange Sicht zwecklos.*

*Unter Regierungsverantwortung verstehen wir die Befugnis, alle Gesetze zu erlassen und anzuwenden. Dies bedingt eine vollständige Auflösung und Substitution der existierenden Machtstruktur, so etwa des Kongresses, der Gerichte, der militärischen und polizeilichen Führungsstellen und der Medien.*

*Durch die bloße Wahl eines Präsidenten kann uns diese Regierungsverantwortung nicht übertragen werden. ... Damit wir der uns übertragenen Verantwortung gerecht werden können, muss unsere Macht total sein, also alle Elemente in der Machtstruktur umfassen. ...*

*Die Macht, die wir anstreben, kann ... nur dadurch erreicht werden, dass wir zuerst eine solide revolutionäre Infrastruktur schaffen, die es uns ermöglicht, revolutionäre Aktionen an mehreren Fronten und während mehrerer Jahre durchzuführen und dann auf dieser Infrastruktur eine neue Machtstruktur als exaktes Gegenstück zu derjenigen unserer Gegner aufzubauen. ...*

*Unter den dazu notwendigen Aktivitäten finden wir die Vorbereitung und Verbreitung von Propaganda, die Rekrutierung von Freiwilligen, die Sicherung unserer finanziellen Basis, Selbstverteidigung und innere Disziplin, das Sammeln und die Auswertung von nachrichtendienstlichen Informationen, Planung und Führung. Nur durch die ständige Verbesserung und Ausweitung solcher Aktivitäten können unsere revolutionären Ziele letztendlich erreicht werden.“<sup>28</sup>*

---

<sup>28</sup> <http://www.natvan.com/german-what-is-na/na3.html> (24.01.02)

Hieraus wird ersichtlich, dass die National Alliance in „Fundamentalopposition“ zum gegenwärtigen Staats- und Regierungssystem der USA und zu dessen grundlegenden Prinzipien (z. B. Gewaltenteilung) steht. Die angestrebte Revolution wird zwar als Fernziel betrachtet, jedoch geht die National Alliance davon aus, dass sich das gegenwärtige System aufgrund der ihm innewohnenden Fehler und Schwächen in absehbarer Zeit immer mehr destabilisieren wird.<sup>29</sup> Vorerst jedoch bleiben die Möglichkeiten der Organisation auf die im Zitat genannten Vorbereitungshandlungen beschränkt. Die dort aufgeführte Nachahmung „nachrichtendienstlicher“ Methoden macht deutlich, dass auch konspiratives Handeln Bestandteil der heutigen Arbeit der National Alliance ist.

## **Gewaltbereitschaft**

Insbesondere in seinen wöchentlichen Radioansprachen betont Pierce immer wieder, dass eine Lösung der von ihm geschilderten Probleme letztendlich nur durch Anwendung von Gewalt zu erreichen sei. Insofern betätigt sich Pierce als „geistiger Brandstifter“, der die ideologische Rechtfertigung für rassistische Gewalttaten liefert. Im Widerspruch hierzu betont die National Alliance, dass sie keine Inhaftierten Personen als Mitglieder aufnehmen könne, da sie illegale Aktionen nicht billige.<sup>30</sup>

Die *Anti Defamation League* listet eine ganze Reihe schwerster Straftaten auf, welche von Mitgliedern der National Alliance oder von Anhängern der Organisation aus rassistischen oder antisemitischen Motiven heraus verübt wurden.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> <http://www.natvan.com/german-what-is-na/na3.html> (24.01.02)

<sup>30</sup> <http://www.natvan.com/german-what-is-na/na7.html> (24.01.02)

<sup>31</sup> ADL, S. 5ff.

## Zeitungen und Rundbriefe

Pierce ist Herausgeber des *National Vanguard Magazine*, der Propagandazeitung der National Alliance. In ihr verbreitet er seine Ideologien. Mitglieder der National Alliance erhalten regelmäßige Gratisexemplare. Neben dem *National Vanguard Magazine* existieren monatliche Rundbriefe mit dem Titel „Free Speech“. Beide Publikationen können – zumindest teilweise – auch online auf der Internetseite der National Alliance eingesehen werden.

## Internetseiten

Die National Alliance betreibt eine umfangreiche und aufwändig gestaltete Internetseite in englischer Sprache. Die Seite ist über zwei Adressen erreichbar.<sup>32</sup> Beide Adressen führen zu inhaltsgleichen Seiten, so dass es sich im Grunde genommen um „eine“ Homepage handelt. Die Startseite, die sich dem Betrachter nach Eingabe einer der beiden Adressen öffnet, hat die Funktion eines Inhaltsverzeichnis, in Kurzform werden die Internetangebote der National Alliance erläutert. Unter der Rubrik „Willkommen bei der National Alliance“ kann man das Programm der National Alliance einsehen, einen E-Mail-Rundbrief abonnieren, Kontakttelefonnummern innerhalb der USA abfragen und über Links zu befreundeten Organisationen gelangen. Ein Großteil der hier angebotenen Informationen kann auch in anderen Sprachen abgerufen werden, die Homepage bietet Übersetzungen in deutscher, schwedischer, niederländischer, ungarischer, französischer, portugiesischer und russischer Sprache an. Auch das Programm der Radiosendung *American Dissident Voices* kann abgefragt werden, der Inhalt vergangener Sendungen ist in Textform einsehbar. Ein weiterer Link führt zum Buchkatalog von „National Vanguard Books“, dem Buchversand der National Alliance. Den Abschluss der Titelseite bildet das Werbe-

---

<sup>32</sup> <http://www.natall.com> oder <http://www.natvan.com> (30.01.02)



banner von „Resistance Records“. Durch einen Klick auf das Banner gelangt der Nutzer zur Homepage des ebenfalls zur National Alliance gehörenden Musikvertriebs.

Außerdem bietet die National Alliance die Möglichkeit, Flugblätter der Organisation herunterzuladen und ohne großen Aufwand auszudrucken und zu vervielfältigen.<sup>33</sup>

## **Rundbriefe und Radioansprachen**

Die National Alliance produziert eine eigene Radiosendung mit dem Titel „*American Dissident Voices*“. Dr. William L. Pierce ist zumeist selbst Autor der dort gesendeten Beiträge. Pierce nutzt die Radiosendung, um einmal wöchentlich die Propaganda der National Alliance in den USA und im Ausland zu verbreiten. Die Möglichkeit hierzu besteht: Die Sendung wird seit Ende 1991 über Kurzwellensender verbreitet und ist somit theoretisch weltweit zu empfangen. Außerdem strahlen einige regionale amerikanische Radiosender „*American Dissident Voices*“ über ihre Mittelwellensender aus.<sup>34</sup> Die Themen der einzelnen Sendungen entsprechen der Ideologie der National Alliance, wie die folgende Auswahl zeigt:

Die Bestie als Heiliger: Die Wahrheit über Martin Luther King Jr.

AIDS: Was Regierung und Medien Ihnen verschweigen

Destruktive Einwanderung

Die ADL: Amerikas größter Feind

Der Kriminelle im weißen Haus

Verbotene Wahrheiten heute

Die Wahrheit über die Sklaverei

Warum keine Meinungsfreiheit in Deutschland?

---

<sup>33</sup> <http://www.natvan.com/leaflets> (24.01.02)

<sup>34</sup> <http://www.natvan.com/german-what-is-na/na5.html> (24.01.02)

Neue Studien nähren Zweifel an „Holocaust“-Behauptungen

### **Der Buchversand: National Vanguard Books**

Über die Startseite der National Alliance gelangt man zur Eingangsseite des Buchversands der National Alliance. Die Aufmachung der Seite braucht den Vergleich mit anderen kommerziellen Angeboten im Internet nicht zu scheuen. Es besteht die Möglichkeit, Bücher, Videos und Tonträger per Mausclick zu bestellen und mit allen gängigen Kreditkarten zu bezahlen.

Erhältlich sind Bücher mit einschlägigem rechtsextremistischen Inhalt: Das umfangreiche Angebot enthält revisionistische Schriften von *Christophersen* und *Irving* und Werke, die Wehrmacht und SS verherrlichen. Daneben finden sich rassistische und antisemitische Bücher und selbstverständlich auch die *Turner Diaries*. Aufschlussreich ist die Kurzbeschreibung des unter der Bestellnummer 462 für \$19.95 erhältlichen *Mein Kampf*:

„Das Buch beschreibt den Kampf Deutschlands um nationale Freiheit und rassischen Fortschritt und vermittelt die Weltsicht, die diesem Kampf zugrunde liegt. ... Darüber hinaus ist es auch ein Leitfaden für alle vernünftigen Menschen, die in diesen düsteren Zeiten auf der Suche sind nach Wahrheit und Licht. Das Buch handelt ... von den politischen Konzepten und Zielen, die für einen rassistisch gesunden Staat notwendig sind ...“<sup>35</sup>

### **Der Musikvertrieb: Resistance Records**

*Resistance Records* ist der jüngste „Geschäftszweig“ der National Alliance: Ende 1999 kaufte Pierce den Musikverlag, der bis dahin seinen Sitz in Detroit hatte. Resistance Records war

---

<sup>35</sup> Internetseite von National Vanguard Books, URL unbekannt (30.01.02)

bereits einer der größten Händler für „White-Power“-Musik. Außerdem erwarb Pierce den Warenbestand und bestehende Bandverträge des schwedischen Musikvertriebs *Nordland*.<sup>36</sup>

Auf der Seite finden sich eine große Auswahl von Skinhead- und *Black Metal*- bzw. *Gothic*-Musik sowie Neuigkeiten, Interviews und CD-Neuvorstellungen aus der einschlägigen Musikszene.<sup>37</sup> Aus der Skinhead-Musik-Szene sind beispielsweise CDs der Gruppe *Landser* erhältlich. Die aufwändig gestaltete Zeitschrift *Resistance Magazine* enthält auf Hochglanzpapier Nachrichten aus der rechtsextremistischen Musikszene und ergänzt das Angebot von Resistance Records.

Mit dem Erwerb von *Resistance Records* hat sich die National Alliance einerseits ein zusätzliches finanzielles „Standbein“ geschaffen, andererseits erschließt sie sich mit dem vornehmlich jüngeren Kundenkreis der Musikkfans eine neue Zielgruppe für ihre Propaganda. Diese Bemühungen werden als Versuch gewertet, international noch mehr Einfluss zu gewinnen.<sup>38</sup>

## **Die „Cosmotheist Community Church“**

Nachdem Pierce in den 80er Jahren das Anwesen in West Virginia erworben hatte, welches er noch heute als Zentrale der Organisation nutzt, ließ er es einzäunen und gab ihm den Namen „Cosmotheist Community Church“. Er beantragte Steuerbefreiungen auf bundesstaatlicher, einzelstaatlicher und lokaler Ebene. 1986 wurde ihm die vom Staat West Virginia bewilligte Steuerbefreiung jedoch größtenteils wieder aberkannt.<sup>39</sup> Die Gründung der „Church“ erscheint als taktisches Manöver mit dem alleinigen Ziel, möglichst umfang-

---

<sup>36</sup> *Verfassungsschutzbericht 2000*, S. 106

<sup>37</sup> <http://www.resistance.com> (30.01.02)

<sup>38</sup> *Verfassungsschutzbericht 2000*, S. 106

<sup>39</sup> ADL, S. 15

reiche Steuerbefreiungen zu erreichen. Bereits Ende der 70er Jahre hatte Pierce versucht, die National Alliance als Bildungseinrichtung anerkennen und dadurch von der Steuerpflicht befreien zu lassen. Diese Anerkennung wurde der National Alliance jedoch nicht zuteil. Pierce führte mehrjährige Prozesse, um die Anerkennung seiner Organisation als Bildungseinrichtung gerichtlich durchzusetzen. Das US-Appellationsgericht bestätigte jedoch 1983 das ablehnende Urteil der Vorinstanz. In der Urteilsbegründung hieß es u. a.:

[Die National Alliance] „ruft wiederholt zu Handlungen auf, um Mitglieder ausdrücklich benannter rassistischer, religiöser oder ethnischer Gruppen auch unter Einsatz von Gewalt“ [zu verletzen].<sup>40</sup>

### **Dr. Pierce als Aktionär**

Im Jahr 1986 erwarb Pierce genau einhundert Aktien des großen US-amerikanischen Telekommunikationskonzerns AT&T. Dadurch war er fortan berechtigt, Anträge in die Tagesordnung der jährlichen Aktionärsversammlung von AT&T einzubringen. Dieses Antragsrecht nutzte Pierce in den folgenden Jahren, um auf diese Weise die Ideologie der National Alliance zu verbreiten. 1987 beantragte er, keine Angehörigen von Minderheiten mehr im Konzern einzustellen, da diese weißen Mitarbeitern intellektuell unterlegen seien. Sprecher des Unternehmens verurteilten den Antrag, dem in der Hauptversammlung nur 8,6% der Aktionäre zustimmten. In den folgenden drei Jahren wiederholte Pierce seinen Antrag, ohne damit erfolgreicher zu sein. 1991 stellte die National Alliance einen neuen Antrag, in welchem sie AT&T aufforderte, alle Geschäftsbeziehungen nach Israel abubrechen, was 96 Prozent der Aktionäre ablehnten. Im darauf folgenden Jahr verhinderte AT&T die Wiederholung des Antrags.<sup>41</sup>

---

<sup>40</sup> US-Appellationsgericht, zitiert nach ADL, S.15

<sup>41</sup> ADL, S. 16

## **Nationale und Internationale Verbindungen**

### **Verbindungen innerhalb der USA**

Die National Alliance stellt sich als elitäre Bewegung dar und duldet keine Doppelmitgliedschaften ihrer Mitglieder. Dies hält sie nicht davon ab, punktuelle Kooperationen mit anderen amerikanischen Rechtsextremisten einzugehen, wenn es ihrem Anliegen dienlich erscheint. So ist der bekannte amerikanische Rechtsextremist *David Duke* in den Jahren 1997 und 1998 mehrfach auf Veranstaltungen der National Alliance als Redner aufgetreten. Anlässlich dieser Reden soll Duke Farbige als unterlegene Rasse bezeichnet und die Wichtigkeit des Schutzes weißer Freiheiten betont haben.<sup>42</sup>

### **Verbindungen nach Deutschland**

#### **Der Fall Hendrik Möbus**

Im Jahr 1993 sorgte der Fall des „Satansmörders“ Hendrik Möbus deutschlandweit für Schlagzeilen: Gemeinsam mit einem Mitschüler hatte der damals 17jährige Möbus den 15jährigen Sandro Beyer auf bestialische Weise ermordet und war danach zu einer Haftstrafe verurteilt worden, welche später zur Bewährung ausgesetzt wurde. Noch während der Bewährungszeit bezeichnete Möbus sein damaliges Mordopfer als „Volksschädling“, woraufhin seine Bewährung verfallen sollte. Möbus legte Berufung ein und entzog sich der drohenden Haftstrafe durch die Flucht in die USA. Dort fand er Unterschlupf bei der Zentrale der National Alliance in West Virginia. Er arbeitete als Gast des Anführers der National Alliance in unmittelbarer Umgebung von Pierce im Bereich des Musikverstands *Resistance Records*. Auf Bitten der Bundesrepublik Deutschland hin wurde er in den USA observiert und am 26.

---

<sup>42</sup> ADL, S. 9

August 2000 in der Nähe des Anwesens der National Alliance von US-Marshals festgenommen. Um einer Auslieferung nach Deutschland zu entgehen, beantragte Möbus politisches Asyl in den USA. Nach Ablehnung seines Asylantrags wurde er nach Deutschland ausgeliefert. Zur Zeit verbüßt er seine Haftstrafe in der JVA Suhl (Thüringen). Im Anschluss daran sollen zwei weitere Haftstrafen gegen Möbus vollstreckt werden.

Die National Alliance hat den Fall Hendrik Möbus für ihre Propagandazwecke genutzt. Über das Internet kann man (in englischer Sprache) das folgende Flugblatt ansehen und als Kopiervorlage ausdrucken:<sup>43</sup>

*Befreit Hendrik Möbus!*

*Hendrik Möbus ist ein 25jähriger deutscher Musiker und Musikproduzent, der 1999 gegenüber einer Zeitung ein paar Dinge gesagt hat, die politisch nicht korrekt waren. In Deutschland ist das illegal. Es wird „Meinungsdelikt“ genannt.*

*Hendrik ist auch Mitglied einer Band, die politisch nicht korrekte Musik spielt. Auch das ist in Deutschland illegal. Und angeblich wurde Hendrik auf einem Rockkonzert gesehen, als er seinen rechten Arm in einem 45-Grad-Winkel anhub. Auch das ist in Deutschland illegal.*

*Die deutsche Regierung sagte zu Hendrik, dass er wegen seiner „Meinungsdelikte“ ins Gefängnis gehen müsse. „Nein danke“, antwortete Hendrik der deutschen Regierung, kam nach Amerika und bat um politisches Asyl. Die deutsche Regierung ersuchte die Clinton-Regierung, Hendrik zu verhaften und ihn zurückzuschicken.*

*Am 26. August 2000 tat die Clinton-Regierung dies so heftig, dass Hendriks Arm bei der Verhaftung gebrochen wurde. Seitdem befindet sich Hendrik in Einzelhaft, während die „amerikanische“ Regierung seine Rückführung nach Deutschland vorbereitet, damit er dort inhaftiert werden*

---

<sup>43</sup> <http://www.natvan.com/leaflets> (24.01.02)

*kann, weil er Dinge gesagt und getan hat, welche in Amerika durch die Verfassung geschützt sind.*

*Sowohl die Clintonistas als auch die Bush-Bande wollen Hendrik zurück in ein Gefängnis in Deutschland schicken, entgegen aller ihrer Behauptungen, Verfechter der Meinungsfreiheit zu sein. In Wirklichkeit sind sie es nicht.*

*Jeder Amerikaner sollte wissen, dass die deutsche Regierung ihre Bürger wegen sogenannter „Meinungsdelikte“ inhaftiert. Und die Clinton-Regierung billigt und unterstützt diese Unterdrückung durch die deutsche Regierung.*

*www.natvan.com*

*www.HendrikMoebus.com*

*Spenden Sie für Hendriks Rechtsbeistand an:*

*FREE HENDRIK MOEBUS, POB 90, HILLSBORO WV 24946*

## **Verbindungen zur NPD**

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ist einer der wichtigsten Partner der National Alliance im Ausland geworden. Kontakte zwischen NPD und National Alliance bestehen seit mehreren Jahren. Die enge Verbindung beider Organisationen zeigt sich beispielsweise in wechselseitigen Besuchen. So nahm Dr. William L. Pierce mehrmals persönlich an Kongressen der NPD-Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* teil und trat dort als Gastredner auf.<sup>44</sup> NPD-Funktionär *Alexander von Webenau* nahm im April 1997 an einer *Leadership Conference* der National Alliance teil. Diese fand in der Zentrale der National Alliance statt, von Webenau war

---

<sup>44</sup> Verfassungsschutzbericht 2000, S. 106

Gastredner.<sup>45</sup> Ferner verfasste Pierce das Vorwort für das NPD-Parteihandbuch mit dem Titel „*Alles Große steht im Sturm*“.<sup>46</sup>

Im Februar 1998 nahm Pierce an einem NPD-Kongress in Passau teil, wo er auch als Gastredner vorgesehen war. Die Stadt Passau verhängte jedoch ein Redeverbot gegen Pierce.<sup>47</sup>

Unter dem Titel „*Freunde in Deutschland*“ widmet die National Alliance der NPD und ihrem Vorsitzenden *Udo Voigt* umfangreichen Raum auf ihrer Internetseite: Neben einem ausführlichen und äußerst wohlwollend formulierten Portrait der NPD und ihrer Geschichte finden sich eine Biographie Voigts und ein Interview mit ihm. Voigt nutzt dieses Interview, um die Ideologie der NPD vorzustellen.<sup>48</sup>

## **Verbindungen ins übrige Ausland**

Unter der Rubrik *Links* auf der Homepage der National Alliance gelangt man zu einer Übersichtsseite, von welcher aus man per Mausclick auf andere Internetseiten, die von der National Alliance empfohlen werden, weitergeleitet werden kann.<sup>49</sup> Aufgeführt sind Links zum *Vanguard News Network*, zur Unterstützungsseite für Hendrik Möbus, zur rechtsextremistischen britischen Publikation *Spearhead*, zur *British National Party* (BNP), zur deutschen NPD, zum *Thule-Netz* und zu *Com-*

---

<sup>45</sup> <http://www.idgr.de/lexikon/stich/n/national-alliance/na.html>  
(20.12.01)

<sup>46</sup> <http://www.idgr.de/lexikon/bio/pq/pierce-william/piercec.html>  
(20.12.01)

<sup>47</sup> ADL, S. 10

<sup>48</sup> <http://www.natvan.com/national-vanguard/117npd.html>  
(30.01.02)

<sup>49</sup> <http://www.natvan.com/links> (24.01.02)



*puSerb*, einer Seite, die „*alternative Nachrichten und Meinungen über den Balkan bietet*“.

Die National Alliance behauptet, Mitglieder in den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und Deutschland zu haben. Langjährige Beziehungen soll Pierce auch zur *British National Party* unterhalten. 1997 soll Pierce an einer Versammlung der BNP in London teilgenommen haben.<sup>50</sup>

## **Widerstand gegen die National Alliance**

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist eines der höchsten Rechtsgüter des politischen Systems der USA. Dies kommt in der Verfassung der USA und in den Verfassungszusätzen (*Amendments*) zum Ausdruck. Die Meinungsfreiheit ist nahezu umfassend und schrankenlos gewährleistet. Auch volksverhetzende, rassistische oder antisemitische Äußerungen sind in den USA von dieser Meinungsfreiheit mit umfasst. Straftatbestände wie der der Volksverhetzung (§130 StGB) sind dem US-Rechtssystem fremd, welches keine *prior restraints* (=gesetzliche Verbote, bestimmte Aussagen zu tätigen) enthält. Amerikanische Rechtsextremisten werfen daher den deutschen Behörden immer wieder vor, Menschen allein aufgrund ihrer politischen Gesinnung zu kriminalisieren.

Vereinigungen wie die National Alliance geraten nur dann ins Visier amerikanischer Behörden, wenn sie beispielsweise gegen bestehende Strafgesetze verstoßen oder andere Gesetze übertreten. Im übrigen ist ihre Betätigungsfreiheit nahezu unbegrenzt. Dementsprechend kennen die USA keine staatlichen Einrichtungen, die von ihrer Aufgabenstellung her mit den bundesdeutschen Verfassungsschutzbehörden vergleichbar wären. Vielmehr haben nichtstaatliche Organisationen und Initiativen die Aufgabe übernommen, die Öffentlichkeit über die Ideologie und die Strukturen solcher extremistischer

---

<sup>50</sup> ADL, S. 9

Vereinigungen aufzuklären. Sie werden in den USA auch als *Watchdog*- („Wachhund“-)Organisationen bezeichnet. Naturgemäß werden sie durch ihre Arbeit zu den größten Gegnern der National Alliance und ähnlicher Gruppen.

Zu den größten *Watchdog*-Organisationen in den USA zählen die *Anti Defamation League (ADL)* sowie das *Southern Poverty Law Center*.

Die *Anti Defamation League* wendet sich vor allem gegen antisemitische Bestrebungen, während sich das *Southern Poverty Law Center* in der Tradition der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts sieht.

In ihrem Dossier *“Explosion of Hate: The Growing Danger of the National Alliance“* hat die ADL umfangreiches Material zur Geschichte und Ideologie der National Alliance zusammengestellt. Darin stellt die ADL auch die Motive ihrer Arbeit dar:

*„Durch die Veröffentlichung dieses Berichts wollen wir das öffentliche Bewusstsein im Hinblick auf die Gefahren steigern, die von diesen Personen ausgehen und erhöhte Wachsamkeit der Strafverfolgungsbehörden auf allen Ebenen fördern.“<sup>51</sup>*

Die von den *Watchdog*-Organisationen gesammelten Erkenntnisse beruhen meist auf sorgfältiger Recherchearbeit und können als „Frühwarnsystem“ auch für Sicherheitsbehörden und andere staatliche Stellen von Wert sein.

## **Schlussbetrachtung**

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass die National Alliance aus mehreren Gründen eine Sonderstellung innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums in den USA einnimmt: Ihre straffe Organisationsstruktur und gefestigte Organisation, ihre

---

<sup>51</sup> ADL, S. 16

klar formulierte Ideologie und ihr elitäres Selbstverständnis, ihr streng hierarchischer Aufbau, der umfangreiche Einsatz moderner Medien und nicht zuletzt die Persönlichkeit ihres langjährigen Anführers Dr. William L. Pierce sind in dieser Form einzigartig. Längst ist die National Alliance über die Grenzen der USA hinaus aktiv geworden, um ihr Ziel der „weißen Revolution“ zu propagieren. Dies wirft die Frage auf, ob die Aktivitäten der National Alliance auch in Deutschland in absehbarer Zeit zu Gefährdungen der inneren Sicherheit oder gar der freiheitlich-demokratischen Grundordnung führen können. Es bleibt abzuwarten, ob sich der Aufwärtstrend der National Alliance in der bisherigen Form fortsetzt, zumal ein potenzieller Nachfolger für Dr. William Pierce nicht in Sicht ist. In jedem Falle erforderlich ist die sorgfältige nachrichtendienstliche Beobachtung dieser Organisation. Zu wünschen wäre ferner eine wesentlich intensivere internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bei der Beobachtung und Aufklärung des Phänomens „National Alliance“.

## Literaturverzeichnis

Adams, Willi Paul, Lösche, Peter (Hrsg.), Länderbericht USA, 3. Auflage, Bonn 1998

Anti Defamation League (Hrsg.), Explosion of Hate: The Growing Danger of the National Alliance, ohne Ortsangabe, veröffentlicht 2001, Druckversion im Internet abrufbar unter [http://www.adl.org/explosion\\_of\\_hate/print.html](http://www.adl.org/explosion_of_hate/print.html), Zitiert: ADL

Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2000, Berlin/Bonn 2001

Grumke, Thomas, Rechtsextremismus in den USA, Opladen 2001, Zugl. Diss. Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, 1999

MacDonald, Andrew (Pseudonym für Dr. William L. Pierce): Die Turner Tagebücher (englischer Originaltitel: The Turner Diaries), erschienen 1978, im Internet abrufbar unter <http://www.natvan.com/german-turner>, Stand: 28.01.2002

Quellen aus dem *Internet* sind in den Fußnoten angegeben, dort wird die vollständige URL aufgeführt. Das Datum der Seitenabfrage ist in Klammern angegeben.

Martin Bergen

## Die Verbreitung von neo-nazistischem Propagandamaterial am Beispiel der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO)





## Einführung

Ein Großteil des neo-nazistischen Propagandamaterials, das in Deutschland verbreitet wird, kommt aus dem Ausland in das Bundesgebiet. Ursache dafür ist eine konsequente Strafverfolgung der Herstellung und Verbreitung von nationalsozialistischem Propagandamaterial in Deutschland durch die deutschen Sicherheitsbehörden. Im Ausland ist ein solches Betreiben dagegen häufig durch eine extensive Auslegung der Meinungsfreiheit geschützt. So ermöglicht es z.B. in den USA der erste Zusatz zur Verfassung („First-Amendment“), der die Freiheit der Rede in Wort und Schrift garantiert, auch Neonazis ihr Propagandamaterial herzustellen und zu vertreiben, solange sie nicht unmittelbar zu Ausschreitungen aufhetzen und dadurch direkt in Terrorhandlungen verstrickt sind. „Aufstachelung zum Rassenhass“ erfüllt in den USA keinen Straftatbestand. Der Präsident des LfV Hessen, Lutz Irgang, äußerte sich in einem Interview zu dieser Situation wie folgt:

*„Unsere Möglichkeiten sind sehr beschränkt. Wenn ich meine amerikanischen Kollegen hier habe und zeige ihnen einen Ausdruck aus dem Internet und sage ihnen: Das ist Volksverhetzung nach unserem Gesetz, das kommt von euch, dann erhalte ich als Antwort: Können Sie uns belegen, daß der eine Bombe wie in Oklahoma baut? Dann würden wir uns darum kümmern, vorher nicht.“<sup>1</sup>*

Diese rechtliche Situation und das dadurch bedingte Fehlen exekutiver Maßnahmen seitens der US-Behörden nützen Rechtsextremisten aus, um aus den USA ihr Material nach Deutschland einzuschleusen.

---

<sup>1</sup> In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 06. Okt. Zit. n. APEL, Rainer: Die Arier von Kalifornien In: Neue Solidarität, 27.Jhg., Nr. 33, 16. Aug. 2000, Online im Internet: URL: <http://www.bueso.de/nrw/Aktuelles/rechts.htm>, 08.01.2001

Einer der bedeutendsten Verteiler für den deutschsprachigen Raum ist die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO) mit Sitz in Lincoln, Nebraska, USA, deren selbsternannter Propagandaleiter der US-Staatsbürger Gary Rex LAUCK ist. Sie versorgt die deutschen Neonazis mit Publikationen, Aufklebern, NS-Abzeichen, Plakaten, Tonträgern, Videos etc.

Ein immens wichtiges Mittel zur Propagandaverbreitung, dessen Bedeutung in Zukunft noch steigen wird, stellt dabei der Gebrauch des Internets dar. Insgesamt ist heute, nach Schätzungen, von ca. 2.100 Internetseiten mit rechtsextremistischem Inhalt auszugehen.<sup>2</sup> Auch die NSDAP/AO ist seit Jahren im Internet präsent und verfügt seit Januar 2000 über eine eigene umfangreiche Homepage. Dort bietet LAUCK u.a. Nazi-Computerspiele oder auch Nachbildungen von „Zyklon-B-Dosen Marke Konzentrationslager Auschwitz“ an. Der niedersächsische Verfassungsschutzpräsident Rolf Peter Minnier bezeichnete dies in der Zeitschrift „Focus“ als eine *„neue Dimension rassistischer Propaganda im Internet“*.<sup>3</sup> Diese Aussage unterstreicht, dass es sich bei der NSDAP/AO, was die Qualität und Quantität der Propaganda betrifft, um eine nicht zu unterschätzende Organisation im Bereich rechtsextremistischer Propagandaaktivität handelt.

Die folgende Abhandlung soll einen Überblick über die Strukturen, Zielsetzung und Tätigkeiten dieser Organisation geben, die in den USA keine große Gefolgschaft aufweisen kann und deren einzig wesentliche Bedeutung in der massenhaften Propagandaaktivität, besonders im Bereich West-Europa, liegt. Besondere Berücksichtigung erfährt dabei die Entwick-

---

<sup>2</sup> Vgl. SCHLOMANN, Dr. Friedrich-Wilhelm: Aktuelle Analysen 20 - Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, 2000, S. 14

<sup>3</sup> In: FOCUS, Nr. 39, 25. Sept. 2000, S. 13



lung in der jüngsten Vergangenheit, insbesondere die verstärkten Internetaktivitäten der NSDAP/AO.

## **Entstehung, Zielsetzung und Aufbau der Organisation**

### **Gary LAUCK und die Gründung der NSDAP/AO**

Die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslandsorganisation“, später „Auslands- und Aufbauorganisation“, (NSDAP/AO), wurde im Herbst 1972 in Lincoln, Nebraska, USA von dem US-amerikanischen Staatsbürger Gary Rex LAUCK, der sich selbst als Organisationsleiter bezeichnet, gegründet.

Gary Rex LAUCK wurde am 12. Mai 1953 in Milwaukee, Wisconsin, einer Stadt in der zu der Zeit viele deutsche Einwanderer lebten, in den USA geboren. Einen großen Einfluss auf seine frühe Jugend hatten neben seinen Eltern besonders seine Großeltern väterlicherseits, die noch vor Ausbruch des 1. Weltkrieges in die USA ausgewandert waren, jedoch begeisterte Anhänger des deutschen Kaiserreiches blieben. Bei ihnen lernte LAUCK die deutsche Sprache.



*Gary Rex Lauck, 1995 in Dänemark Foto: Reuter*

Auf Grund dieser deutschstämmigen Vorfahren, derer er sich häufig „rühmt“, benutzt LAUCK regelmäßig den Vornamen „Gerhard“. Die Erziehung im eigenen Elternhaus war ebenfalls stark „deutsch-national“ geprägt, denn auch seine Eltern waren mit Deutschland noch geistig eng verbunden.

Der Umzug mit seinen Eltern und seinen drei Geschwistern nach Lincoln, Nebraska im Jahre 1964 bedeutete schließlich, nach Ansicht der Richter des Landgerichts Hamburg<sup>4</sup>, einen wichtigen Einschnitt in das Leben des 11-jährigen. In Lincoln herrschte eine vorwiegend US-patriotische und gleichzeitig deutschfeindliche Gesinnung vor, in deren fremder Umgebung sich LAUCK nicht mehr zurecht gefunden habe und von gleichaltrigen als „Kraut“ gehänselt und schikaniert worden sei. Angesichts einiger spektakulärer „NS-Verbrecher-Prozesse“ in den 60er Jahren und der deutschkritischen bis deutschfeindlichen Berichterstattung darüber in den US-Medien war eine solche Haltung der Bevölkerung in den USA damals keine Seltenheit.<sup>5</sup>

Daraufhin, so scheint es, beschäftigte er sich intensiver mit der deutschen „Brauchtumpflege“ und der „NS-Rassenideologie“. Mit 13 Jahren soll LAUCK Hitlers „Mein Kampf“ gelesen haben, welches bei seinen Eltern zu Hause im Bücher-schrank zu finden war. Noch während seiner High-School-Zeit schloss er sich der „NS-Kampfgruppe Horst Wessel“, einer Unterorganisation der „Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland“ (NSKGD) in München an. Dieser Vereinigung blieb er auch während seines Deutsch- und Philosophiestudiums an der Universität von Nebraska, das er nach zwei Jahren abbrach, bis zur Gründung der NSDAP/AO treu.

---

<sup>4</sup> Vgl.: Urteil des Landgerichts Hamburg in der Strafsache gegen Gary (Gerhard) Lauck v. 22. Aug. 1996 (627 Kls 7/96), S. 6f.

<sup>5</sup> Vgl.: Urteil, FN 4, S. 70f.

LAUCK verfasste während seiner Studienzeit bereits erste rechtsextremistische Aufsätze und fungierte etwa zur gleichen Zeit als Propagandachef der „National Socialist Party of America“ (NSPA). Er verließ die „NS-Kampfgruppe Horst Wessel“, nachdem er als deren Vertreter während seiner ersten Deutschlandreise im September 1972 miterlebt hatte, wie die NSKGD als „kriminelle Vereinigung“, nach Aushebung eines beträchtlichen Waffenlagers, durch die deutschen Sicherheitsbehörden zerschlagen worden war. Dieses Erlebnis bestärkte LAUCK nach seiner Rückkehr in die USA in der Ansicht, dass es einer anderen Art des Kampfes bedürfe, damit sich so etwas nicht wiederholen könne.

Da zudem die Aktivitäten der „NS-Kampfgruppe Horst Wessel“ immer mehr zurückgingen, gründete LAUCK im Herbst 1972 die NSDAP/AO, deren Ideologie und Zielsetzung er in dem Strategiepapier „Die NSDAP/AO – Strategie, Propaganda und Organisation“ dargestellt hat, welches er nach eigenen Angaben 1976 in deutscher Untersuchungshaft geschrieben haben will, nachdem er in Mainz im Besitz von 20.000 Nazi-Aufklebern verhaftet und wegen Verwendung und Verbreitung von verfassungsfeindlicher Propaganda zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten auf Bewährung (und einer Geldbuße) verurteilt worden war.

## **Zielsetzung und ideologischer Hintergrund**

Aus LAUCKS Strategiepapier „Die NSDAP/AO – Strategie, Propaganda und Organisation“ von 1976 geht als oberstes Ziel die Wiedererrichtung der nationalsozialistischen Diktatur in einem „neuvereinigten Großdeutschland“ und der Aufbau einer neuen Ordnung auf rassistischer Grundlage in der ganzen „arischen Welt“ hervor. Auf ihrer Internet-Homepage bezeichnet sich die Organisation, unter der Überschrift „NSDAP/AO-Einführung“, als eine Kampf- und Glaubensgemeinschaft der Vorkämpfer der nationalsozialistischen Welt-

anschauung, deren Aufgabe die Erhaltung der weißen Rasse und der weißen Völker sei.<sup>6</sup> Trotz der Formulierung dieser globalen Strategie war und bleibt Deutschland dabei für LAUCK das Land, von dem eine nationalsozialistische Revolution als eine Art Initialzündung ausgehen muss. Er sieht darin die logische Fortsetzung im Sinne des Wirkens von Adolf Hitler, den „drohenden Untergang des Ariertums im deutschen Volk“ aufzuhalten.

*„Die NSDAP/AO anerkennt die Richtigkeit und absolute Unersetzlichkeit des Nationalsozialismus. Die unerlässliche Not einer geschichtlichen Kontinuität erfordert die stolze Bejahung des Dritten Reiches und die Fortsetzung des Werkes des Führers. ... Die NSDAP/AO bekennt sich deshalb eindeutig ... zu dem Führer Adolf Hitler und zu dem NS-Freiheitskampf um Deutschland.“<sup>7</sup>*

Als ideologische Grundlage gilt Hitlers „Mein Kampf“. Ferner stützt sich die Organisation in den Aussagen, die von LAUCK getätigt werden, auf das Parteiprogramm der NSDAP von 1920.

Unverkennbar ist auch die antisemitische Grundhaltung der NSDAP/AO. So äußerte sich Gary LAUCK 1990 auf einem neo-nazistischen Treffen bei Thies CHRISTOPHERSEN in Kollund, Dänemark zu den Juden wie folgt:

---

<sup>6</sup> NSDAP/AP (Hrsg.): Eine Einführung zur NSDAP/AO: Der Kampf geht weiter!, 2000, S. 21, Online im Internet: URL: [http://www.-\(\(Internetadresse\)\)](http://www.-((Internetadresse))), AO-Einführung.zip, 17.11.2000. Die Originaladresse der Organisation wird nicht veröffentlicht.

<sup>7</sup> LAUCK, Gary: Die NSDAP/AO – Strategie, Propaganda und Organisation, Lincoln 1991, S.3. Zit. n. SCHLOMANN, Dr. Friedrich-Wilhelm: Aktuelle Analysen 20 - Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, 2000, S. 33

*„Übrigens: Wer den Völkermord kennenlernen will, der soll kein KZ besuchen, sondern eine amerikanische Großstadt! Meines Erachtens sind die Juden sowieso eher zu human behandelt worden als umgekehrt. Diesen Fehler dürfen wir 'nie wieder' machen.“<sup>8</sup>*

Diese Rede LAUCKS ist seitdem dem Strategiepapier der NSDAP/AO angeheftet, welches dort noch immer bestellt werden kann.

Der erste Schritt auf dem Weg zur nationalsozialistischen Herrschaft soll die Aufhebung des NS-Verbots und damit die Wiederzulassung der NSDAP, als legale Partei, in Deutschland sein. Die derzeitige Situation in Deutschland bezeichnet LAUCK als einen Besatzungszustand, da erst die Aufhebung des NS-Verbots die tatsächliche politische Freiheit des deutschen Volkes darstellen würde. Das deutsche Volk müsse, nach Ansicht LAUCKS, das Recht haben auch die NSDAP zu wählen, denn solange dieses nicht möglich sei, könne man auch nicht von einem souveränen deutschen Staat sprechen, der das ganze deutsche Volk vertrete.

Nach Aufhebung des NS-Verbots soll die NSDAP/AO in eine neu zu gründende NSDAP übergehen. Es geht folglich nicht darum, die NSDAP als illegale Partei in Deutschland zu gründen, sondern darum, die Voraussetzungen für die Legalität zu schaffen. Daher versteht sich die NSDAP/AO seit 1978 nicht nur als „Auslands-“, sondern auch als „Aufbauorganisation“.

Solange diese Legalität auf Grund der Gesetzeslage in Deutschland nicht möglich ist, wird die oberste Organisation und Koordinierung vom Ausland aus geschehen. Die eigentli-

---

<sup>8</sup> FROMM, Rainer/ KERNBACH, Barbara: Europas braune Saat: die internationale Verflechtung der rechtsradikalen Szene, Verlag Bonn Aktuell, Oktober 1994, Vertrieb: mvj-Verlag, München, S. 25

che Führung der Bewegung liege jedoch bei den führenden Kämpfern im In- und Ausland.<sup>9</sup>

Die wichtigste Aufgabe der NSDAP/AO in den USA besteht in der Propagandaversorgung, durch die eine breite Basis für die Bewegung geschaffen werden soll. Dabei wird von Seiten der NSDAP/AO davon ausgegangen, dass das von ihnen an Gleichgesinnte verschickte Material, wie z.B. der deutschsprachige „NS-Kampftruf“, das wichtigste publizistische Organ der NSDAP/AO, wirksam genutzt, das bedeutet weiterverbreitet wird. Des weiteren soll eine finanzielle Basis aufgebaut und eine einheitliche Organisation unter denen herangebildet werden, die als gemeinsames politisches Ziel eine legale Neugründung der NSDAP anstreben.

Es zeigt sich jedoch ganz deutlich, dass eine Machtergreifung und die damit einhergehende Wiedererrichtung der NS-Diktatur als oberstes Ziel nur ein Phantasieprodukt LAUCK's ist, dem er in seiner über 20-jährigen Arbeit als Propagandaleiter der NSDAP/AO bis heute auch nicht einen Millimeter näher gekommen ist.

## **Das Verhältnis der NSDAP/AO zur Anwendung von Gewalt**

Die NSDAP/AO zeigte in ihrer Propagandatätigkeit im Laufe der Zeit ein sehr ambivalentes Verhältnis zur Gewalt. Im Grundsatzprogramm von 1976 distanzierte man sich noch davon:

*„Der Terrorismus entspricht einem Bedürfnis der kommunistischen Bewegung, steht aber im groben Widerspruch zu denen der nationalsozialistischen Bewegung“<sup>10</sup>*

---

<sup>9</sup> Vgl. MECKLENBURG, Jens (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, 1996, Elefanten Press Verlag GmbH, Berlin, Antifa Edition, S. 580

Doch bereits Ende der siebziger Jahre gab es die ersten Aufrufe zur Anwendung von Gewalt. Der Wandel, weg von einer programmatischen Gewaltlosigkeit über die „bloße“ Billigung von Gewalt hin zu Gewaltaufrufen durch die NSDAP/AO, lässt sich am besten an den Artikeln und Leserbriefen des deutschsprachigen Propagandablattes „NS-Kampfruf“ aufzeigen. Dieses spiegelt in vollem Umfang das Selbstverständnis der NSDAP/AO wieder.

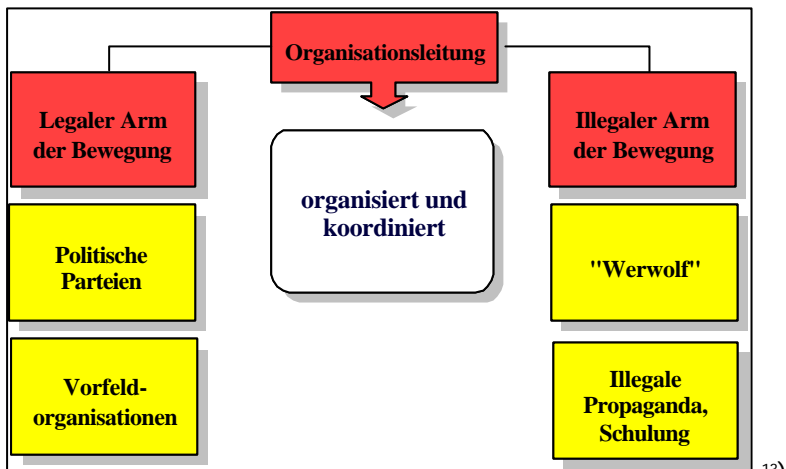
Die Aufrufe zur Gewalt gegen die deutsche Justiz und Sicherheitsbehörden, Juden, Ausländer und politisch anders Denkende gipfelten in dem Abdrucken der Schrift „Eine Bewegung in Waffen“, die als Artikelserie in den „NS-Kampfruf-Ausgaben“ von Mai/Juni 1991 bis Sept./Okt. 1994 veröffentlicht wurde und die den bewaffneten Kampf als logische Fortsetzung der Propaganda anpries. In dem dort abgedruckten Band II: „Der revolutionäre Kleinkrieg“ wird der systematische Aufbau eines sogenannten „Werwolf-Netzwerkes“ (eines terroristischen Untergrundnetzes) und das Führen eines Guerillakrieges gefordert. Der Autor selbst bezeichnet die Schrift in seiner Einleitung als eine „grundsätzliche, theoretische Darlegung einer Strategie zur Machtübernahme im Staat“<sup>11</sup>. Der dort beschriebene verdeckte Kampf soll gewaltlose und gewaltsame Vorgehensweisen beinhalten. Zu den gewaltsamen Methoden gehören demnach Sabotage, Zerstörerunternehmen (rein gewaltsame Sabotagemethoden mit militärischem Charakter), Enteignungen (Besorgungsaktionen für Waffen und Geld), Attentate und Geiselnahmen.<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> LAUCK, Gary: „Die NSDAP/AO – Strategie, Propaganda und Organisation“, S. 4

<sup>11</sup> WESTMAR, Hans (Pseudonym, d. Verf.): Eine Bewegung in Waffen – Band II: Strategie und revolutionärer Kleinkrieg, Horst-Wessel-Verlag, 1992, S. 9

<sup>12</sup> WESTMAR, H., FN 11, S. 60ff.



13)

Das Gesamtkonzept (siehe Abb.) sieht neben der Gründung von Parteien und Vorfeldorganisationen („legaler Arm“) auch die Bildung eines „illegalen Armes“ vor, da der ausschließliche Einsatz von legalen Organisationen und Propaganda auf Grund des NS-Verbots in Deutschland keinen Erfolg verspricht.

Der „illegale Arm“ stellt dabei so etwas wie eine zweite Linie dar, auf die man sich bei Verbotverfahren zurückziehen kann, um von dort aus weiter zu agieren. Die Argumentation für den Einsatz von Gewalt ist dabei recht simpel:

*„Wenn irgendwo der Zweck die Mittel heiligt, dann in diesem Fall.“*<sup>14</sup>

Zur selben Zeit sollen über die NSDAP/AO Bombenbauanleitungen auf Diskette (Band IIb: „Eine Bewegung in Waffen – Handbuch für improvisierte Sprengtechnik“) verschickt wor-

---

<sup>13</sup> Vgl. WESTMAR, H., FN 11, S. 11

<sup>14</sup> WESTMAR, H., FN 11, S. 34



den sein.<sup>15</sup> Dieses wird jedoch bis heute von LAUCK vehement bestritten.

In den letzten Jahren ist ein weit weniger offener, sondern mehr und mehr verdeckter Aufruf zu gewaltsamem Verhalten festzustellen. Appelle auf einen Gewaltverzicht, da für ein solches Vorgehen „jede Akzeptanz bei der Bevölkerung fehle“, wie noch im Herbst 1997 im „NS-Kampfruf“ veröffentlicht, scheinen lediglich vorübergehende Ansätze zu sein, denen es an Konsequenz und Dauerhaftigkeit fehlt. So wird in dem Artikel „Das NS-Bumerang“, der im „NS-Kampfruf“ Nr. 109 (Sept./Okt. 1994) und im „NS-Kampfruf“ Nr. 126 (Mai/Juni 1999) abgedruckt ist, sowie noch immer auf der Homepage der NSDAP/AO abgerufen werden kann, der Gewalt nur vordergründig abgeschworen:

*„(...) nicht Bomben und Gewehren, sondern NS-Propagandamaterial, und zwar MASSENWEISE und VERDAMMT AUFFÄLLIG!“<sup>16</sup>*

Als einziger Grund für die Aufgabe der noch 1993 propagierten gewaltsamen Strategie werden nämlich nur taktische, hier logistische, Gründe angeführt. Es steht also keineswegs die Einsicht dahinter, dass Gewalt an sich als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele abzulehnen ist. Dieses Mittels solle man sich ganz im Gegenteil auch weiterhin bedienen; aber erst, nachdem günstige Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind.

*„Aus [nur, d.Verf.] logistischen Gründen scheint mir ein Kampf mit Waffengewalt aber kaum erfolversprechend zu sein. (...) Auf jeden Fall sammeln sie [die Kameraden, d. Verf.] Erfahrung im Untergrundkampf,(...)“<sup>17</sup>*

---

<sup>15</sup> Vgl. MECKLENBURG, J. (Hrsg.), FN 9, S. 580

<sup>16</sup> In: NS-Kampfruf, Nr. 126, S. 3

<sup>17</sup> FN 16

Doch auf welche Art der Untergrundkampf geführt werden soll, ob gewaltlos oder gewaltsam, bleibt im unklaren.

Obwohl Äußerungen zum Thema Gewaltanwendung in den Artikeln der „NS-Kampfruf-Ausgaben“ des Jahres 2000 keinerlei Platz eingeräumt wurde, sind diese in den Texten der aktuellen Webseite der Organisation auch weiterhin zu finden. Es handelt sich dabei häufig um Andeutungen von Gedankengängen, deren Schlussfolgerungen nicht explizit geäußert, aber doch unmissverständlich sind.

*„Probleme sind dazu da, um gelöst zu werden. Feinde sind da, um besiegt zu werden. Juden sind da, um ...“<sup>18</sup>*

Von einem länger andauernden Gewaltverzicht kann daher nicht die Rede sein. Es ist vielmehr nicht auszuschließen, dass ideologisch verblendete Leser nicht zuletzt auf Grund solcher Aufsätze kriminell tätig werden. Eine Mitursächlichkeit für Gewalttaten ist zwar nicht zu beweisen, aber Parolen, die auf solche Art Emotionen schüren, bergen immer die Gefahr einer gewalttätigen Emotionsentladung in sich. Darauf könnte auch die Tatsache hindeuten, dass in der Vergangenheit bei rechtsextremistischen Gewalttätern, wie etwa im Falle des Brandanschlages am 22. November 1992 in Mölln, auch immer wieder Material der NSDAP/AO gefunden worden ist. Da wirkt es auch wenig überzeugend, wenn sich die NSDAP/AO selber als eine Organisation bezeichnet, die der Verringerung von Gewalt diene, da sie durch die Möglichkeit der Arbeit von Gleichgesinnten in der Propagandaverbreitung eine Alternative des politischen Aktivismus biete, ohne die nur der Weg zur Gewalt bliebe.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> NSDAP/AO (Hrsg.): FN6, S.27

<sup>19</sup> NSDAP/AO (Hrsg.): FN 6, S. 6

## **Organisationsstruktur**

### **Die Zellenstruktur**

Die propagandistische Arbeit in Deutschland findet im Untergrund statt. Dabei soll, nach LAUCKS Strategiepapier, ein Netz von Untergrundzellen organisiert werden, das von der Zentrale in den USA mit Propagandamaterial versorgt wird. Die einzelnen Zellen bestehen dabei aus 23 Aktivisten, welche auch Unterstützung beim Aufbau bewaffneter Strukturen leisten sollen. Die voneinander getrennt arbeitenden Zellen, deren einzige Gemeinsamkeit die Materialversorgung aus Übersee ist, werden von leitenden Kadern organisiert, die sich zwecks Koordination regelmäßig treffen.

Die Gerichtsverhandlung in der Strafsache gegen Gary LAUCK, der im August 1996 vor dem Landgericht Hamburg wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, Verbreitung von Propagandamaterial und Verwendung von Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation zu 4 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, zeigte jedoch, dass es der NSDAP/AO nicht gelungen war, eine umfassende Zellenstruktur in Deutschland aufzubauen. Ebenso wenig gelang es ihr, auf die Gründung oder Führung von deutschen Neonaziorganisationen direkten Einfluss auszuüben. Dieses wird auch durch das fehlende Interesse deutlich, welches deutsche Neonazis an der Inhaftierung LAUCKs zeigten. So kam es auch nicht zu nennenswerten Sympathiekundgebungen ihrerseits. Ein gewisser Organisationsgrad kann der NSDAP/AO jedoch nicht abgesprochen werden, wie schon die Tatsache zeigt, dass ihre Propagandatätigkeit auch während LAUCKS Inhaftierung, wenn auch nicht in gleichem Umfang, so doch fortgesetzt werden konnte.

### **Mitgliedschaft**

Eine formale Mitgliedschaft in der NSDAP/AO gibt es nicht. Neben den Abonnenten des „NS-Kampfruf“ gibt es jedoch

sogenannte „Förderer“. Ein „Förderer“ überweist regelmäßig Mitgliedsbeiträge (z. Zt. DM 10,00 monatlich) und erhält dafür, im Unterschied zum Abonnenten, mehrere „NS-Kampfruf“, Aufkleber usw., wenn er sich dazu bereit erklärt hat, dieses Material nach Erhalt weiter zu verteilen. Des Weiteren wird dem Förderer ein sogenannter „AO-Ausweis“ zugesandt, der u.a. eine „Kenn-Nummer.“ enthält. Diese „Kenn-Nummer“ dient nun gleichzeitig als Kundennummer für Bestellungen, die auch jedem „einfachen“ Abonnenten zugeteilt wird, und als Mitgliedsnummer.

Michael KÜHNEN beschrieb die Mitgliedschaft in der NSDAP/AO wie folgt:

*„Der Kader der NSDAP/AO wird von Förderern gebildet, die in ständigem Kontakt zur Auslandszentrale stehen und regelmäßig Förderbeiträge bezahlen. Darüber hinaus kennt die NSDAP/AO keine formale Mitgliedschaft. Mitglied ist, wer sich zur NSDAP/AO bekennt, ihren Anweisungen folgt und ihr Propagandamaterial verbreitet.“*<sup>20</sup>

Es gibt folglich keine feste, sondern eine wechselnde Zugehörigkeit zur NSDAP/AO, der führende Rechtsextremisten verschiedener Organisationen angehören, die eine Verbindung zu LAUCK haben. LAUCK verfügt über Kontakte zu zahlreichen Neonazis in Europa, u.a. Eite HOMAN, Christian WORCH, Christian MALCOCCI, Michael SWIERCZEK.<sup>21</sup> Seine Treffen mit Gesinnungsgenossen beschränkten sich in der Vergangenheit jedoch größtenteils auf Verhandlungen/Verabredungen bezüglich strategischer Probleme bei der Propagandamittelversorgung und der Auslotung von Chancen in Bezug auf neue Absatzgebiete für die NSDAP/AO.

---

<sup>20</sup> FROMM, Rainer: Am Rechten Rand: Lexikon des Rechtsradikalismus, Marburg, Schüren Presseverlag GmbH, 1993, S. 142f.

<sup>21</sup> Vgl. MECKLENBURG, Jens (Hrsg.), FN 9, S. 297

## Propagandaarbeit

### Publikationen

Ziel der von der NSDAP/AO herausgegebenen publizistischen Organe ist eine Beeinflussung der Massen, um das NS-Verbot in Deutschland auf diesem Wege zu bekämpfen, wobei durch die Propagandazeitschriften vor allem auf die Bewegung aufmerksam gemacht werden soll. Eine Berichterstattung in den Medien über Aktivitäten der NSDAP/AO wird daher bereits als Erfolg gewertet, zumal sich dadurch das Aufkommen an Zuschriften erhöhe und damit auch das Spendenvolumen ansteige.



*Titel der Propagandazeitschrift „NS-Kampfruf“*

Hergestellt werden die Publikationen von einer Druckerei in den USA. Wichtigstes Propagandablatt ist der deutschsprachige „NS - Kampfruf“, der seit 1973 von LAUCK herausgegeben wird. Zunächst nur in loser Folge und ab 1976 vierteljährlich, erscheint der „NS-Kampfruf“ nunmehr als zwölfseitiges Propagandablatt regelmäßig alle zwei Monate. In den Jahren 1996-1998, also während LAUCKS Inhaftierung, konnte die Propagandaarbeit nicht in gleichem Umfang fortgeführt werden und der „NS-Kampfruf“ erschien, von einem „Europa-Ausschuß der NSDAP/AO“ unter Leitung des niederländischen Neonazis Eite HOMAN herausgegeben, in unregelmäßigen Abständen. Im Jahre 2000 erschienen alle Ausgaben dagegen wieder planmäßig. Die Schätzungen über die Auflagenhöhe des Blattes schwanken zwischen 1.000 und 10.000 Stück. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die derzeitige Auflagenhöhe deutlich unter der Stückzahl von 10.000 liegt. Der Grund

dafür besteht zum einen in der ausgelösten Verunsicherung der Bezieher von Propagandamaterial nach der Festnahme von Gary LAUCK 1995 und den damit einhergehenden Hausdurchsuchungen in Deutschland und zum anderen in einer wahrnehmbaren Verlagerung des Schwerpunktes der Aktivitäten der NSDAP/AO hin zum Internet.

Der „NS-Kampfruf“, der den Untertitel „Kampfschrift der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Auslands- und Aufbauorganisation“ trägt, verbreitet in seinen Texten rassistische und antisemitische Agitation. Darüber hinaus findet in den veröffentlichten Artikeln eine Verherrlichung des „Dritten Reiches“, insbesondere Adolf Hitlers statt. In einem Beitrag mit dem Titel „Adolf Hitler – Führer der Selbstaufopferung“ heißt es zu seinem Selbstmord am 30. April 1945:

*„Der Führer sagte, er würde das letzte Opfer für Deutschland tragen und nicht weglaufen, sondern den Feind bis zum bitteren Ende bekämpfen (...) und so kämpfte er weiter, bis die 'Untermenschen' lediglich wenige Meter entfernt waren und stieg nach Walhall empor.“<sup>22</sup>*

Auffallend ist der geringe Aktualitätsbezug der Zeitschrift. Es erscheinen vorwiegend historische Beiträge. Diese enthalten häufig Berichte über den „heroischen Kampf“ deutscher Soldaten bzw. des deutschen Volkes während des Zweiten Weltkrieges aus der Sicht zeitgenössischer Quellen, wie etwa dem „Völkischen Beobachter“, sowie Biographien über NS-Persönlichkeiten. Neben einer mit der Juli/August-Ausgabe 1999 (Nr. 127) beginnenden Artikelserie „Adolf Hitler – Das Werden einer Volksbewegung“, die zwischen 1932 und 1941 entstanden ist und seitdem in jeder Ausgabe des „NS-Kampfruf“ fortgesetzt wird, wurde so z.B. im „NS-Kampfruf“ Nr. 134 ein Beitrag über den SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich abgedruckt. Beiträge, die von aktuellen Themen und Ereignissen berichten und unter Rubriken mit der Überschrift „Frontbe-

---

<sup>22</sup> In: NS-Kampfruf, Nr. 131 (März/April 2000), S. 12

richte“ oder „Aktionsberichte“ abgedruckt werden, erscheinen dagegen unregelmäßig und in nur knapper Form. Dabei ist es üblich, dass die unterschiedlichen Autoren ihre Texte nur unter Verwendung eines Pseudonyms, wie z.B. „Germanicus“, veröffentlichen.

Ein fester Bestandteil des „NS-Kampfruf“ sind hingegen die Leserbriefe, die ausnahmslos dem Tenor des Blattes entsprechen und keinen Ansatz von Kritik aufzeigen. Bei der Auswahl der abgedruckten Briefe scheint dabei ein besonderes Augenmerk der Internationalität zu gelten, da stets Leserbriefe aus aller Welt veröffentlicht werden. In einem typischen Brief heißt es:

*„Trotz meines noch jungen Alters bin ich ein überzeugter Nationalsozialist (...) dringend benötige ich HK-Aufkleber. Das Geld liegt bei. Heil Hitler!“* <sup>23</sup>

Den umfangreichsten und (für LAUCK) wichtigsten Teil des „NS-Kampfruf“ stellt die Werbung in eigener Sache dar. In jeder Ausgabe wird auf mindestens vier der zwölf Seiten NS-Propagandamaterial, nebst Preisliste und Sicherheitshinweisen, angeboten. Neben der Aufforderung dem „Förderkreis der NSDAP/AO“ beizutreten, ist auch immer ein Bestellschein abgedruckt.

Die NSDAP/AO vertreibt mittlerweile Publikationen in zwölf Sprachen. Älteste nicht deutschsprachige Zeitung ist „The New Order“, die seit 1975, damals noch unter dem Namen „NS-Report“, erscheint. In den 90er Jahren hat die NSDAP/AO eine „weltweite Offensive“ angekündigt. NS-Nachrichtenblätter erscheinen heute, zum Teil in Zusammenarbeit mit nationalen Organisationen, auch in Schwedisch, Ungarisch, Französisch, Holländisch, Spanisch, Portugiesisch, Italienisch, Dänisch, Finnisch und seit März 2000 sogar auf Japanisch.

---

<sup>23</sup> In: NS-Kampfruf, Nr. 134 (Sept./Okt. 2000), S. 10



*Erste finnische Sprachausgabe des NS-Nachrichtenblattes*

## **Internetaktivitäten**

Auch rechtsextremistische Organisationen haben die Bedeutung neuer Kommunikationsmedien, wie die des Internet, erkannt und nutzen diese in immer stärkerem Maße für ihre Zwecke.

Ein wesentlicher Vorteil besteht darin, dass strafrechtliche Inhalte, die auf ausländischen Servern, oft unter Verwendung von Pseudonymen, hinterlegt werden, nicht dem Zugriff deutscher Sicherheitsbehörden oder der Selbstkontrolle deutscher Internet-Anbieter unterliegen. Da sich zudem das Internet gerade unter jungen Leuten einer großen Beliebtheit erfreut, bietet es Neonaziorganisationen darüber hinaus die Möglichkeit, ihre Propaganda einem vermeintlich neuen Interessentenkreis zugänglich zu machen, der über herkömmliche NS-Publikationen nicht erreichbar ist.

Die NSDAP/AO ist seit März 1995 im Internet vertreten. Damit begannen die Internetaktivitäten der Gruppe bemerkenswerter Weise zu einem Zeitpunkt, als ihr „Propagandaleiter“ Gary LAUCK in deutscher Untersuchungshaft saß. War zunächst



lediglich der „NS-Kampfruf“ Nr. 113 (Mai/Juni-Ausgabe 1995) auf einem Nachrichtenbrett ins Netz eingestellt worden, so erweiterte sich das Angebot zusehends. Zunächst richtete sich das Angebot der Homepage vorwiegend an amerikanische Nutzer und war daher in englischer Sprache verfasst. Ab November 1996 jedoch wurde auf der Webseite der NSDAP/AO bereits in deutscher Sprache für den „NS-Kampfruf“ geworben. Im Oktober 1999 wurde voller Stolz der Start einer zweiten Webseite bekannt gegeben und das Sprachangebot auf zehn Sprachen erweitert.

Eine systematische Entwicklung der Internetaktivitäten ist seit Anfang des Jahres 2000 zu verzeichnen, seit dem die NSDAP/AO über eine eigene Internet-Domain (URL: [http://-www.\(Internetadresse\)](http://www.(Internetadresse))) verfügt.



Startseite der Internet-Homepage der NSDAP/AO

Da die Adresse einer eigenen Domain unabhängig vom Provider (dem Anbieter von Speicherkapazität für Homepages) ist, besteht ihr Vorteil darin, dass sie auch bei einem Wechsel zu einem anderen Provider, z.B. bei einer Kündigung wegen Verbreitung von vertragswidrigen Inhalten, gleich bleibt. Die

Entwicklung deutet darauf hin, dass Publikationen immer mehr an Bedeutung verlieren, während die Internetanstrengungen, unter dem Schlagwort „Cyber-Angriff“, weiter gesteigert werden.

*„Der momentane Schwerpunkt Internetaktivismus könnte für ein zeitlich bedingtes Aufschieben der anderen Publikationen sorgen, jedoch zählt sich dieser Internetaktivismus langfristig betrachtet sehr aus.“* <sup>24</sup>

In sechzehn Sprachen wird auf der Homepage der NSDAP/AO nicht nur für Propagandamaterial geworben, welches auf dem herkömmlichen Postweg in den USA bestellt werden kann, sondern es werden auch Texte, Comics, Miniplakate und Flugblätter zum kostenlosen Download angeboten; darunter auch Hitlers „Mein Kampf“. Darüber hinaus werden, ebenfalls kostenlos, erste Musikdateien und „Nazi-Computerspiele“ zur Verfügung gestellt.

Die NSDAP/AO verfügt damit über drei Internetseiten im World Wide Web. Neben der oben genannten Domain-Homepage, sind dieses die Webseiten URL: <http://www.-propartria.org/motstand/nsdap> und <http://www.nidlink.-com/~nsdap>. Inhaltlich identisch, unterscheiden sie sich lediglich durch ein unterschiedlich großes Sprachangebot und im Layout.

Der Aktualitätsbezug der Homepage der NSDAP/AO ist in etwa mit dem der Publikationen vergleichbar. Zwar gibt es eine Rubrik mit der Überschrift „Letzte Meldungen“, doch wurde diese im Beobachtungszeitraum (November 2000 bis Januar 2001) lediglich in unregelmäßigen Abständen aktualisiert. In kurzen, zwei bis vier Zeilen langen Texten wird hier auf Ereignisse wie Demonstrationen oder die Einführung neuer „Produkte“, hingewiesen, z.B. das Erscheinen von Hitlers „Mein Kampf“ in bulgarischer Sprache. Bei Berichten von zeitlich naheliegenden Ereignissen handelt es sich dabei ausschließ-

---

<sup>24</sup> In: NS-Kampfruf, Nr. 134 (Sept./Okt. 2000), S. 1

lich um eine Erwähnung von Aktionen, die bereits stattgefunden haben, und keineswegs etwa um Aufrufe, an einer Demonstration oder ähnlichem mitzuwirken.

Um auf sich aufmerksam zu machen verfolgt die NSDAP/AO in letzter Zeit auch eine neue Strategie. Sie verwendet Internetadressen, die denen deutscher Behörden zum Verwechseln ähnlich sehen und die den Internetbenutzer, nach dem Aufruf der Webseite, direkt auf die Homepage der Organisation bringen. So leitet die Webadresse [www.verfassungschutz.net](http://www.verfassungschutz.net), welche der Internetadresse des BfV [www.verfassungschutz.de](http://www.verfassungschutz.de) stark ähnelt, den User direkt auf die Homepage der NSDAP/AO.

### **„Nazi-Computerspiele“**

Eines der bereits oben genannten Computerspiele war das sogenannte „Nazi-Moorhuhn-Spiel“, welches jedoch mittlerweile von den US-Servern genommen werden musste, nachdem der Hersteller des Originalspiels (Es handelte sich bei dem Spiel um eine Werbeaktion für eine Whiskey-Marke.), die Phenomedia AG, eine erfolgreiche Klage wegen Urheberrechtsverletzung vor einem US-Gericht durchgesetzt hatte. In dieser veränderten Version des Spiels wurden den Moorhühnern, für deren Abschuss der Spieler Punkte erhält, jüdische Gebetskäppchen und Schläfenlocken hinzugefügt. Heißluftballons, die im Hintergrund durch das Bild fahren, wurden mit Hakenkreuzen „geschmückt“ und Straßenkreuzungsschilder trugen die Namen von NS-Konzentrationslagern. Zudem wurde der Spieler mit „Adolf Hitler – Sieg Heil-Rufen“ begrüßt. Im Abspann war schließlich die Bestelladresse für den „NS-Kampfruf“ zu lesen.

Seit Ende letzten Jahres wird nunmehr ein neues Computerspiel zum Download angeboten. Das Spiel mit dem Titel „KZ-Rattenjagd“ ist dabei inhaltlich an die „Moorhuhnjagd“ angelehnt. Der Spieler muss bei diesem Spiel Ratten im Konzent-

rationslager Auschwitz abschießen. Im Hintergrund sind dabei „Zyklon-B-Dosen“ dargestellt.

## **Unterstützung Gleichgesinnter durch die NSDAP/AO - Internetaktivitäten**

Die NSDAP/AO ermöglicht es anderen Rechtsextremisten, darunter auch deutschen „Kameraden“, ihre Inhalte über Server in den USA zu verbreiten, indem sie, gegen entsprechende Bezahlung, die Homepages für ihre Gesinnungsgenossen einrichtet.

Dieses geschieht über die Internetadresse „<http://www.zensurfrei.com>.“ Zur Zeit stammen aktuelle Internetangebote, die mit Unterstützung der NSDAP/AO entstanden sind, u.a. von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) und dem „Nationalen Info-Telefon Rheinland“.

Neben dieser Unterstützungsleistung für Gleichgesinnte gibt es auf der Homepage der NSDAP/AO auch eine umfangreiche Linksammlung, die auf Internetseiten zahlreicher anderer Organisationen verweist. Die meisten Links dieser internationalen Linksammlung beziehen sich auf Webpages deutscher Organisationen. Diese Links führen u.a. zu Internetseiten der „NPD“ und deren Publikation „Deutsche Stimme“, der „HNG“, dem „Thule-Netz“ und dem „Nationalen Widerstand“.

## **Das Propagandamaterial**

Neben der Versendung von Propagandazeitschriften bietet die NSDAP/AO zur „*Versorgung der ganzen NS-Bewegung Deutschlands mit NS-Propagandamaterial*“<sup>25</sup> sowohl in ihren Publikationen, als auch über das Internet die unterschiedlich-

---

<sup>25</sup> Lauck, G.: FN 7, S. 15

ten „NS-Devotionalien“ an und veröffentlicht die entsprechenden Preislisten. Die folgende Auswahl gibt einen Einblick in die dort offerierten „NS-Artikel“:

**Hakenkreuzaufkleber** mit u.a. folgenden Textzeilen:

- „Ausländer raus!“
  - „Wir sind wieder da!“
  - „Rotfront verrecke!“
- „Stop Non-White Immigration!“



**NS-Abzeichen,**

wie z.B. „SS-Anstecknadeln“ und „NSDAP-Parteiabzeichen“

**Fahnen und Armbinden**



Erhältlich sind unter anderem „Hakenkreuz-fahnen und Armbinden“, „SS-Totenkopffahnen“ sowie „Ku Klux Klan Fahnen“.

## Videos

### *„Der ewige Jude“*

Es handelt sich hierbei um Kopien eines antijüdischen Propagandafilms, der zur Zeit des „Dritten Reiches“ vom Reichspropagandaministerium hergestellt worden ist. Der pseudowissenschaftliche Film soll die Minderwertigkeit der „jüdischen Rasse“ beweisen, indem er Juden mit Ratten vergleicht bzw. auf eine Stufe stellt. Juden werden dabei ausdrücklich als „Schädlinge“ dargestellt.



Videocover: „Der ewige Jude“

Im Vor- und Abspann des Filmes erklingt das „Horst-Wessel-Lied“, während für den „NS-Kampfruf“ und andere Propagandamaterialien, wie Aufkleber, geworben wird.

## Bücher

### *„Die NSDAP/AP – Strategie, Propaganda und Organisation*

Die Druckschrift enthält das Grundsatzprogramm der NSDAP/AO, welches Gary LAUCK 1976, angeblich in deutscher Untersuchungshaft, geschrieben hat.

### *„SS-Rassenkunde und Richtlinien zur Gattenwahl*

In dieser Schrift, bei der es sich um einen Auszug aus dem Buch „Glauben und Kämpfen“, welches zur Zeit der „NS-Diktatur“ in Deutschland erschienen ist, handeln soll, steht die Bedeutung einer Erhaltung der germanischen Rasse im Vordergrund. Vor den angeblichen Gefahren einer Rassenvermischung mit Juden, die als eine zerstörerische Kraft bezeichnet werden, wird aufs Schärfste gewarnt. Zu der Neuauflage dieser 40-seitigen Schrift schrieb Gary LAUCK das Vorwort.

*„Die zweite Revolution“*

Neben dieser Veröffentlichung von Michael KÜHNEN befinden sich noch zahlreiche weitere Schriften desselben Autors im Angebot der NSDAP/AO.

*„Mein Kampf“*



Nachdruck des Werkes von Adolf Hitler in lateinischer Schrift.

### **Kassetten und CDs**

Außer zahlreichen CDs mit Marschmusik und Soldatenliedern werden auch Reden von Josef Goebbels, Michael KÜHNEN und Gary LAUCK auf Kassette angeboten.

### **Sonstiges**

Des weitern werden Skurrilitäten und Geschmacklosigkeiten wie Nachbildungen der Identifizierungsmarke des Soldaten

Adolf Hitler aus dem 1. Weltkrieg oder von „Zyklon-B-Kanistern der Marke Auschwitz“ feilgeboten.<sup>26</sup>

## **Vertrieb**

### **Vertriebswege**

Der Vertrieb des Propagandamaterials erfolgt aus den USA. LAUCK selbst scheint die Geschäfte vom Hause seiner Mutter in Lincoln, Nebraska aus zu führen. Als Kontakt- und Bestelladresse dient ein Postfach.

P.O. Box 6414

Lincoln, NE 68506, USA

Einzelne Bestellungen bzw. Bestellungen von geringen Mengen aus Deutschland werden direkt aus den USA, meist per Seepost, an die vom Empfänger angegebene Adresse verschickt.

Aus Angst vor Beschlagnahmungen durch deutsche Behörden weist der Versand der Postsendungen jedoch einige Besonderheiten auf. Zur Tarnung der Absenderadresse enthalten Lieferungen der NSDAP/AO keinen Hinweis auf den tatsächlichen Absender. Es werden vielmehr gefälschte Adressen von US-Firmen, um gewerbliche Post vorzutäuschen, oder auch fiktive Namen, zum Teil auch bewusst jüdisch klingende (z.B. „Birnbäum“, „Finkel“ oder „Rosen“<sup>27</sup>), verwendet. Bei einem Teil der Lieferungen wird auch ganz auf die Nennung eines Absenders verzichtet. Um eine Identifikation der Sendungen durch deutsche Behörden, insbesondere den Zoll, weiter zu erschweren, werden die Anschriften der Empfänger auf den Umschlägen teils mit Schreibmaschine, teils mit wechselnden

---

<sup>26</sup> Online im Internet: [URL://www. \(\(Internetadresse\)\) /gerpl-htm#Preisliste](URL://www. ((Internetadresse)) /gerpl-htm#Preisliste), 17.11.2000

<sup>27</sup> Vgl. Urteil des Landgerichts Hamburg, FN 4, S.16



Handschriften vermerkt. Der eigentliche Versand erfolgt dabei nur zum Teil aus Lincoln, Nebraska. Die Postsendungen werden vielmehr über verschiedene Versandpostämter in mehreren Städten der USA, darunter Houston, Los Angeles, New York City, St. Louis und Chicago, und unter Verwendung häufig wechselnder Umschlagstypen verschickt. Zusätzlich erschwert wird das Vorgehen des deutschen Zolls auch durch die faktische Unmöglichkeit der Kontrolle der (Un-)Menge an Postsendungen, die aus den USA täglich in Deutschland eintreffen.

Bei Bestellungen in größerem Umfang, insbesondere von organisierten Neonazigruppen, sollen auch Lieferungen in das benachbarte Ausland erfolgen, wo das Propagandamaterial zwischengelagert wird, um dann durch ausgewählte Personen einzeln oder in kleinen Portionen nach Deutschland geschmuggelt zu werden. Für diese insbesondere in „Antifa-Kreisen“ vorherrschende Meinung gibt es jedoch keinerlei handfeste Beweise. Eine dieser Schmuggelrouten führte demnach Anfang der 90er Jahre über Schweden und später, mit Unterstützung der „Danmarks National Socialistiske Bevaegelse“ (DNSB), über Dänemark nach Deutschland. In der Zeitschrift „The New Order“ heißt es dazu:

*„[Denmark, d. Verf.] has long been an important link in the supply line (...) exemplary cooperation between Danish National Socialists (DNSB) and NSDAP/AO“<sup>28</sup>*

Angeblich sollte von dort aus nach dem Fall der Mauer Osteuropa und insbesondere Ostdeutschland mit Propagandamaterial versorgt werden. Dieses Verfahren soll auch viele Jahre mit Unterstützung der holländisch-flämischen „ANS-Niederlande“ an Deutschlands Westgrenze stattgefunden haben. Solche Stützpunkte im nahen Ausland wären, wenn tatsächlich vorhanden, angesichts der Strafverfolgung und

---

<sup>28</sup> In: The New Order, Nr. 113; Zit. n. PETERSEN, W. (Hrsg.): Versorgungslinie NORD, Atze-Antifaschistische Zeitung Kiel, 1995, S. 45

der damit verbundenen Gefahr für neo-nazistische Propagandalager durch Hausdurchsuchungen in Deutschland einerseits und der liberaleren Gesetzgebung in Skandinavien andererseits in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen.

Das oben beschriebene Vorgehen erscheint besonders im Hinblick auf das „Schengener Abkommen“, dessen Ziel der Abbau der Kontrollen an den zwischenstaatlichen Grenzen der Unterzeichnerstaaten und damit der freie Personenverkehr ist, durchaus logisch und sinnvoll. Das Abkommen Schengen I trat endgültig am 26. März 1995 in kraft. Die im Vertrag ebenfalls vereinbarten schärferen Kontrollen an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten sind zwar positiv zu bewerten, können aber den zwischenstaatlichen Schmuggel auf die oben beschriebene Art und Weise von Nachbarstaaten aus nach Deutschland nicht unterbinden.

Neben den eigenen Aktivitäten werden aber auch die Empfänger der Sendungen aufgefordert, „NS-Material“ weiter zu verbreiten. Zu diesem Zweck werden dem „NS-Kampftruf“ z.B. Flugblätter mit der Aufforderung beigelegt, diese zu vervielfältigen und zu verteilen. Darüber hinaus werden praktische Tipps zur Verbreitung von Propagandamaterial gegeben.

*„Diese Taktik des Zurücklassens eines Aufklebers in einem Buche ist sehr wirksam! Mehrere Kameraden, darunter wertvolle Mitarbeiter, haben die Anschrift der NSDAP/AO auf genau diese Weise erfahren.“*<sup>29</sup>

Seit Beginn des Jahres 2000 vertreibt die NSDAP/AO ferner die „#701 PROPAGANDA CD“, die verschiedenste Entwürfe von Hakenkreuzaufklebern, Plakaten und Webpages enthält. Diese in mehreren Sprachen erhältliche CD soll es nunmehr ermöglichen, dass „zusätzliche Druckauflagen mit billigen A4 Laserdruckern überall in der Welt“<sup>30</sup> erstellt werden können.

---

<sup>29</sup> In: NS-Kampftruf, Nr. 129, S. 9

<sup>30</sup> Vgl. NS-Kampftruf, Nr. 130, S. 1

## Bezahlung

Für sämtliche Bestellungen bei der NSDAP/AO gilt, dass die Lieferung von Waren nur gegen Vorkasse erfolgt. Lediglich ein Probeexemplar der Zeitschrift „NS-Kampftruf“ ist kostenlos erhältlich. Besteller werden daher gebeten, den Warenwert, welcher der jeweiligen Preisliste zu entnehmen ist, in einem Briefumschlag zusammen mit der Bestellung in Geldscheinen beizufügen. Bei größeren Geldsummen solle das Geld, aus Sicherheitsgründen auf mehrere Briefe verteilt werden. Münzgeld wird, da es nicht in US-Währung umgetauscht werden kann, nicht als Zahlungsmittel akzeptiert. Schecks oder Bankanweisungen werden ebenfalls nicht angenommen, da besonders bei letztgenannten Beschlagnahmungen befürchtet werden.

Daraus ist ersichtlich, dass es sich bei der Propagandaverbreitung durch die NSDAP/AO keineswegs um eine rein solidarische Unterstützung für Kameraden handelt, sondern dass durchaus finanzielle Interessen bestehen. Zwar dient ein Teil der Einnahmen der Deckung der Kosten, die durch Portogebühren und Instandhaltung bzw. Erneuerung von Laserdruckern etc. entstehen, jedoch dürften z.B. Preise für CDs von DM 40,00<sup>31</sup> deutlich über den vermeintlichen Herstellungs- und Vertriebskosten liegen. Die so oft programmatisch geforderte Selbstaufopferung für die nationalsozialistische Sache tritt hier somit in den Hintergrund (wer nicht zahlt, bekommt nichts!).

Einschränkend muss jedoch gesagt werden, dass LAUCK auf Grund seines zweifelsfrei vorhandenen Fanatismus zumindest einen Teil der Gewinne wieder in die „Propagandamaschinerie“ investiert.

---

<sup>31</sup> Vgl. Beilage zum NS-Kampftruf, Nr. 134 (Sept./Okt. 2000)

## Sicherheitshinweise

Auf Grund des Standortes der Organisation in den USA ist bei Eingriffen seitens deutscher Sicherheitsbehörden nicht die Gruppe selbst, sondern sind „lediglich“ die Adressaten von Propagandalieferungen gefährdet. Daher gibt die NSDAP/AO ihren Beziehern Hinweise zu konspirativem Verhalten an die Hand, die es ihnen ermöglichen sollen ungehindert Bestellungen zu tätigen. Diese sogenannten Sicherheitshinweise werden in jeder „NS-Kampfruf-Ausgabe“ und über das Internet veröffentlicht.

Zu diesem Zweck hat LAUCK ein **Kenn-Nummern-System** entwickelt, welches es der NSDAP/AO ermöglicht, den Besteller an Hand dieser Nummer zu identifizieren, ohne dass dieser seinen Namen und seine wahre Anschrift auf der Bestellung vermerken muss. Ein Bezieher von Propagandamaterial muss folglich nur bei seiner ersten Bestellung Angaben zur eigenen Person machen, später genügt die Angabe der Kenn-Nummer. Diese Kenn-Nummer sollte nach Möglichkeit auch nicht zu Hause aufbewahrt, sondern am besten auswendig gelernt werden. Unter Punkt 1 der Sicherheitshinweise empfiehlt LAUCK bei allen Briefwechseln keinen bzw. einen fiktiven Absender auf dem Umschlag anzugeben und bei Bestellungen als Anschrift lediglich das Postfach, ohne den Zusatz „NSDAP/AO“, zu verwenden. Darüber hinaus (Punkt 6 d. Sicherheitshinweise) wird deutschen Beziehern, besonders im grenznahen Raum, dringend geraten, sich die Bestellungen an eine Deckadresse im Ausland schicken zu lassen. Ebenfalls unter Punkt 6 wird darauf hingewiesen, dass der Besitz von NS-Propagandamaterial, welches unaufgefordert zugesandt wurde, bisher in der Bundesrepublik nicht strafrechtlich verfolgt worden ist. Allerdings schiene eine solche Argumentation eines Betroffenen nicht sehr glaubwürdig, da „NS-Kampfruf-Ausgaben“ nicht wahllos und damit auch kostenlos an einen zufällig ausgewählten Personenkreis verschickt werden.

Hinweise, die über die 7-Punkte der „Sicherheitshinweise“ hinausgehen, so z.B. zu richtigem Verhalten gegenüber Fremden, die sich als Gleichgesinnte ausgeben und Interesse an Propagandamaterial bekunden, erschienen hingegen nur in der Anfangszeit der Organisation. Dem „NS-Kampfruf“ Mai/Juni 1978 ist noch folgender unterstützender Ratschlag zu entnehmen:

*„Werde ich von angeblichen Kameraden angesprochen, lasse ich mir zunächst Name und Anschrift des Betroffenen geben und übermittle diese Angaben der Parteizentrale. (...) Bis zu einer Entscheidung von dort nehme ich keinen Kontakt zu diesem Kameraden auf. Propagandamaterial schicke ich nur anonym. Niemals werde ich Fremden persönlich NS-Propagandamaterial übergeben.“<sup>32</sup>*

Um zu überprüfen, ob eine Warenlieferung auch beim Empfänger angekommen ist, liegen den Päckchen **Bestätigungszettel** bei. Auf ihnen ist der Inhalt der Verpackung, genauer die „NS-Kampfruf-Preislisten-Nummern“ der gelieferten Artikel, angegeben. Der Bezieher soll nun an Hand dieser Liste zunächst den Inhalt der Sendung überprüfen und den Bestätigungszettel dann an die NSDAP/AO-Zentrale zurücksenden. Dieses Verfahren dient dazu, mögliche Beschlagnahmungen von Lieferungen oder eines Teils einer Lieferung zu erkennen.

Abgesehen von den Empfehlungen an Bezieher von NS-Propagandamaterial, „warnt“ die NSDAP/AO darüber hinaus US-Bürger vor einer Einreise in die Bundesrepublik, da sie in Deutschland Gefahr laufen würden festgenommen zu werden. Die NSDAP/AO bezieht sich dabei auf ein Interview mit dem deutschen Generalbundesanwalt Nehm aus dem Jahre 1996, welches im „Spiegel“ Nr. 46/1996 veröffentlicht worden war. Darin drohte dieser Personen, die vom Ausland aus Internetseiten betreiben, deren Inhalte in Deutschland illegal sind, eine mögliche Strafverfolgung an, da die entsprechen-

---

<sup>32</sup> In: NS-Kampfruf, Mai/Juni 1978. Zit. n. FROMM, R., FN 20, S. 141f.

den Webpages auch im Bundesgebiet jedem Deutschen zugänglich seien.<sup>33</sup>

Die NSDAP/AO startete daher im August 1999 ihre „**Travellers-Allert-Kampagne**“. An internationalen Flughäfen, wie z.B. in Los Angeles, wurden Flugblätter verteilt, die Reisende nach Deutschland warnen sollten. In dem Flugblatt hieß es u.a.:

*„American publisher Gerhard Lauck was kidnapped in Denmark under a German arrest warrant, taken against his will to Germany and imprisoned for four years! His offense? He published a newspaper in America promoting free speech.“<sup>34</sup>*

Einen besonderen Aktualitätsbezug erhält diese Kampagne durch ein Urteil des BGH vom 12. Dezember 2000 über die Strafbarkeit der Verbreitung der Auschwitzlüge *über das Internet*. Das Gericht stellte bei seiner Entscheidung fest, dass der Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 I und III StGB erfüllt sei und nach deutschem Strafrecht geahndet werden könne, wenn ein Ausländer eine von ihm verfasste entsprechende Äußerung auf einem ausländischen Server ins Internet einstellt und diese dadurch auch Internetnutzern in Deutschland zugänglich ist. Die Geltung des deutschen Strafrechtes in solchen Fällen war bis dato fraglich und wurde zuvor z.B. vom Landgericht Mannheim auch abschlägig beurteilt.<sup>35</sup>

## **Ausblick: Eindämmungsmöglichkeiten**

Die Eindämmung der Einfuhr von neo-nazistischem Propagandamaterial nach Deutschland bereitet den deutschen Sicherheitsbehörden in zunehmendem Maße immer größere

---

<sup>33</sup> Vgl. Der Spiegel, Nr.46/1996, S. 98ff.

<sup>34</sup> In: NS-Kampfruf, Nr. 129, S. 2

<sup>35</sup> Vgl. BUNDESGERICHTSHOF: Verbreitung der Auschwitzlüge im Internet, Mitteilung der Pressestelle Nr. 95/2000

Schwierigkeiten. Der Grund dafür liegt darin, dass sich Extremisten nicht mehr nur auf Publikationen herkömmlicher Art „verlassen“, sondern verstärkt im Internet tätig werden. Auch wird der Empfängerkreis des Propagandamaterials durch die Verbreitung über das Internet und dessen „Anonymität“ immer undurchsichtiger. Regelungen wie das Teledienstgesetz können der tatsächlichen Entwicklung des Online-Netzes dabei nur hinterherhinken. Zudem sprengt das World Wide Web nationale Grenzen und entzieht sich damit vielfach hiesiger Rechtsprechung.<sup>36</sup>

Von einem daher dringend notwendigem internationalen Mindestbestand an Strafbestimmungen, die festlegen, welche Äußerungen im Internet nicht mehr unter dem Begriff „Meinungsfreiheit“ subsumiert werden können, scheint man indessen genauso weit entfernt wie eh und je. Einer internationalen Konferenz etwa, zu der das Bundesjustizministerium und das Simon-Wiesenthal-Center im Juni 2000 in Berlin eingeladen hatten, blieben die Vertreter des US-Justizministeriums und des FBI trotz Einladung fern, obwohl ein Großteil „rechter Seiten“ gerade aus den USA heraus über US-Provider in das Internet eingestellt wird.

Die Möglichkeiten deutscher Behörden beschränken sich daher auf Appelle an die Provider, sich einer Selbstverpflichtung zu unterwerfen und „Rechten“ keinen Speicherplatz mehr für ihre rassistischen Inhalte zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Eindämmungsmöglichkeit besteht durch den Einsatz sogenannter „Filtersoftware“, die in der Lage ist, z.B. „NS-Symbolik“ auszusortieren, wodurch verhindert werden kann, dass Internetseiten solcherlei Inhalts überhaupt aufgerufen werden können. Allerdings müssen diese Programme auf dem privaten Rechner, von dem aus der jeweilige User im Internet surft, installiert werden. Daher bieten sie zwar für Kinder, die am PC

---

<sup>36</sup> Vgl. VOSS, Katrin: 500 rechte Seiten im Internet, In: Kölner Stadt-Anzeiger, 20.10.2000

sitzen, einen gewissen Schutz, aber ein an rechtsextremistischen Inhalten interessierter User wird sie wohl kaum auf seinem Internet-PC installieren.

Im Bereich des herkömmlichen Postversandes von Propagandamaterial kam es in der Vergangenheit allerdings, trotz der bereits dargelegten Problematik, zumindest zu vereinzelt Erfolgen des deutschen Zolls. Möglich werden solche Beschlagnahmungen durch, trotz aller Vorsichtsmaßnahmen seitens des Absenders, auch weiterhin vorhandene Identifikationsmerkmale. So wurden die Postsendungen der NSDAP/AO z.B. eine Zeitlang regelmäßig durch auffällige Klebestreifen an den Briefumschlagsseiten verstärkt.

Solche Teilerfolge können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ohne internationale Einigung der Kampf gegen die Verbreitung von neo-nazistischem Propagandamaterial einem „Kampf gegen Windmühlen“ gleicht, der nicht zu gewinnen ist. Zu beachten ist dabei, dass die Entwicklung der NSDAP/AO nach LAUCKS Haftentlassung im März 1999 und seiner Abschiebung in die USA gezeigt hat, dass er sich in seinem Verhalten und seiner Gesinnung in keiner Weise geändert hat und auch weiterhin seine „hehren“ Ziele verfolgt.



## **Literaturverzeichnis**

### **Primärliteratur:**

LAUCK, Gary: Die NSDAP/AO – Strategie, Propaganda und Organisation, Lincoln 1991

NSDAP/AO (Hrsg.): Eine Einführung zur NSDAP/AO: Der Kampf geht weiter!, Online im Internet: URL: [http://www.-\(Internetadresse\),AOEinführung.zip](http://www.-(Internetadresse),AOEinführung.zip), 17.11.2000

NS-KAMPFRUF, Nr. 124 - 134

WESTMAR, Hans (Pseudonym, d. Verf.): Eine Bewegung in Waffen – Band II: Strategie und revolutionärer Kleinkrieg, Horst-Wessel-Verlag, 1992

### **Sekundärliteratur:**

APEL, Rainer: Die Arier von Kalifornien, In: Neue Solidarität, 27.Jhg., Nr. 33, 16. Aug. 2000, Online im Internet: URL: <http://www.bueso.de/nrw/Aktuelles/rechts.htm>, 08.01.2001

BILL, Günter Ingo (Hrsg.): Flugschriften, Internet-Sendungen und CDs – Neo-nazistische Propaganda und antisemitische Hetze aus dem Ausland nach Deutschland, Deutsche Welle, Hauptabteilung Monitordienst, Köln, 1998

BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ (Hrsg.): Extremistische Bestrebungen im Internet, 2. aktualisierte Auflage, Köln, Juni 1999

BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland –Ein Lagebild-, Köln, Sept. 1999

BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ: BfV aktuell, Nr. 01/01 vom 02.01.2001

BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ: BfV aktuell, Nr. 51/00 vom 18.12.2000

BUNDESGERICHTSHOF: Verbreitung der Ausschwitzlüge im Internet, Mitteilung der Pressestelle Nr.95/2000

BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte 1997-1999

FROMM, Rainer/ KERNBACH, Barbara: Europas braune Saat: die internationale Verflechtung der rechtsradikalen Szene, Verlag Bonn Aktuell, Oktober 1994, Vertrieb: mvg-Verlag, München

FROMM, Rainer: Am Rechten Rand: Lexikon des Rechtsradikalismus, Marburg, Schüren Presseverlag GmbH, 1993

MECKLENBURG, Jens (Hrsg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, 1996, Elefanten Press Verlag GmbH, Berlin, Antifa Edition

MICROSOFT CORPORATION und BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT & F.A. BROCKHAUS AG: LexiROM 4.0 (elektronisches Nachschlagewerk), 1999

PETERSEN, W. (Hrsg.): Versorgungslinie NORD, Atze-Antifaschistische Zeitung Kiel, 1995

SCHLOMANN, Friedrich-Wilhelm: Aktuelle Analysen 20 - Neonazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München, 2000, Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Urteil des Landgerichts Hamburg in der Strafsache gegen Gary (Gerhard) Lauck v. 22. Aug. 1996 (627 Kls 7/96)

**Zeitungsartikel:**

DER SPIEGEL, Nr. 46/1996: Artikel: „Ein riesiges Spielzeug“, S.98 ff.

FOCUS, Nr. 39, 25. Sept. 2000: Artikel: „Neonazis – Makabres Angebot im Net“

KÖLNER STADT-ANZEIGER v. 20.10.2000: Artikel: „500 rechte Seiten im Internet“

RHEIN-ZEITUNG ONLINE: URL: <http://www.mainz-online.de/old/96/05/10/topnews/lauck.html>, URL: <http://www.-mainz-online.de/old/96/05/10/topnews/lauck1.html>, URL: <http://www.mainz-online.de/old/96/05/10/topnews/-lauck2.html>, 17.11.2000



Stephen Jäger

## **Die Instrumentalisierung der „Finkelstein-Debatte“ durch Publikationsorgane des rechtsextremistischen Spektrums**





## Einleitung

Anfang des Jahres 2001 erschien im Piper-Verlag ein Buch, welches in Deutschland für viel Aufregung sorgte. Es handelte sich dabei um „Die Holocaust-Industrie - Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird“ des jüdischen New Yorker Politologen Norman G. Finkelstein. Sein Buch, welches eigentlich einen Beitrag zu einer inner-amerikanischen Diskussion über den Mißbrauch der Erinnerung an den Holocaust durch jüdische Lobbyisten darstellte, fand in den USA kaum Beachtung. Das polemische Werk, welches jüdische Organisationen mit Vorwürfen überzieht und diesen eine Instrumentalisierung des Holocaust zu eigenen Zwecken vorwirft, erfuhr nach der Veröffentlichung in den USA ganze 2 Buchbesprechungen. Das Thema wurde von den amerikanischen Medien scheinbar wegen seiner Komplexität und politischen Brisanz gemieden.

In Deutschland wurde darüber jedoch schon diskutiert, als das Werk noch gar nicht auf dem deutschen Buchmarkt erhältlich war. Das Buch wurde schon im Vorfeld des Erscheinens neben einigen teilweise positiven Kommentaren in den Rezensionen der Presse und Beiträgen von Historikern mehrheitlich abgelehnt. Teilweise wurde darüber debattiert, ob das Buch Finkelsteins überhaupt in Deutschland veröffentlicht werden sollte. Gerade jüdische Vertreter fürchteten, daß Finkelsteins für den amerikanischen Markt geschriebenes Buch in Deutschland in einem anderen Kontext gesehen würde und antisemitische Ressentiments auslösen könnte. Ebenfalls fürchtete man, daß die Aussagen Finkelsteins Wasser auf die Mühlen von Rechtsextremisten sein könnten.

Als das Buch Finkelsteins dann in Deutschland veröffentlicht wurde, füllte es monatelang die Bestsellerlisten. Finkelstein kam nach Deutschland und wiederholte am Tage der Erstveröffentlichung seine Anschuldigen. Auch im Fernsehen wurde breit über das Pro und Kontra seiner Thesen diskutiert. Die Brisanz dieser Auseinandersetzung zeigte sich auch daran,

daß im nachhinein drei Sammelbände erschienen, die verschiedene Aussagen zur „Finkelstein-Debatte“ zusammenfaßten oder neu verfaßte Beiträge zu dem Thema enthielten.

Die Befürchtung, daß Rechtsextremisten in der Folge die Diskussion um Finkelstein und sein Buch instrumentalisieren könnten, sollte sich bewahrheiten. Hier soll diese Arbeit ansetzen. Zuerst soll ein Einblick in den Hintergrund und die Motivationslage Finkelsteins gegeben werden. Ebenfalls soll verdeutlicht werden, was insgesamt von den Aussagen des Autors Finkelstein zu halten ist und in welchem Gesamtkontext sie zu sehen sind. Dann soll an Hand repräsentativer Publikationen des rechtsextremistischen Spektrums aufgezeigt werden, wie die „Finkelstein-Debatte“ dazu genutzt wurde, um eine für Rechtsextremisten typische Agitation unter Ausblendung des real existenten Hintergrundes zu betreiben, um die Diskussion zur Verfolgung der eigenen Zwecke zu instrumentalisieren.

Da in nahezu allen deutschen rechtsextremistischen Zeitungen und Zeitschriften die „Finkelstein-Debatte“ thematisiert wurde, wird sich diese Arbeit aus Gründen der Übersichtlichkeit auf drei Publikationen beschränken. Eine dieser Publikationen ist die „Junge Freiheit“. Sie gibt sich ein konservatives Erscheinungsbild, gilt jedoch als wichtiges Organ zur Etablierung rechtsextremistischer Sichtweisen in der Gesellschaft. Weiterhin wird die Publikation „Staatsbriefe“ untersucht, welche ein theoretisches Strategieorgan der „Neuen Rechte“ darstellt und sich von parteipolitischen Überlegungen abgrenzt. Abschließend erfolgt die Betrachtung der „National-Zeitung“. Diese ist der sog. „Alten Rechte“ zuzuordnen und wird inhaltlich maßgebend von ihrem Herausgeber Dr. Gerhard Frey geprägt. Da Frey ebenfalls Vorsitzender einer Partei („Deutsche Volksunion“) ist, kann die im Boulevardstil aufgemachte „National-Zeitung“ als deren Sprachrohr angesehen werden.

Durch die differenzierte Auswahl der Publikationen kann letztendlich ein interessanter Querschnitt des publizistischen rechtsextremistischen Spektrums beleuchtet werden.



## „Die Holocaust-Industrie“

### Biographische Daten zu Norman G. Finkelstein

Norman G. Finkelstein wurde im Jahre 1953 in Brooklyn, New York, geboren. Seine Eltern waren Maryla Husyt Finkelstein und Zacharias Finkelstein. Beide waren Juden, seine Mutter überlebte das Warschauer Ghetto und das Konzentrationslager Maidanek, sein Vater überlebte ebenfalls das Ghetto in Warschau sowie das Konzentrationslager Auschwitz, in welchem er als Zwangsarbeiter für Buna eingesetzt war.<sup>1</sup> Beide lernten sich im Lager Linz kennen, heirateten und emigrierten in die USA. Verwandte, z.B. Großeltern oder Tanten und Onkel, lernte Finkelstein nie kennen. Sie waren alle während der Zeit des Nationalsozialismus bzw. kurz danach in folge dessen ums Leben gekommen. Seine Mutter kämpfte ihr Leben lang für eine Entschädigungszahlung für ihre Zeit im KZ, sein Vater erhielt monatlich als Kompensation eine kleine Rente aus Deutschland.

Finkelstein wuchs mit seinem Vater, seiner Mutter und seinen zwei Brüdern, Richard und Henry, in einem Mietshaus in Brooklyn auf. Dort lebt er noch immer in der unverändert eingerichteten Wohnung seiner vor einigen Jahren verstorbenen Eltern. Obwohl Finkelstein seinen Abschluß in Princeton gemacht hat und Professor ist, hat ihn dies akademisch nicht sonderlich weit gebracht: er lehrt anstatt an einer renommierten Universität als Adjunct Professor (vergleichbar mit einem Lehrbeauftragten an einer deutschen Universität) an dem kleinen New Yorker Hunter-College Politikwissenschaft. Dies mag so sein, weil ihn seine politisch „krassen Ansichten“, welche dem lin-

---

<sup>1</sup> Vgl. Online im Internet: [URL: http://www.normanfinkelstein.com/id17.htm](http://www.normanfinkelstein.com/id17.htm) (Stand: 30. Januar 2002). Bei der angegebenen Internetadresse handelt es sich um die offizielle Homepage Norman Finkelsteins.

ken Spektrum und dem Antizionismus zuzuordnen sind, im Vorankommen in der Gesellschaft behindert haben mögen.<sup>2</sup>

So setzte sich Finkelstein beispielsweise während der Intifada<sup>3</sup> für die Palästinenser ein, obwohl die USA schon seit Mitte der sechziger Jahre Stellung für Israel bezogen hatten. Während seiner Zeit im nahen Osten machte sich Finkelstein selbst ein Bild vom anhaltenden Konflikt zwischen Israel und Palästina. Der vielleicht wichtigste Mentor für Finkelstein ist Noam Chomsky. Der 1928 geborene Chomsky ist Linguistik-Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und gehört zu einer Gruppe linksintellektueller Juden, die durch eine antizionistische und antiimperialistische bis anarchistische Gesinnung gekennzeichnet sind. Bei ihm studierte Finkelstein in den sechziger Jahren. Chomsky, der in seiner Jugend den Zionisten angehörte, unterstützte Finkelstein unter anderem bei dessen Arbeit an der amerikanischen Ausgabe von „Die Holocaust-Industrie“. Der Titel des amerikanischen Buches lautet: „The Holocaust-Industry: Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering“.<sup>4</sup> Finkelstein ist darüber hinaus Autor dreier weiterer Bücher: „Image and Reality of the Israel-Palestine Conflict“ (1995)<sup>5</sup>, „The Rise and Fall of Palestine“ (1996)<sup>6</sup> und „A

---

<sup>2</sup> Vgl. MENDELSON, Tina: „Die Holocaust-Industrie“, Reportage zur „Finkelstein-Debatte“, ausgestrahlt vom Fernsehsender „Phönix“ im Dezember 2000.

<sup>3</sup> Intifada (arabisch), eigentlich abschütteln, ist die Bezeichnung für eine 1987 begonnene Aufstandsbewegung der Palästinenser gegen die israelische Besatzungsmacht. Dieser Kampf wird mit allen Mitteln, d.h. auch unter Einsatz von Gewalt, geführt.

<sup>4</sup> Vgl. FINKELSTEIN, Norman G.: Die Holocaust-Industrie - Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, Piper Verlag, München, 2001, S.183 Finkelstein dankt u. a. Chomsky für dessen Begleitung und Beistand bei der Entstehung des Buches.

<sup>5</sup> Finkelstein deckt in diesem Werk die seiner Meinung nach herrschende Diskrepanz zwischen Vorstellung und Realität des Isra-

Nation on Trial: The Goldhagen Thesis and Historical Truth“ (1998)<sup>7</sup>, welches er zusammen mit Ruth Bettina Birn verfaßte.

## **Finkelsteins Thesen**

Norman Finkelsteins Buch „Die Holocaust-Industrie“ ist eine Provokation und ein Angriff auf jüdische Organisationen in Amerika. Finkelstein selbst beschreibt es so: *„Dieses Buch ist eine Anatomie der Holocaust-Industrie und zugleich eine Anklage gegen sie.“*<sup>8</sup> Er behauptet darin, jüdisch-amerikanische Organisationen beuteten das Leiden der Juden durch den Holocaust aus, indem sie im Namen der Opfer Entschädigungszahlungen von mehreren europäischen Staaten erpreßten. Dabei würden die Organisationen, allen voran die Jewish Claims Conference against Germany (JCC) und die World Jewish Conference (WJC), mit zu hohen Überlebenszahlen operieren sowie Boykottmaßnahmen und Diffamierungen starten, und als Resultat Geldsummen einfordern, die in jeglicher Hinsicht völlig überzogen und unberechtigt

---

el-Palästina Konflikts auf. Er beschreibt den Zionismus als Nationalismus und attackiert die israelische Politik seit der Gründung Israels 1948 gegenüber den Arabern.

- <sup>6</sup> In diesem Buch schildert Finkelstein den Beginn und das Ende der Intifada gegen die israelische Besatzung. Dabei widmet er sich besonders dem Elend der Palästinenser und beschreibt die Lebensumstände zweier palästinensischer Familien näher.
- <sup>7</sup> Finkelstein polemisiert in dieser Streitschrift gegen ein Buch Daniel Goldhagens, in dem dieser die These von der Möglichkeit einer alleinigen Kollektivschuld der Deutschen am Holocaust vertreten hatte. Siehe dazu: GOLDHAGEN, Daniel J.: „Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“, Siedler Verlag, München, 1996
- <sup>8</sup> FINKELSTEIN, Norman G.: Die Holocaust-Industrie, Piper Verlag, München, 2001, S. 9

seien. Finkelstein kommentiert in Bezug auf seine Familie hierzu:

*„Die laufende Kampagne der Holocaust-Industrie, mit der im Namen ‚bedürftiger Opfer des Holocaust‘ Geld von Europa erpreßt werden soll, hat das moralische Format ihres Martyriums reduziert auf einen Einsatz im Casino von Monte Carlo.“<sup>9</sup>*

Nach Finkelstein sei es dabei besonders verwerflich, daß die tatsächlichen Opfer kaum Wiedergutmachungen erhielten, die jüdischen Organisationen die Gelder hingegen für ihre eigenen Vorhaben zweckentfremdeten, so z.B. den Aufbau jüdischer Gemeinden, zur Unterstützung Israels oder für die Umsiedlung osteuropäischer Juden. Auch ist Finkelstein der Meinung, daß im Laufe der Nachkriegsjahre schon ausreichende Zahlungen flossen, diese aber ebenfalls in den „dunklen Kanälen“ der mächtigen jüdischen Organisationen Amerikas verschwunden seien. Zu den neuen Forderungen der Organisationen merkt Finkelstein voller Zynismus an: *„Die Holocaust-Industrie ist eindeutig dabei, durchzudrehen.“<sup>10</sup>*

Das Gebaren der Organisationen sei überhaupt erst möglich geworden, weil Mitte der sechziger Jahre die Erinnerung an den Holocaust als ideologische Waffe im Zuge des Sechstagekrieges<sup>11</sup> entdeckt und instrumentalisiert worden sei, um Israel einen Opferstatus anzudichten und es somit gegen jegliche Kritik zu immunisieren. Für Israel in seiner damaligen Be-

---

<sup>9</sup> FINKELSTEIN a. a. O., S. 14

<sup>10</sup> Ebenda, S.144

<sup>11</sup> Der Sechstagekrieg begann am 5. Juni 1967 und wurde von Israel nach großen Spannungen und mehreren bedrohlichen militärischen Zwischenfällen in Palästina als „Präventivschlag“ gegen seine arabischen Nachbarn Ägypten, Jordanien und Syrien geführt. Israel ging siegreich aus dieser Auseinandersetzung hervor.

drohungslage sei die Erinnerung an den Holocaust praktisch notwendig gewesen, um vom eigenen Fehlverhalten abzuweichen und statt dessen auf die erneute Gefahr, die dem jüdischen Volk durch die feindlichen Araber gedroht habe, sowie auf den Sonderstatus, der aus dem Holocaust resultiere, aufmerksam zu machen.

Nach Finkelstein kam es reell gesehen gar nicht zu einer wirklichen Erinnerung an den Holocaust. Diese diene stattdessen lediglich als Vorwand zur Verschleierung machtpolitischer Interessen Israels, der jüdischen Eliten Amerikas und letztendlich auch der USA. Aus der „plötzlichen“ Erinnerung resultierte nun die moralische Unantastbarkeit all derer, die es verstanden hatten, die Erinnerung an den Holocaust zu inszenieren und zu instrumentalisieren. Zwangsläufig habe sich Israel seit dieser Zeit zum Vertreter amerikanischer Interessen gegen die arabische Welt im Nahen Osten aufgeschwungen, und demzufolge auch entsprechende Unterstützung von den USA und den dort ansässigen erfolgreichen jüdischen Organisationen erhalten.<sup>12</sup>

Immer stärker sei der Holocaust seitdem in das Bewußtsein der Menschen indoktriniert worden. Besonders harte Kritik übt Finkelstein in diesem Zusammenhang an der Verkitschung und der Überflutung mit Dingen, die mit dem Holocaust zu tun haben. So gebe es in den USA eigene Lehrstühle für den Holocaust sowie riesige Mahnmale und Museen. Finkelstein meint hierzu u.a.:

*„Zu viele öffentliche und private Mittel sind für das Gedenken an den Völkermord der Nazis eingesetzt worden. Was dabei herauskommt, ist zumeist wertlos; es ist nicht dem Leiden der Juden gewidmet, sondern dient ihrer Erhöhung.“<sup>13</sup>*

---

<sup>12</sup> Vgl. FN 1, S. 9, 38-47

<sup>13</sup> Vgl. FN 1, S. 15

Auch gebe es unzählige Interpreten des Holocaust, die gebetsmühlenartig die Einzigartigkeit der Shoah<sup>14</sup> und somit auch der Juden betonten und dafür überzogene Honorare verlangten. Diese Singularität lehnt Finkelstein im übrigen scharf ab, der Holocaust ist für ihn nur ein Völkermord unter mehreren. Die geballte Konzentration an übertriebener Erinnerung sowie die Eintreibungspraxis der Organisationen schade also den tatsächlichen Opfern, ihr Andenken werde damit herabgewürdigt. Insgesamt sei aus dem Holocaust ein riesiges Bollwerk entstanden, das riesige Dividenden abwerfe, sowohl finanzielle, aber vor allem auch moralische.<sup>15</sup> Alle diese Aspekte zusammengenommen lassen laut Finkelstein die ausbeuterische Holocaust-Industrie entstehen.

### **Finkelsteins Motivation**

Fraglich ist, warum Finkelstein, der ja schließlich selbst Jude ist, gerade solche Theorien vertritt, die eine gewisse antisemitische Grundhaltung vermuten lassen könnten. Wenn Finkelstein gegen „jüdische Mainstream-Organisationen“ polemisiert, welche die „amerikanisch-israelische Allianz“ festigten, Zeitungen als „Instanzen“ angreift, weil diese „die (politische) ‚Holocaust-Correctness‘ durchsetzen“ oder die „Holocaust-Erziehung“ und die „Holocaust-Show“ attackiert, erinnert dies an das Vokabular von Antisemiten oder Holocaustleugnern. Ebenso diese Aussage Finkelsteins: *„Das Dogma von der Einzigartigkeit ergibt schließlich keinen Sinn“*<sup>16</sup> und die Auffassung, daß die ausdrückliche Befürwortung der Sin-

---

<sup>14</sup> Shoah (hebräisch) bedeutet sinngemäß Feueropfer. Heute wird statt dessen der Begriff Holocaust verwendet.

<sup>15</sup> Vgl. FN 1, S. 9

<sup>16</sup> Vgl. a.a.O., S. 50

gularitätsthese „intellektueller Terror“<sup>17</sup> sei. Doch in Finkelstein einen Holocaustleugner zu sehen ist falsch.

Vielmehr ist Finkelstein ein linker jüdischer Intellektueller, und gehört damit in den USA zu einer Minderheit.

In einem Interview mit dem Korrespondenten Thomas Spang sagt Finkelstein:

*„Ich mag keine Philo-Semiten, ich mag keine Anti-Semiten. Ich verspüre gegen beide Abneigung.“* Und weiter:

*„Es gibt keine Möglichkeit, nur ein Wort in meinem Buch so zu interpretieren, daß es Verleugnern Trost spendet.(...)“*<sup>18</sup>

Mit diesen Aussagen grenzt sich Finkelstein klar von den von ihm genannten Personengruppen ab.

Finkelstein ist besonders stark geprägt durch das Trauma seiner Eltern. Beide hatten sich durch ihre Erlebnisse während des Holocaust verändert, sie waren zynisch und bitter geworden und trauten niemandem mehr. Auch seien seine Eltern im linken Spektrum verhaftet gewesen, sie identifizierten sich mit den Russen. Diese hätten gewußt was es bedeutete, Krieg zu erleiden.<sup>19</sup> Für die geringe Entschädigung seiner Mutter macht Finkelstein die JCC verantwortlich. In seinem Buch beschreibt er ausführlich, daß gerade diese Organisation bereits in den fünfziger Jahren Zahlungen erhalten hätte, diese jedoch zurückgehalten oder mißbraucht habe. Je mehr Opfer in der Folgezeit starben, ohne entschädigt worden zu sein, desto

---

<sup>17</sup> Vgl. FN 1, S. 55. Finkelstein zitiert den belgischen Jean-Michel Chaumont, Autor des Buches „Die Konkurrenz der Opfer: Genozid, Identität und Anerkennung“.

<sup>18</sup> Dieses Interview ist anstelle eines Nachwortes abgedruckt in „Die Holocaust-Industrie“, S.171-181, und wurde im September 2000 in mehreren Tageszeitungen veröffentlicht.

<sup>19</sup> Vgl. a. a. O., S. 171

mehr Geld hätten die jüdischen Organisationen für sich einbehalten.

Keine jüdische Organisation half den Finkelsteins, weder mit der Vergangenheit klarzukommen, noch ausreichend in finanzieller Hinsicht. Seine Mutter blieb mit ihrer Melancholie und ihren Erzählungen über den Holocaust allein, der Vater hatte noch immer die für Konzentrationslagerinsassen typische Nummer eintätowiert.<sup>20</sup>

Finkelstein, immer mit diesem unwirklichen Trauma seiner Eltern konfrontiert, hat es scheinbar übernommen und wird es nicht los. Die Verbitterung seiner Eltern hat sich auf ihn übertragen. Dies ist eine Erklärung für seine verschwörungstheoretischen Ansichten. Eine weitere kommt jedoch hinzu. So ist Finkelstein eng mit seinem Mentor Noam Chomsky verbunden, einem linken Antizionisten und Kritiker des US-Imperialismus. Sichtweisen Chomskys haben sich auf Finkelstein übertragen. Er treibt diese weiter voran und teilweise auf die Spitze. So verwehrt Finkelstein Israel praktisch die Existenzberechtigung<sup>21</sup> und setzte sich während der Intifada für die Palästinenser ein. Auch vergleicht er das Schicksal der Palästinenser mit dem der Juden. Für viele Juden diskreditiert sich Finkelstein schon allein dadurch, seine Ansicht ist für sie inakzeptabel. Auch in „Die Holocaust-Industrie“ nimmt Finkelstein am Rande Bezug auf das Schicksal der Palästinenser und tritt direkt oder indirekt als deren Fürsprecher auf<sup>22</sup>. Finkelstein

---

<sup>20</sup> Vgl. ebenda, S. 172

<sup>21</sup> Siehe dazu: Online im Internet: URL: [http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle\\_world/2001/08/07a.htm](http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/2001/08/07a.htm) (Stand: 30. Januar 2002). Homepage der „Jungle World“. Finkelstein, Chomsky und ca. 600 weitere Unterzeichner hatten in einem Aufruf an die israelische Regierung die vollständige und bedingungslose Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete sowie die Rückkehr und Entschädigung aller palästinensischen Flüchtlinge verlangt.

<sup>22</sup> Vgl. FN 1, S.47, 70, 140, 143 beispielhaft



steht somit diametral zu der Auffassung der jüdischen Eliten und weiter Teile der jüdischen Bevölkerung Amerikas. Schon mit seinem Angriff auf Goldhagen<sup>23</sup>, welcher in Amerika sehr populär und angesehen ist, hatte sich Finkelstein viele kritische und schmähende Kommentare eingehandelt.

Sowohl in der jüdischen Gemeinde als auch in der amerikanischen Gesellschaft ist Finkelstein ein Außenseiter. Da ein politisch und ideologisch so radikaler Professor wie Finkelstein im übrigen schwieriger eine Anstellung findet, liegt das Gehalt für seine Lehrtätigkeit nicht viel höher als der amerikanische Sozialhilfesatz. Teilweise kann man jedoch den Eindruck gewinnen, als gefalle sich Finkelstein in der Außenseiterrolle des Jüdischen Dissidenten, der im Judentum keine Heimstatt gefunden hat. In seinen Rundumschlägen, scheinbar nach dem Motto: „In der Übertreibung liegt die Veranschaulichung“, attackiert Finkelstein auf manchmal groteske Art alles, was seiner Meinung nach das Andenken an den Holocaust ad absurdum führt. So greift Finkelstein Rabbi Marvin Hier, den Präsidenten des Simon-Wiesenthal-Zentrums, in einer für ihn symptomatischen Art und Weise an:

*„Gemeinsam mit Sohn und Ehefrau betreibt Hier das Simon-Wiesenthal-Zentrum als Familienbetrieb; 1992 bezogen die Hiers 520 000 Dollar an Gehältern. Das Zentrum ist bekannt für die ‚Dachau-meets-Disneyland‘-Ausstellungen seines Museums und ‚den erfolgreichen Einsatz sensationsträchtiger Schockverfahren bei der Spendenbeschaffung.‘“<sup>24</sup>*

Ebenfalls greift Finkelstein alle möglichen Funktionäre jüdischer Organisationen an, und auch Holocaust-Buchautoren

---

<sup>23</sup> Vgl. FN 7: Finkelstein attackierte Goldhagens Buch, in dem dieser die These einer möglichen alleinigen Kollektivschuld der Deutschen am Holocaust vertreten hatte. Auch durch die schmähenden Äußerungen in seinem Buch lässt Finkelstein eine Art Intimfeindschaft in Bezug auf Goldhagen erkennen.

<sup>24</sup> Vgl. FN 1, S. 97

zählen zu seinen bevorzugten „Objekten“. Egal ob Literaten wie Goldhagen oder Wiesel, die nach Finkelsteins Auffassung im Kartell der Holocaust-Industrie mitspielen, oder Funktionäre wie Singer, Eizenstat, Bronfman, D'Amato, Steinberg, Eagleburger, Kagan oder Hevesi, die jüdischen Organisationen nahe stehen oder ihnen angehören; sie alle attackiert Finkelstein auf zutiefst denunziatorische Art. Sie profitieren seiner Meinung nach alle auf unberechtigte und überzogene Weise vom Holocaust. Finkelstein sieht darin eine Art von Dekadenz: seine Mutter litt an der Erinnerung an den Holocaust und wurde so gut wie nicht entschädigt, während sich heute Funktionäre am „Holocash“ bereichern würden.

### **Stellungnahme der Jewish Claims Conference**

Von jüdischer Seite blieben die Vorwürfe Finkelsteins nicht unbeantwortet. In einer Stellungnahme des Direktors der JCC, Dr. Karl Brozik, wurden die Anschuldigungen vollständig zurückgewiesen.

Leider läßt die JCC in ihrer Erwiderung fundierte Aussagen vermissen. Vielmehr werden die Ausführungen Finkelsteins pauschal als falsch zurückgewiesen, der Gegenbeweis wird in nur unzureichender Weise angetreten, obwohl dies durchaus möglich gewesen wäre. So führt Brozik als Argument an, daß die JCC von der Bundesrepublik Deutschland bis zur Errichtung der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“<sup>25</sup>

---

<sup>25</sup> Vgl. Online im Internet: [URL:http://www.stiftung-evz.de/doku/-stiftungsgesetz/gesetz\\_de.html](http://www.stiftung-evz.de/doku/-stiftungsgesetz/gesetz_de.html) (Stand: 30. Januar 2002). Es handelt sich um das Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, welches am 12. August 2000 in Kraft trat. Stifter der Initiative sind die darin zusammengeschlossenen Unternehmen und der Bund. In Anerkennung des Leides, welches der nationalsozialistische Staat Zwangs- und Sklavenarbeitern durch Verschleppung, Inhaftierung und Ausbeutung bis hin zur Vernichtung zugefügt hat, zahlen die zusam-

noch keine Zahlungen erhalten habe, die zur individuellen Entschädigung des Gros der Zwangsarbeiter vorgesehen gewesen wären. Gerade das Abkommen zwischen Deutschland und Israel vom 10. September 1952 hätte eine Individualentschädigung nicht beinhaltet.

Die JCC habe Gelder ebenfalls nicht, wie von Finkelstein behauptet, zu anderen Zwecken verwendet als zu denen, die vertraglich bestimmt gewesen seien. Laut Brozik gebe es jährliche Berichte an die Bundesregierung Deutschland sowie lückenlose Verwendungsnachweise über den Einsatz der Mittel. Verwendungszwecke seien laut Brozik im übrigen durch die JCC nicht neu definiert worden.

Ein weiterer zentraler Vorwurf Finkelsteins wird von Brozik ebenfalls bestritten: So seien die Zahlen der noch lebenden jüdischen Zwangsarbeiter auf Grund von Berechnungen ausgewiesener Experten der Holocaust-Forschung und Historiker festgelegt worden. Da die Daten auf den zuverlässigsten und

---

mengeschlossenen deutschen Unternehmen und der Bund jeweils fünf Milliarden Mark ein. Die Stiftung hat den Zweck, über Partnerorganisationen ehemaligen Zwangsarbeitern und weiteren Anspruchsberechtigten Leistungen bereitzustellen. Die Gewährung und Auszahlung der Leistungen erfolgt einzig durch die Partnerorganisationen. Sie sind dabei angehalten, mit geeigneten Verfolgtenverbänden sowie örtlichen Organisationen zusammenzuarbeiten. Die Begründer der Initiative wollen so der historischen Verantwortung Rechnung tragen, obwohl sich die Beteiligten bewußt sind, mit finanziellen Entschädigungen menschliches Leid nicht wiedergutmachen zu können. Die JCC erhält als zuständige Partnerorganisation 1,812 Milliarden Mark, die an jüdische Berechtigte gehen sollen, soweit diese nicht bereits durch die Partnerorganisationen der Stiftung in den Heimatländern erfaßt worden sind. Darüber hinaus erhält die JCC weitere Mittel in dreistelliger Millionenhöhe, um damit beispielsweise soziale Zwecke zugunsten von Holocaust-Überlebenden zu finanzieren.

besten verfügbaren Quellen beruhen würden, habe es auch keine Manipulationen oder zu hoch angesetzte Zahlen gegeben. Brozik läßt dennoch eine Nennung von Namen der beauftragten Experten vermissen.<sup>26</sup> In einem Interview mit der Berliner Zeitung im April 2000<sup>27</sup> führt Brozik an, daß die Zahl der Überlebenden eher zu gering als zu hoch angesetzt worden sei. Brozik zweifelt die Angaben der renommierten Holocaust-Experten Henry Friedlaender und Raul Hilberg<sup>28</sup> an, die geringere Überlebendenzahlen als die JCC angeben. Nach Brozik komme es schon bei der Begriffseinengung zu unterschiedlichen Definitionen. So seien beispielsweise Flüchtlinge durch diese Historiker nicht berücksichtigt worden, ebenso wenig die verschiedenen Kurzzeit-Insassen und Überlebenden der Ghettos und kleineren Konzentrationslager.

Daß die JCC die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten eher extensiv auslegt und damit im Widerspruch zu einigen angesehenen Historikern steht, ist wohl kaum zu bestreiten. Auch auf der deutschen Seite war man sich im Zuge der Entschädigungsverhandlungen nicht immer einig, wie man die Angaben der JCC zu bewerten hatte. Man entschied sich jedoch, auf ein gegenseitiges Vorrechnen von Zahlenmaterial zu ver-

---

<sup>26</sup> Vgl. Online im Internet: [URL: http://www.berlinonline.de/wissen/-berliner\\_zeitung/archiv/2000/0201/politik/0013/index.html](http://www.berlinonline.de/wissen/-berliner_zeitung/archiv/2000/0201/politik/0013/index.html)

(Stand: 30. Januar 2002). Es handelt sich um die Gegendarstellung der JCC durch ihren Direktor Dr. Karl Brozik in der „Berliner Zeitung“.

<sup>27</sup> Vgl. Online im Internet: [URL: http://www.berlinonline.de/wissen/-berliner\\_zeitung/archiv/2000/0401/magazin/0001/index.html](http://www.berlinonline.de/wissen/-berliner_zeitung/archiv/2000/0401/magazin/0001/index.html)

(Stand: 30. Januar 2002). Interview mit Dr. Karl Brozik zu den Vorwürfen Norman G. Finkelsteins in der „Berliner Zeitung“.

<sup>28</sup> Raul Hilberg gilt als sehr renommierter Autor. Eines seiner Bücher gilt als Standardwerk der Holocaust-Forschung: HILBERG, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, Fischer-Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, 1999

zichten und im Sinne von Opfern und Hinterbliebenen zu einer schnellen Entscheidung zu gelangen.

In diesem Zusammenhang ist jedoch auch die Verbitterung einiger Überlebender zu sehen, die sich durch die JCC nicht vertreten fühlen. Sie sind der Meinung, daß die JCC Auszahlungen an Opfer weiterhin hinauszögere.

## **Die Wertung der Historiker**

Unter angesehenen Historikern stieß Finkelstein mit seinem Werk auf eine eher ablehnende Haltung. Überwiegend machte man ihm seine Polemik zum Vorwurf, mit der er seinen Thesen Ausdruck verlieh. Ebenfalls vertrat man die Ansicht, daß Finkelstein mit seiner einseitigen und signifikant ungenauen Argumentation anti-semitische Ressentiments schüre, sowie durch sein unwissenschaftliches Herangehen an den gesamten Sachverhalt eine verzerrte und größtenteils unzutreffende Sichtweise darlege. Anerkannt wurde hingegen, daß Finkelstein in einigen Punkten zumindest einen gewissen Denkansatz geliefert habe. Finkelsteins Argumente seien allerdings schon längst bekannt gewesen, und der Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehruniversität in München, Michael Wolfssohn, schreibt hierzu:

*„Ja, manche Juden (ebenso wie Nichtjuden!) lassen sich den Holocaust versilbern. Das ist weder schön noch moralisch, aber neu ist es nicht.“<sup>29</sup>*

Auch der Professor für Neuere Geschichte an der TU Berlin, Reinhard Rürup, formuliert einen ähnlichen Gedanken:

*„Vieles von dem, was Finkelstein schreibt, ist nicht neu, sondern von so unterschiedlichen Autoren wie Raul Hilberg, Ismar Schorsch und vor allem Peter Novick (1999) formuliert*

---

<sup>29</sup> „Focus“ vom 25.09.2000

*worden. Neu ist dagegen die Radikalität, mit der die kritischen Ansätze gebündelt werden, (...).*<sup>30</sup>

Genau diese Radikalität ist es, zusammen mit schweren und teilweise kaum haltbaren Vorwürfen, die Finkelsteins Werk in den Augen anerkannter Historiker für eine fundierte Diskussion als überwiegend ungeeignet erscheinen läßt. Zu Recht verweist Rürup auf andere Autoren, die sich mit einer ähnlichen Problematik auseinandergesetzt hätten, auf pauschales „gut und böse“ Denken und harsche Polemik jedoch verzichteten. Besonders der jüdisch-amerikanische Professor für Geschichte an der Universität Chicago, Peter Novick, ist hier hervorzuheben. Im ersten Kapitel von „Die Holocaust-Industrie“ bezieht sich Finkelstein immer wieder gerade auf dessen Buch „Nach dem Holocaust“<sup>31</sup>. Darin befaßt sich Novick ebenfalls kritisch mit der Nutzung des Holocaust zu politischen und ideologischen Zwecken, verzichtet im Gegensatz zu Finkelstein jedoch auf Diffamierungen und Polemik und versucht stattdessen durch eine relativ klare und objektive Argumentation die Problematik von mehreren Seiten zu erhellen. Finkelstein nutzte teilweise Ausführungen Novicks, um aufbauend an diese anzuknüpfen. Oft kam er jedoch zu anderen Schlußfolgerungen und zu schärferen Konsequenzen aus seinen eigenen fortführenden Überlegungen. So warf Finkelstein Novick dann auch konsequenterweise eine für einen Intellektuellen zu ausdruckschwache und entpolitisierte Analyse und Sprache vor.<sup>32</sup> Zu „Die Holocaust-Industrie“ äußerte sich wiederum Novick u. a. wie folgt:

*„Keine von Finkelstein behauptete Tatsache ist unbesehen als Tatsache, kein Zitat unbesehen als korrekt anzunehmen.“*

---

<sup>30</sup> „DIE ZEIT“ vom 17.08.2000

<sup>31</sup> NOVICK, Peter: Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart / München, 2001

<sup>32</sup> Vgl. FN 1, S. 11

*Und einige Sätze weiter: „Ich hätte nie geglaubt, daß es in Deutschland (außer in der verächtlichen Randzone) Menschen gibt, die diesen Neuaufguß der Protokolle der Weisen von Zion<sup>33</sup> (Hervorhebung durch den Autor im Original, Anm. des Verfassers) ernst nehmen.“<sup>34</sup>*

Peter Steinbach, Professor für historische Politikgrundlagen an der FU Berlin, kommt nach der Auseinandersetzung mit Finkelsteins Werk zu dem Schluß, daß Erinnerung möglicherweise „funktionalisiert“ werde, stellt jedoch die Frage:

*„Aber darf dies dazu führen, verschwörungstheoretisch Sprecher der amerikanischen Juden als Angehörige eines Selbstbedienungsladen zu bezeichnen oder gar von einem ‚Raubzug‘ jüdischer Verbandsvertreter gegen die Deutschen zu sprechen? Nein, das ist unter aller Kritik.“<sup>35</sup>*

Und schließlich verweist auch der US-amerikanische Militärhistoriker Omer Bartov auf die eklatanten Schwächen von „Die Holocaust-Industrie“. Er beschreibt nicht zu Unrecht vorhandene Widersprüche, Gleichgültigkeit gegenüber historischen Fakten und zweifelhaft hergestellte Zusammenhänge. Zum Autor Finkelstein meint Bartov abschließend:

---

<sup>33</sup> „Die Protokolle der Weisen von Zion“ sollen um die Jahrhundertwende in Rußland entstanden sein. Sie enthalten 24 Abschnitte, in denen ein Plan zur Erringung der Weltherrschaft durch die Juden beschrieben wird. Die Geschichtsforschung geht heute davon aus, daß es sich bei diesen Schriftstücken um eine Fälschung durch Agenten des damaligen zaristischen russischen Geheimdienstes „Ochrana“ handelt mit dem Ziel, Juden mit dem Vorwurf einer „Weltverschwörung“ in Mißkredit zu bringen. Vgl. Online im Internet: URL: <http://www.verfassungsschutz.de/renetz/rechts1a/page32.html> (Stand: 30. Januar 2002).

<sup>34</sup> „Süddeutsche Zeitung“ vom 06.02.2001

<sup>35</sup> „Der Tagesspiegel“ vom 10.02.2001

„Von Finkelstein aber kann man jetzt sagen, daß er seine eigene Holocaust-Industrie begründet hat.“<sup>36</sup>

## **Die „Finkelstein-Debatte“ aus Sicht der rechtsextremistischen Publikationsorgane**

### **„JUNGE FREIHEIT“**

#### **Überblick**

Als Sprachrohr der „*Konservativen Revolution*“ sieht sich die Zeitung „Junge Freiheit“ (JF).<sup>37</sup> Verfassungsschutzrelevant ist die JF durch ihre Nähe zur „Neuen Rechten“, der sie ein Forum zur Verbreitung ihrer Denksätze und Ideologie bietet („Neue Rechte“ bezeichnet heute häufig stellvertretend „ein politisches Brückenspektrum zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“<sup>38</sup>. Diese Definition ist umstritten, Anm. des Verfassers). Die wöchentlich mit einer Auflage von ca. 10000 Exemplaren erscheinende JF findet Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und wird im Bundesamt für Verfassungsschutz als Prüffall bearbeitet. In den Bundesländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ist die JF dagegen als Beobachtungsobjekt eingestuft. Kernmerkmal der JF ist es, Grenzen zwischen demokratischen und rechtsext-

---

<sup>36</sup> „Konkret“, Ausgabe 10/2000, S.54-55. Nachdruck und Übersetzung eines Originalbeitrages der „New York Times“ vom 06.08.2000

<sup>37</sup> Vgl. PFAHL-TRAUGHBER, Armin: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bouvier, Bonn, 1993, S.129

<sup>38</sup> Vgl. BEHÖRDE FÜR INNERES DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG, LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ (Hrsg.): Rechtsextremismus in Stichworten, Hamburg, 2001, S. 91



remistischen Aussagen und Sichtweisen zu verwischen, um somit extremistisches Gedankengut im Spektrum der üblichen Meinungsbildung etablieren zu können. Dabei ist es typisch für die JF, daß sowohl rechts-extremistische Autoren und Interviewpartner als auch etablierte Politiker sowie sonstige angesehene Personen des öffentlichen Lebens zu Wort kommen. Die Vorgehensweise gegenüber Interviewpartnern der JF ist jedoch sehr unterschiedlich. So scheinen die das Gespräch führenden Redakteure im Interview mit Rechtsextremisten bloße „Stichwortgeber“ zu sein, deren Ausführungen werden kaum kritisch erfaßt bzw. oft mit Zustimmung bedacht. Bei Gesprächspartnern, die konträre Ansichten zu denen der JF beziehen, ergibt sich ein umgekehrtes Bild: gegen deren Äußerungen werden verschiedene Einwände vorgebracht und es wird versucht, bestimmte Standpunkte in Zweifel zu ziehen.

### **Wiedergabe der „Finkelstein-Debatte“**

Im Zuge der Auseinandersetzung mit Finkelsteins „Holocaust-Industrie“ wurden dessen Thesen in Deutschland breit thematisiert. Finkelstein war durch die Diskussion um Goldhagens Werk „Hitlers willige Vollstrecker“ ohnehin kein Unbekannter mehr. Die JF kommentierte im Februar 2000, Ausgabe 6, ein von der Berliner Zeitung durchgeführtes Interview mit Finkelstein. Finkelstein wurde vom Autor Denes in den „wissenschaftlichen Historikerraum“ gerückt und weiterhin verdeutlicht, daß dieser mit seiner Sichtweise nicht alleine stehe. In der Ausgabe 7/2000 wird Finkelstein vom JF-Autor Alexander Schmidt als „entschlossener Tabubrecher“ bezeichnet. Schmidt nennt es ein „*peinliches Unterfangen*“, würden deutsche Journalisten versuchen, an der „*wissenschaftlich-moralischen Integrität*“ Finkelsteins zu zweifeln. Auch ist er der Hoffnung, daß das Buch „*einen namhaften Deutschen Verleger*“ finde, um es so einer breiten Leserschicht zugänglich zu machen. Nachdem „Die Holocaust-Industrie“ in den USA erschienen war, folgte Ende Juli 2000, Ausgabe 32 der JF, ein weiterer Beitrag von Ivan Denes. Unter dem Titel „*Der Milliar-*

denpoker“ bescheinigt Denes Finkelstein, daß er den Beweis geliefert habe,

*„daß die Claims Conference (Conference for Claims against Germany) bei den Verhandlungen über die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter (und ‚Sklavenarbeiter‘) mit falschen Zahlen operiert“.*

Ebenfalls ist von „wissenschaftlicher Akribie“ die Rede, mit der Finkelstein das Thema weiterentwickelt habe. Auch belege er jede seiner Behauptungen mit ausführlichen Zitaten und Fakten. Finkelsteins Attacken auf die wichtigsten jüdischen Funktionäre und deren Bezahlung werden von Denes zustimmend kommentiert, auch übernimmt er die von Finkelstein aufgeführten Zahlen über Gehälter der „professionellen Holocauster“<sup>39</sup>. Auch geht er mit Finkelsteins Verneinung der Singularität des Holocaust konform. Hier spricht Denes von „Zonen, die nach deutschem Recht strafrechtlich sind“<sup>40</sup>. Volle Übereinstimmung zeigt Denes demzufolge mit folgender Aussage Finkelsteins:

*„Die Abnormalität des Nazi-Holocausts entstammt nicht dem eigentlichen Ereignis als vielmehr aus der ausbeutenden Industrie, die rings um ihn erwachsen ist. Die Holocaust-Industrie war schon von jeher bankrott. Was übrig bleibt, ist, dies offen zu erklären.“<sup>41</sup>*

Im September 2000, Ausgabe 37 der JF, meldet sich Peter Sichrovsky unter dem Titel „Zweifelhafte Elite“ zur Debatte um Finkelstein zu Wort. Sichrovsky vermittelt den Eindruck, als solle eine Veröffentlichung von „Die Holocaust-Industrie“ in

---

<sup>39</sup> Denes verwendet diese Bezeichnung für jüdische Funktionäre wie Saul Kagan oder den Literaten Elie Wiesel.

<sup>40</sup> Denes meint offensichtlich eine Verharmlosung des Holocaust nach §130 StGB („Volksverhetzung“).

<sup>41</sup> Vgl. hierzu: FINKELSTEIN, Norman G.: „Die Holocaust – Industrie“, Piper Verlag, München/ Zürich, S. 153

Deutschland verhindert werden. Dazu führt er z.B. eine Aussage Salomon Korn<sup>42</sup> an: *“Wäre dieses Buch inhaltlich diskutabel, dann hätte ich gegen eine Veröffentlichung keine Bedenken!”*

Auch werde plötzlich die Frage diskutiert, ob Finkelsteins Buch *„den Deutschen überhaupt zumutbar sei“*. Ebenfalls spricht Sichrovsky von der *„Antisemitismus-Keule“*, die man gegen Finkelstein schwingen würde, obwohl dieser selbst Jude sei. Als im Februar 2001 *„Die Holocaust – Industrie“* auch im deutschen Buchhandel erhältlich war, folgte ein Beitrag des Chefredakteurs Dieter Stein und ein Meinungsbeitrag von Hans-Jörg von Jena<sup>43</sup> in der JF.<sup>44</sup> Beide beziehen sich in ihren Ausführungen auf die Podiumsdiskussion in der Berliner Urania<sup>45</sup>. Stein plädiert für mehr Offenheit beim Umgang mit dem von Finkelstein aufgeworfenen Thema. So ist eine von Steins Aussagen: *„Die Geschichte geht weiter und die Deutschen haben nicht nur eine Vergangenheit, sondern auch eine Zukunft.“* Dabei spricht er von einem *„Beitrag zur Entmystifizierung und Enttabuisierung“*, den das Buch bei der *„Debatte um die Rolle der jüdischen Dachorganisationen und deren mutmaßlichen Machtmißbrauch“* leiste. Stein ist weiterhin der Meinung, dem *„Antisemitismus und dessen philosemitisch kostümiertem Zwillingsbruder“* den Boden zu entziehen, in dem das *„Thema*

---

<sup>42</sup> Salomon Korn ist der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland.

<sup>43</sup> Hans-Jörg von Jena verstarb am 25.12.2001.

<sup>44</sup> *„Junge Freiheit“* Nr. 08/2001

<sup>45</sup> Für den ersten Verkaufstag des Buches in Deutschland hatte der Piper Verlag zu einer Podiumsdiskussion mit Finkelstein in der Berliner *„Urania“* eingeladen, zu der neben mehreren hundert Gästen auch prominente Mitdiskutanten, wie z.B. der deutsch-jüdische Publizist Rafael Seligmann, der Schriftsteller Sten Nadolny und der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Prof. Peter Steinbach gekommen waren.

*der Entschädigungszahlen kräftig durchlüftet und transparent gemacht wird.*“ Daß Finkelsteins Buch hingegen Wasser auf die Mühlen von Antisemiten sei bestreitet Stein, und behauptet, daß das Gegenteil zutreffen würde.

Der Meinungsbeitrag von Jena geht in eine ähnliche Richtung. Für ihn ist Finkelstein *„kein geschmeidiger Mitspieler der Spaßgesellschaft, kein Klettermaxe auf akademischen Karriereleitern.“* Finkelstein *„suche den Dingen auf den Grund zu gehen“* und würde nicht *„ins Horn politisch korrekter Vorurteile (...) stoßen“*. Nicht unerwähnt bleibt auch, daß der Piper Verlag einigen Druck gegen die Veröffentlichung des Buches in Deutschland hätte aushalten müssen. Daß der Holocaust dazu diene, *„andere Staaten zu schröpfen, die Opfer zu prellen“*, damit stimmt von Jena offensichtlich vollends überein. Daß die *„Wiedergutmachung“* (für von Jena ein Spottwort) in den fünfziger Jahren für Bundeskanzler Adenauer nicht aus Schuldbewußtsein, für viele andere jedoch aus Ehrenpflicht den Juden zugebilligt wurde, nimmt von Jena zum Anlaß zu fragen, ob sie nicht genau darum allmählich zu Ende sein müßte.

Zu den Ausführungen Prof. Steinbachs meint von Jena, dieser halte *„hartnäckig an der ‚Volkserziehung‘ fest“*. Dem gegenüber habe sich der Schriftsteller Sten Nadolny nicht von *„aufgeregter Pseudo-Erinnerung, die Schuldgefühle zu verewigen trachtet, überschwemmen lassen.“*

## **Schürung antisemitischer Ressentiments**

Es stellt sich nun die Frage, inwieweit die Autoren mit ihren Beiträgen in der JF die *„Finkelstein-Debatte“* für ihre Zwecke instrumentalisiert haben. Als erstes fällt dabei auf, daß die Autoren der JF Finkelstein als *„Tabubrecher“* feiern oder seine Thesen im Gegensatz zu angesehenen Historikern zumindest für überaus diskutabel erachten. Da Finkelstein Jude sei, könne seine Kritik gegen jüdische Organisationen nicht als antisemitisch gewertet werden. Aus diesem Grund misst die JF ihr scheinbar besondere Bedeutung zu. Hierbei ist zu bemerken,

daß sich die Autoren hinter diesem Argument bestens verstecken können, um Finkelsteins stereotype Ressentiments gegen die jüdischen Organisationen, allen voran die JCC, zu wiederholen. Finkelstein wird zum Kronzeugen der JF, wenn es darum geht, die Entschädigungspraxis in Frage zu stellen und jüdische Führungspersönlichkeiten anzugreifen. So spricht Schmidt von der „*Schlacht um die Zwangsarbeiterentschädigung*“ und greift Finkelsteins Argumentation auf,

*„daß die JCC jetzt mit krass nach oben manipulierten Zahlen den Kreis Anspruchsberechtigter ausweite, um so astronomisch hohe Beträge zu erpressen, die erneut in eigenen oder den Kassen ihrer Krokodilsanwälte verschwinden würden.“*

Auch ist besonders JF-Autor Ivan Denes und sein dezidiertes Hervorheben der „*professionellen Holocauster*“ mitsamt ihrer jährlichen Saläre, die er nacheinander komplett auflistet, hervorzuheben. Schmidt und Denes zeichnen das Bild der habgierigen und materiell geleiteten Juden und schüren damit typische Vorurteile gegen diese. Auch übernahm Denes (der selbst jüdischer Abstammung ist, Anm. des Verfassers) vorwiegend unkommentiert Aussagen Finkelsteins, so z.B. die der zu hoch angesetzten Überlebendenzahlen und der Wiederbelebung der Erinnerung an den Holocaust, um Kritik von Juden und vom Staate Israel abzuwenden. Dabei erwähnte Denes am Rande den „*notorischen*“ Daniel Goldhagen und den „*unvermeidlichen*“ Michel Friedman. Finkelsteins These, daß „*die Abnormalität des Naziholocaust nicht dem eigentlichen Ereignis entstamme als vielmehr aus der ausbeutenden Industrie, die rings um ihn erwachsen ist*“, wird von der JF uneingeschränkt mitgetragen. So erinnert dann auch von Jena daran,

*„daß es in Israel einen ehrenwert-unpraktischen Aufruhr gegen deutsches Blutgeld gab zu einem Zeitpunkt, da Zahlungen an den Überlebenden-Staat weit berechtigter waren, als sie es heute an gut organisierte jüdische Lobbys in den USA sein können.“*

Mit diesen Statements macht sich die JF zweifelsohne auch Finkelsteins Verschwörungstheorie gegen die zionistische Lobby zu eigen, die in den Regierungskreisen der USA die Geschicke lenke. Hierbei handelt es sich sowohl um ein typische „linke“ Vorstellung als auch ein rechtsextremistisches Dogma von der alles an sich reißenden, jüdisch-amerikanischen Weltverschwörung, welches in der JF vertreten wird.

## **Verunglimpfung des Rechtsstaats**

Schon im Vorfeld des Erscheinens von „Die Holocaust-Industrie“ in Deutschland hatte Peter Sichrovsky einen Frontalangriff gegen alle gestartet, die angeblich versucht hätten, eine Veröffentlichung zu verhindern:

*„Eine selbsternannte Elite möchte entscheiden, was die Deutschen lesen dürfen oder nicht und was sie gefährdet. Diese Ebene der versuchten Einschüchterung ist besonders erschreckend und erinnert, wie weit Deutschland von einer funktionierenden demokratischen Stabilität noch entfernt ist.“*

Und weiter:

*„Diese typische deutsche Überheblichkeit der ‚Intelligenz‘ gegen die ‚Dummen‘ dort unten am Stammtisch ist einer der schrecklichsten deutschen Fehler in der demokratischen Entwicklung dieses Landes.“<sup>46</sup>*

Finkelsteins Person werde laut Denes ebenfalls durch die „politisch korrekte Presse“ verunglimpft. Besonders Sichrovsky zieht mit seinen Ausführungen die deutsche Demokratie in Zweifel. Er greift damit eine rechtsextremistische Position auf, die vor allem der Staatsführung Deutschlands und der dazugehörigen opportunistischen Presse vorhält, eine Bevormundung und Quasi-Zensur zu betreiben, d.h. die Mei-

---

<sup>46</sup> Vgl. „Junge Freiheit“ Nr. 37/2000

nungsfreiheit unrechtmäßig zu unterdrücken, und somit demokratischer Legitimation zu entbehren.

## Revisionistische Ansätze

Finkelsteins Buch wird weiterhin als Beitrag zur „Normalisierung“ der Diskussion um den Holocaust gelobt. Dies verwundert kaum, ist es doch ebenfalls Ziel der „Neuen Rechten“, negativ besetzte Themenfelder wie den Holocaust im Rahmen von meist pseudo-wissenschaftlichen Diskussionen zu enttabuisieren und somit für eine zumindest in Teilbereichen revisionistische Betrachtungsweise<sup>47</sup> der Zeit des Nationalsozialismus einzutreten. So ist verständlich, daß Stein die Meinung vertritt, daß die Geschichte weitergehe und von Jena Forderungen nach einem Ende der Wiedergutmachungen anklingen läßt. Dabei wird der Völkermord an den Juden in keiner Weise verneint. Dies betont z.B. Chefredakteur Stein. Und auch in den Positionen der anderen Autoren kann von Holocaustleugnung keine Rede sein. Vielmehr wird Finkelsteins Verneinung der Singularität des Holocaust aufgegriffen und instrumentalisiert. Hier wird ebenfalls die revisionistische Sichtweise einiger JF-Autoren deutlich, die im Holocaust zwar, wie Dieter Stein, ein „schändliches Verbrechen“<sup>48</sup> sehen, es aber als Herausforderung erachten, „den Nazi-Holocaust als rationales Objekt der Forschung wieder in den Raum zu stellen.“<sup>49</sup> Daß die Vergleiche Finkelsteins, er vergleicht z.B. die fast vollständige Ausrottung der Indianer mit dem Holocaust, die Naziverbrechen verkleinern könnten, verneint z.B. von Jena. Seine Meinung hierzu:

---

<sup>47</sup> Vgl. FN 1, S. 140

<sup>48</sup> Vgl. FN 44

<sup>49</sup> Vgl. „Junge Freiheit“ Nr. 31-32/2001. Denes zitiert Finkelstein und stimmt ihm ausdrücklich zu.

*„Der Versuch allerdings, zu durchsichtigen Zwecken ihre Historisierung zu verhindern, ist nicht bloß zum Scheitern verurteilt, er kann auch noch immer zu ungueter Verdrängung beitragen.“*

Damit wird hier die „Finkelstein-Debatte“ dazu benutzt, den Holocaust in seiner Bedeutung als einzigartiges Ereignis, bei dem erstmals die massenhafte und maschinelle Ermordung einer ethnischen Gruppe stattfand, herabzuqualifizieren und zu verharmlosen. Wie die Opfer und ihre Nachkommen zu einer sogenannten „Historisierung“ des Holocaust stehen, wird in der JF dagegen nicht einmal ansatzweise problematisiert.

### **Unzutreffende Darstellung**

Gerade Denes, als auch von Jena, betonen weiterhin mehrfach die *„wissenschaftliche Akribie“* und die *„Zahlen und Fakten“*, mit denen Finkelstein in seinem Buch auftrumpfe. Von Jena hält Finkelstein zugute, daß er *„minutiös“* nachweise, daß Hauptnutznießer der Entschädigung mächtige jüdische Organisationen seien. So meint von Jena: *„Finkelsteins Aufrichtigkeit, die im übrigen mit Namen und Zahlen nicht geizt, wirkt da befreiend.“* Ein kritisches Hinterfragen des Vorgegebenen findet praktisch nicht statt. Auch bleibt unerwähnt, daß es sich gar nicht um eine sorgfältig mit Belegen untermauerte und wissenschaftlich geschriebene Abhandlung handelt, sondern um eine ganz persönliche und überaus polemische Anklage. Dies belegt auch folgende von Finkelstein selbst getroffene Aussage:

*„Ich habe die Polemik gewählt, weil ich einige Alarmglocken schrillen lassen wollte. Eine wissenschaftliche Abhandlung erschien mir nicht angemessen, denn ich wollte meine*



*Wut ausdrücken, und dazu gehört ein persönlicher Ton, (...).*<sup>50</sup>

Belege, die nicht in das von der JF vertretene Bild passen, werden somit vollkommen unterschlagen und sind Beweis für eine einseitige Darstellung. Symptomatisch für eine rechtsextremistische Tendenz ist auch eine „Terminologie“ der *„Volks-erziehung“* und *„aufgeregter Pseudo-Erinnerung, die Schuld-gefühle zu verewigen trachtet“*<sup>51</sup>. Damit wird unmißverständlich eine übertriebene Vergangenheitserinnerung und –bewältigung unterstellt, die im übrigen abgelehnt wird. Auch hier wird wiederum ein reversionistischer Ansatz in der Sichtweise deutlich.

Trotz aller Beteuerungen in der JF, Finkelsteins Buch würde den Antisemitismus nicht fördern, sondern in der entgegengesetzten Richtung wirken, ist unzweifelhaft das Gegenteil der Fall. Die *„Junge Freiheit“*, die im Zuge der *„Finkelstein-Debatte“* dezidiert antisemitische Ressentiments vertritt, ist selbst das beste Beispiel dafür.

## **„STAATSBRIEFE“**

Als *„den Sammelpunkt für Selbstdenker“* bezeichnet der rechtsextremistische Herausgeber Dr. Hans-Dietrich Sander sein Theorieorgan *„Staatsbriefe“*.<sup>52</sup> Die *„Staatsbriefe“* erscheinen seit 1990 monatlich im *„Castel del Monte-Verlag“*. Die Auflage ist dabei stetig zurückgegangen und beträgt inzwischen nur noch rund 900 Stück.

---

<sup>50</sup> *„Hannoversche Allgemeine Zeitung“* Nr. 204 vom 01.09.2000. Interview von Elke Biesel

<sup>51</sup> Vgl. FN 44

<sup>52</sup> Vgl. Online im Internet: URL: <http://www.staatsbriefe.de/start.htm> (Stand: 30. Januar 2002)

*Das „Ziel der ‚Staatsbriefe‘ ist eine Wiederbelebung der mittelalterlichen Reichsidee der deutschen Staufer mit einer ständischen und hierarchischen Staatsordnung.“<sup>53</sup>*

Die „Staatsbriefe“ finden in den Verfassungsschutzberichten der Länder und des Bundes regelmäßige Erwähnung. „Staatsbriefe“ bot über mehrere Jahre hinweg verschiedenen rechts-extremistischen Autoren eine Artikulationsplattform, so zum Beispiel unter anderem Dr. Reinhold Oberlercher und Horst Mahler. Nachdem es jedoch zum Bruch zwischen diesen und Sander gekommen war, ging die Bedeutung der „Staatsbriefe“ weiterhin stark zurück, da auch andere Autoren kaum oder gar nicht mehr darin publizierten. Auf Grund der geringen Auflage und scheinbar daraus resultierenden finanziellen Schwierigkeiten erscheinen die „Staatsbriefe“ teilweise als Doppelnummern. Auf Grund dieser Entwicklung und der daraus resultierenden Enttäuschung Sanders kündigte dieser inzwischen an, das vollkommen auf ihn ausgerichtete Zeitschriftenprojekt „Staatsbriefe“ endgültig beenden zu wollen und sich stattdessen wieder dem Verfassen von Büchern zu widmen. Die Vorstellung von der Übergabe der „Staatsbriefe“ in die Hände eines jüngeren Nachfolgers scheint Sander inzwischen aufgegeben zu haben.

## **Die Auseinandersetzung mit Finkelstein**

In Ausgabe 3/2001 der „Staatsbriefe“ setzen sich die Autoren Georg Fechter, Karl Moor, Gerhoch Reisegger und Hans-Dietrich Sander unter der Überschrift „Norman Finkelstein in Deutschland“ mit Finkelsteins Buch und seinen Auftritten in Berlin, Wien und Zürich sowie den ausgestrahlten Fernsehrunden auseinander. Dazu instrumentalisieren die Autoren der Staatsbriefe die „Finkelstein-Debatte“ ganz besonders dazu, um ihre Ablehnung gegen das Rechtsstaatsprinzip, führende Politiker und die Darstellung der Diskussion in den Medien und

---

<sup>53</sup> Vgl. FN 38, S. 110

der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Praktisch wird somit die gesamte Gesellschaftsform kritisiert. Diese Kritik tritt deutlich schärfer und aggressiver als in der JF zutage. Auch die Ablehnung der Einzigartigkeit des Holocaust und die Wiedergabe antisemitischer Ressentiments sind in den „Staatsbriefen“ vorzufinden. Dabei berufen sich die Autoren, wie schon in der JF geschehen, immer wieder auf Finkelstein und die Unantastbarkeit seiner Ausführungen. Seinen Status als scheinbar unbelastete und glaubwürdige Persönlichkeit machen sich die Autoren der „Staatsbriefe“ für die Verfolgung ihrer eigenen Zwecke zunutze. Im folgenden soll nun die Instrumentalisierung der „Finkelstein-Debatte“ in den Staatsbriefen durch die entsprechenden Aussagen der Autoren veranschaulicht werden.

### **Revisionistische Äußerungen**

Der Autor Fechter richtet besonderes Augenmerk auf die These Finkelsteins, die Erinnerung an den Holocaust sei ein Konstrukt, um Israel ein fortwährendes Alibi zu verschaffen, sowie auf Aussagen Finkelsteins wie dieser:

*„Die Behauptungen, daß der Holocaust einzigartig sei, sind intellektuell unfruchtbar und moralisch verwerflich, doch sie bleiben bestehen.“<sup>54</sup>*

Diese Meinung wird von Fechter geteilt, und in einer Fußnote merkt er dazu die „offizielle Meinung“ an, indem er den Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse zitiert: *„Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es für immer bleiben.“* Fechter lehnt Thierses Ansicht ab und zitiert Finkelstein weiterhin mit dem *„Interesse an der Heiligsprechung des Holocaust durch jüdische Organisationen“* und der Aussage:

---

<sup>54</sup> Vgl. FN 41, S. 55

*„Ab einem bestimmten Punkt wird die deutsche Betonung der Einzigartigkeit des Holocaust eine umgekehrte Form von Chauvinismus“.*

Für Fechter kommt die Singularität des Holocaust nicht in Frage. Er verfißt statt dessen eine „Historisierung“ des Holocaust.

Autor Sander meint, Finkelstein habe sein Publikum in *„das Gefühl einer Befreiung versetzt, seine Sätze drangen tief und scharf in die Gehirne der Zuhörer ein.“* Er führt zu Finkelsteins Aussagen folgenden Vergleich an:

*„Sie verwandelten sich gegenüber dem status quo der Holocaustdogmatik in einen geistigen Sprengstoff, das mit keinem Mittel entschärft werden kann. Vergleichbar der nicht mehr einzudämmenden Wirkung des Lutherschen Thesenanschlags zu Wittenberg.“*

Sander will den Holocaust als *„rationalen Forschungsgegenstand“* betrachtet wissen und bezeichnet weiterhin Vergleichsverbote als *„intellektuellen Terrorismus“* und zitiert zustimmend Finkelstein: *„Wichtig ist die freie, uneingeschränkte Diskussion. Es darf keine Tabus geben.“*

Der schier unglaubliche und groteske Vergleich von der Wirkung der Finkelsteinschen Schmähschrift mit dem Thesenanschlag zu Wittenberg macht Sanders vollkommene Fehleinschätzung von Finkelsteins Buch deutlich. Auch wenn sich Sander in rechtsextremistischer Manier für eine „Historisierung“ und die Vergleichbarkeit des Holocaust einsetzt, ist die von ihm angeführte Finkelstein-Schrift dazu eine absolut ungeeignete und unspezifische Grundlage.

## **Polemik gegen Demokratie und Rechtsstaat**

Der Autor Fechter ist der Meinung, daß Finkelstein mit seinen *„kritischen“* Einwänden gegen die Unvergleichlichkeit des Holocaust als deutscher und nichtjüdischer Autor in Deutschland *„sicher eine strafrechtliche Verurteilung aufgrund der ent-*

*sprechenden Gummiparagraphen zur Verhinderung freier Meinungsäußerung“ zu erwarten hätte.*

Fechter polemisiert hier gegen den seiner Meinung nach funktionsunfähigen Justizapparat, der den Menschen mit Hilfe von §130 StGB den Mund verbiete. Fechter scheint es dabei nicht zu interessieren, daß Gesetze zur Verhinderung von Straftaten gegen die öffentliche Ordnung u. a. dazu elassen sind, in einem freiheitlichen Rechtsstaat verfassungsmäßige Grundsätze, wie z.B. die in Artikel 1 des Grundgesetzes verankerte Menschenwürde, zu schützen. Eher das Gegenteil ist der Fall: Für ihn sind sie als bloßer Ausdruck eines antidemokratischen und repressiven Unrechtsstaates strikt abzulehnen. Gerade das Einbringen einer scheinbaren Diskussion um den §130 StGB ist symptomatisch für Rechtsextremisten. Diese „Diskussion“ dient ihnen immer wieder als Ausgangspunkt, um gegen den demokratischen Rechtsstaat zu polemisieren.

Über Sendungen, die sich mit Finkelstein beschäftigt hatten, fällt Fechter ebenfalls ein vernichtendes Urteil. Fechter führt aus, daß *„volkspädagogisch-routinierte Zerredungsrunden“* und der *„volkspädagogische Medienapparat“* sich genötigt gesehen hätten, Finkelsteins Person zu verdächtigen und seine Thesen anzuzweifeln. Fechter polemisiert zu der am 08.02.2001 ausgestrahlten Sendung ZDF-nachtstudio,

*„daß absolut nichts- und doch vielsagende Befürchtungen hinsichtlich ‚Beifall von der falschen Seite‘ für das Finkelstein-Buch ausgebreitet wurden von dem pseudointellektuellen Gastgeber Volker Panzer und dem PC-windschnittigen<sup>55</sup> Professor Peter Steinbach (Leiter eines Bewältigungsinstituts an der FU Berlin)“,*

und daß sich die deutschen Teilnehmer mit ihren Äußerungen über Deutschland als „Land der Täter“ und „unser Täterstaat“ als „Gedankenpolizei“ aufgespielt hätten. In dieses „Geheul“ würden dann *„bücherkaufende Gutmenschen“* einstimmen,

---

<sup>55</sup> Fechter meint mit „PC-windschnittig“ politisch korrekt

und statt auf Finkelstein zu hören, „nach neuer antideutscher Pornographie à la Goldhagen<sup>56</sup> verlangen“. Weiterhin meint Fechter, es werden sich noch weitere

*„primär materiell interessierte medienschaffende Berufsbevältiger zu Wort melden, die sich an ihren notorischen Entlarvungs- und Kammerjäger-, gegen rechts'-Instinkten gekitzelt (...) fühlen.“*

Fechter unterstellt hier eine Selbstverleugnung von angeblich finanziell geleiteten Personengruppen im Zuge der „Finkelstein-Debatte“. Eindeutig kommt in seinen unangebrachten und polemischen Attacken die Ablehnung zu einer Auseinandersetzung mit der Holocausterinnerung zum Ausdruck, welche für ihn ebenso wie die Bekämpfung des Rechtsextremismus vor allem den Status einer Gesellschafts-paranoia zu haben scheint.

In seinem Beitrag „Der Auftritt in Wien und Zürich“ erwähnt der Autor Reisegger die Äußerung eines zu Finkelsteins Auftritt in Wien befragten Zuschauers, der sagte, *„daß es doch gut wäre, über all das einmal genauer nachzuforschen.“* Reisegger meint hierzu voller Ironie:

*„Das war wohl noch knapp unter ‚Verharmlosung‘ oder – horrible dictu – ‚Leugnung‘ ...Aber einen Schrecken jagte es uns den Rücken hinab!“*

Weiterhin meint Reisegger, daß Finkelstein Hypothesen vertrete, die anderen zum Nachteil gereichen würden. Dazu formuliert Reisegger:

*„Aber halt! Kann das denn sein? Sind wir nicht ein ‚Rechtsstaat‘, in dem alle vor dem Gesetz gleich sind? Ist das Judesein ein ausreichender, oder überhaupt ein Grund dafür, daß*

---

<sup>56</sup> Goldhagen schildert in seinem Werk auf spekulative Weise auch sexuelle Verhaltensweisen des KZ-Personals. GOLDHAGEN, Daniel: „Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“, Siedler Verlag, München, 1996

*die allgemein gültigen Gesetze hier nicht oder anders angewandt werden, als wenn du oder ich das gleiche wie Finkelstein sagten? Es würde mich doch interessieren, ob ein normaler Bürger dieses Landes das auch hätte sagen ‚dürfen‘, ohne vom Fleck weg verhaftet und dem Gericht vorgeführt zu werden.“*

Durch diese provokante Fragestellung wird der Rechtsprechung eine Ungleichbehandlung von Personen und eine unangewogene Gesetzesanwendung unterstellt. Wie auch schon bei den Äußerungen Feichters kommt hier mit dieser Unterstellung die vollständige Ablehnung des Rechtsstaatsprinzips durch den Autor zum Ausdruck. Ebenfalls verneint Reisegger die Berechtigung der Gesetzgebung zu Leugnungsdelikten auf das schärfste und unterstellt, daß diese als reine „Anlaßgesetzgebung“ nur „dem ‚Vae victis!‘“<sup>57</sup> entsprungen sein könne. Damit impliziert Reisegger eine Aufoktroierung der Gesetzgebung durch die siegreichen alliierten Westmächte des „Zweiten Weltkrieges“ und stellt damit indirekt die Souveränitätsfrage.

Sander ist ebenfalls von einem dem Volk aufgezwungenen System überzeugt: die Mehrheit der Deutschen werde von einer Minderheit beherrscht, und er führt dazu aus, daß die Lage in Deutschland immer *„unerträglicher wurde und auch gefährlicher wird.“* Sander spricht von fehlendem Anstand und Verantwortungsbewußtsein aller Beteiligten in der Frage der Entschädigung. So begreife sich die jüdische Seite als der *„willige Vollstrecker der Niederhaltung bzw. Auslöschung Deutschlands“* für die USA und habe somit einen Rückzug nicht nötig. Sander zitiert hierzu den israelischen Botschafter Shimon Stein, der den Deutschen geraten hätte, *„vom Nationalstolz Abstand zu nehmen.“* Für Sander eine unglaubliche Aussage, die Stein *„in einem normalen Staat“* umgehend die Akkreditierung gekostet hätte. Dann nimmt Sander kein Blatt mehr vor den Mund: der deutschen Führung wirft er großes

---

<sup>57</sup> „Vae victis!“ (latinum): Wehe dem Besiegten!

Verständnis für Erpressungen sowie Unfähigkeit vor, und der derbe Normalbürger auf der Straße würde Bundeskanzler Schröder „eine feige Sau“ nennen und den „gräflichen Leiter<sup>58</sup> der Entschädigungs-Verhandlungskommission in den Hintern treten wollen.“ Seinem Mißfallen am Resultat der Entschädigungsverhandlungen verleiht Sander mit diesen in Denunziation und Polemik endenden Aussagen Ausdruck. Bundeskanzler Schröder ist in Sanders Augen handlungsunfähig und verantwortungslos. Sander macht ebenso seine Ablehnung gegen den Rechtsstaat Deutschland, der für ihn ein „durch die jüdische Seite niedergehaltener“ und alles andere als „normaler“ Staat ist, deutlich. Der Vorwurf Sanders gegen deutsche Politiker, nichts gegen die Unterdrückung Deutschlands durch die USA und Israel zu unternehmen, ist ein für Rechtsextremisten weit verbreitetes Dogma. Der Führung Deutschlands wird damit auf verunglimpfende Art und Weise jegliche Legitimation abgesprochen.

## **Antisemitische Diffamierungen**

Finkelsteins Angriffe gegen „Holocaust-Schwindler“ und deren Fürsprecher, so z.B. Binjamin Wilkomorski<sup>59</sup>, Daniel Goldhagen und Elie Wiesel übernimmt Autor Fechter, und zitiert dazu Finkelsteins sarkastischen und diskreditierenden Befund: „Elie Wiesel ist der Holocaust.“ Weiterhin bemerkt Fechter, daß

---

<sup>58</sup> Sander meint hier Otto Graf von Lambsdorff, der auf der deutschen Seite die Entschädigungsverhandlungen leitete.

<sup>59</sup> Der in der Schweiz geborene Bruno Doessecker hatte in seinem Buch „Bruchstücke“ unter Vorspiegelung falscher Tatsachen behauptet, ein ehemaliges jüdisches Waisenkind mit Namen Binjamin Wilkomorski zu sein und den Holocaust miterlebt zu haben. In Konsequenz wurde „Bruchstücke“ als unauthentisch vom Markt zurückgezogen.



*„Finkelstein eingehend einen äußerst unappetitlichen Schacher jüdischer Organisationen um Geldforderungen vor allem gegen Deutschland und die Schweiz“*

darstellt. Dabei läßt Fechter nicht unerwähnt, daß gerade die JCC, der im übrigen auch der Zentralrat der Juden in Deutschland angehöre, in keinem günstigen Licht erscheine. Fechter bringt an dieser Stelle Fakten vor, die im Zusammenhang mit der Entschädigungsfrage nichts miteinander zu tun haben: der Zentralrat der Juden steht mit den Sammelklagen der amerikanischen Anwälte nicht in Verbindung. Dennoch läßt Fechter durch seine Erwähnung offensichtlich absichtlich den Eindruck entstehen, der Zentralrat der Juden in Deutschland wäre an diesem seiner Meinung nach „schändlichen Vorhaben“ beteiligt.

Zu den Entschädigungszahlungen merkt Reisegger an, daß nicht wenige meinten, „daß es Schutzgeld-Zahlungen nach Art der Mafia sind.“ Hierzu schreibt er auf Österreich bezogen, daß es zu keinerlei Zahlungen verpflichtet sei, da Deutschland als Nachfolger des Deutschen Reiches „üppig und bis heute zahlte“. Daß Österreich, seiner Meinung nach, dennoch Entschädigungen zahlte und nochmals zahlt, ist für Reisegger in keinsten Weise verständlich. Er schlußfolgert:

*„D.h., daß (...) Vertreter der US-Regierung, - etwa Stuart Eizenstat, - den ohne jegliche Rechtsgrundlage erpresserisch auftretenden Winkeladvokaten die Räuberleiter gemacht hatten, um einem gänzlich davon unbetroffenen Staat über die längst und in exorbitanter Höhe geleisteten Zahlungen hinausgehend weitere abzapfen.“*

Auch spricht Sander von „Schlammwürfen und Zahlenakrobatik der Holocausthändler“, welche durch Finkelsteins mit Fakten abgedeckten Wendungen „moralische Erpressungen, Boykottdrohungen und Veruntreuungen“ veranschaulicht werden. Weiterhin greift Sander Finkelsteins These auf, daß der moderne Antisemitismus erst durch die „Holocaust-Industrie“ entstehe. Dazu zitiert es Rafael Seligmann, der kritisiert, daß

„der Antisemitismus ein Fieber der Gesellschaft“ sei. Sanders Meinung hierzu:

*„Dies ist kein Argument. Das bestreitet keiner. Es kommt darauf an, wer die Gesellschaft mit dem Fieber infiziert.“*

Er führt aus, daß Seligmann in Bezug auf die „Eintreibungspraxis der jüdischen Organisationen“ die Meinung vertreten habe, daß man „ohne Druck eben kein Geld bekäme“, und gerade somit „ein anschauliches Beispiel für Finkelsteins Antisemitismus-These“ geliefert habe. Sander nutzt hier auf der einen Seite Finkelsteins Aussagen, um den jüdischen Organisationen sowohl Macht- als auch Geldmißbrauch zu unterstellen. Auf der anderen Seite wirft er den Juden quasi vor, am Antisemitismus selbst Schuld zu haben. Daß es tatsächlich eines gewissen Zwanges bedurfte, um deutsche Unternehmen zu Zahlungen zu bewegen, ist allgemein anerkannt. Daß damit jedoch endlich gerechtfertigten Forderungen von jüdischen und osteuropäischen Zwangsarbeitern nachgekommen werden soll, die ohne „Druck“ wohl keine Zahlungen erhalten würden, verschweigt Sander. Stattdessen nutzt er diese Tatsache, um den Juden eigenes Verschulden an ihrer Situation vorzuwerfen. Dabei handelt es sich um eine typisch rechtsextremistische Denkweise, die Juden unterstellt, durch ihr Handeln das eigene Ansehen zu beschädigen und mögliche Verunglimpfungen und Verfolgungen selbst zu verursachen.

Auch Reisegger delegitimiert im übrigen mit dem Vorwurf der Erpressung an dieser Stelle die berechtigten Entschädigungsforderungen und diskreditiert die jüdischen Organisationen mit seinem Vergleich als mafia-ähnliche Organisationen. Mit dem für rechtsextremistische Kreise typischen Vorwurf des mehrfachen „Abkassierens“ durch Organisationen wie die JCC werden antisemitische Ressentiments evoziert.

## **„NATIONAL-ZEITUNG / DEUTSCHE WOCHENZEITUNG“**

Die wohl bekannteste Zeitung des rechtsextremistischen Lagers ist die „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ). Herausgeber ist die „DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH“, deren Gesellschafter der Münchner Verleger und Vorsitzender der „Deutschen Volksunion“ (DVU) Dr. Gerhard Frey ist. Bei der NZ handelt es sich um die auflagenstärkste wöchentlich erscheinende rechtsextremistische Publikation.<sup>60</sup> Die Zeitung entstand aus der Zusammenlegung der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) und der „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) im Jahr 1999. Aufgrund der einseitigen Vormachtstellung Freys in seinem Verlag als auch in der DVU muß die NZ als inoffizielle Parteizeitung der DVU, d.h. als deren politisches Sprachrohr, angesehen werden. Die NZ ist fremdenfeindlich und antisemitisch ausgerichtet. Gerade Ausländer und Juden werden als „antideutsche“ Feindbilder dargestellt und damit Ressentiments gegen diese geschürt. Auch wird in den Beiträgen der NZ die Ablehnung unserer Demokratie und die Forderung nach einem umfassenden NS-Revisionismus deutlich. Einen besonderen Aspekt bildet ein der NZ angeschlossener Buchdienst: die hier angebotenen Bücher aus dem verlagseigenen Angebot werden in der NZ intensiv beworben und als weiterführende Lektüre angepriesen. Hier werden die wirtschaftlichen Interessen Freys sichtbar, der mit dem Buchdienst eine weitere Einnahmequelle zur Gewinnmaximierung inne hat.

### **Nutzung der Finkelstein-Thesen zu Propagandazwecken**

Zweifelsohne nahm die NZ die von Finkelstein aufgestellten Thesen von Beginn an fulminant auf. Mit reißerischen Über-

---

<sup>60</sup> Vgl. BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (BMI): Verfassungsschutzbericht 2000, Berlin/ Bonn, 2000, S. 78

schriften wurde meist schon auf der Titelseite der NZ verdeutlicht, was den Leser im Hauptteil erwarten würde. Schon allein dadurch unterscheidet sie sich von der „JF“ oder auch den „Staatsbriefen“. Die NZ berichtete mehrere Monate lang unter Berufung auf Finkelstein über die Erpressungen, die von jüdischer Seite mit Unterstützung der USA ausgegangen seien. Dabei stütze man sich neben den Ausführungen Finkelsteins auf Aussagen anderer Persönlichkeiten, denen man offensichtlich eine hohe Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit attestierte.

Schon mit ihren Überschriften verdeutlicht die NZ, daß für sie beispielsweise der Holocaust praktisch kaum mehr als ein Hirngespinnst ist. Reißerische Aufmacher in teilweise übergroßen roten Lettern auf der Titelseite wie: „Ein erpresserisches Geschäft – Prof. Finkelsteins Abrechnung mit der Holocaust-Industrie“ (09.02.2001), „Finkelsteins neue Enthüllungen – Dokumente zum heißen Eisen Holocaust“ (02.03.2001), „Wiedergutmachung oder Erpressung? – Wie Deutschland zur Kasse gebeten wird“ (23.03.2001) seien an dieser Stelle nur als kleine Auswahl erwähnt. Aus diesen Aussagen der NZ läßt sich bereits zu Beginn schlußfolgern, daß der Holocaust aus der Sichtweise der NZ bloßes Druckmittel mit dem Zweck sei, auf betrügerische Art und Weise Geld von Deutschland abzupressen. Finkelstein wird dazu wie folgt zustimmend zitiert:

*„Die Holocaust-Industrie ist wie jede andere Industrie einzig darauf ausgerichtet, Profit zu machen.“*

Im folgenden soll nun aufgezeigt werden, wie die „Finkelstein-Debatte“ in der NZ dargestellt wurde und wie die NZ Finkelsteins Aussagen zur Untermauerung der eigens durch sie geschürten Ressentiments heranziehen konnte.

## **Antiamerikanismus und Holocaust-Relativierung**

In der Ausgabe 18/2001 der NZ wird unter der Überschrift „Das war Erpressung“ die anhaltende Diskussion um Finkelsteins Buch thematisiert. Dabei wird Finkelsteins These des „doppel-

ten Abkassierens“ als bisher nicht widerlegt dargestellt und Finkelstein mit seiner Behauptung von überhöhten Überlebendenzahlen zitiert:

*„Die Zahl der Überlebenden zu erhöhen heißt, die Zahl der Opfer zu verringern. Die Zahlen, mit denen die JCC arbeitet, rücken sie ungemütlich nah an die Argumentation der Holocaust-Leugner. ‚Wenn jeder, der behauptet, ein Überlebender zu sein, wirklich einer ist‘ pflegte meine Mutter, (...), zu sagen, ‚wen hat Hitler dann eigentlich umgebracht?‘“*

Diese Zitat kann in der Darstellung durch NZ so verstanden werden, daß Finkelstein ebenfalls die eigentliche Zahl der Opfer in Frage stellt und somit den Holocaust stark relativiert. Dies ist bei Finkelstein jedoch in keiner Weise der Fall. Diese Aussage muß vielmehr in Zuge seiner Argumentation gegen die seiner Meinung nach übertriebenen Forderungen der jüdischen Organisationen angesehen werden. Die Darstellung der NZ bietet ein anschauliches Beispiel dafür, wie sie Teile von Aussagen Finkelsteins extrahiert und ihn zum reinen Akteur der eigenen Propaganda und zur Relativierung des Holocaust durch Suggestion einer geringeren Opferzahl instrumentalisiert.

Erstaunliche Sichtweisen zu der Singularität des Holocaust finden sich in der NZ ebenfalls. Im Gegensatz zur JF, aber auch zu den Staatsbriefen, tritt hier die Ablehnung des Holocaust als einmaliges Ereignis in unverhohlenen und teilweise absurden Erscheinungsformen zu Tage. So werden die Reservationen der Indianer Amerikas mit den Massenvernichtungslagern der Nationalsozialisten gleichgesetzt. Als Bildunterschrift schreibt die NZ folgendes:

*„In einer Reservation (=KZ) 1880: Herren aus Washington ziehen Zwischenbilanz der Endlösung der Indianerfrage.“<sup>61</sup>*

---

<sup>61</sup> „National-Zeitung“, Nummer 20 vom 11.05.2001

Hier wird zu einer günstigeren Darstellung des „Dritten Reiches“ die sicherlich verachtungswürdige Ausrottung der Indianer durch die Amerikaner mit NS-Vokabular belegt und somit dem Holocaust gleichgesetzt. Auch für das Gedenken an die Sklaverei zeigt die NZ großen „Einsatz“. Ebenfalls als Bildunterschrift findet sich folgende Aussage:

*„Millionen Schwarze wurden bei der Sklaverei zu Tode gebracht. (...) Seltsamerweise sehen sich die USA weder zu einer Entschuldigung noch zur Wiedergutmachung veranlasst und errichten auch keinerlei Gedenkstätten und Museen zur Erinnerung an die Menschheitsverbrechen an den Unglücklichen. (...)“<sup>62</sup>*

Dies sind nur zwei Beispiele dafür, wie die NZ sich zum Pseudovertreter der Rechtlosen, Verfolgten und Wehrlosen aufschwingt. In verschiedenen Ausgaben werden die beschwörenden Vergleiche des Leides anderer mit dem Leid der Holocaust-Opfer ausufernd fortgeführt. Die Leiden der Indianer, der Schwarzen, der Deutschen während der Luftangriffe sowie der Japaner nach Abwurf der Atombombe werden immer wieder in den Fokus des Lesers befördert.<sup>63</sup> Zweifelsohne handelt es sich dabei um furchtbare Ereignisse, die nicht verschwiegen oder vergessen werden dürfen. Betrachtet man die NZ jedoch in ihrem Gesamtkontext und unter ihrer fremdenfeindlichen Ausrichtung, kommt man zu dem Schluß, daß gerade die NZ von sich aus nicht uneigennützig für fremde (d.h. nicht deutsche) Interessen eintritt. Die NZ benutzt die vergleichende Betrachtung vielmehr dazu, um in populistischer Art und Weise Propaganda gegen die USA zu betreiben und um gleichfalls von den Verbrechen des Nationalsozialismus abzulenken. Indem Menschlichkeitsverbrechen anderer Staaten, besonders der USA, aufgelistet und deren Schandta-

---

<sup>62</sup> Ebenda.

<sup>63</sup> Vgl. „National-Zeitung“, Ausgaben 18/2001, 20/2001 und 22/2001 exemplarisch.

ten dargestellt werden, soll der von den Nationalsozialisten begangene Holocaust in ein günstigeres Licht gerückt bzw. komplett in den Hintergrund gedrängt werden. Damit ergibt sich zwangsläufig eine formale Absolution für die Existenz des „Dritten Reiches“ und somit die dezidierte Möglichkeit seiner Glorifizierung. Hier unterscheidet sich die NZ gleichfalls von der JF als auch von den „Staatsbriefen“, die nicht annähernd in solch vehementer und vereinfachter Art und Weise eine Neubewertung des Holocaust verlangt hatten.

### **Agitation gegen Wiedergutmachung jüdischen Leids**

Die Verbreitung von antisemitischen Ressentiments ist in der NZ in beinahe jeder Ausgabe anzutreffen. Auch im Zuge der „Finkelstein-Debatte“ kam es zu antisemitischer Polemik. Schon mit Titelüberschriften wie: „*Kampf um Finkelstein-Buch – Platzt Holocaust-Betrug?*“ (16.02.2001) oder „*‘Goldgrube Holocaust’ – Was Finkelstein und andere Juden enthüllen*“ (13.04.2001) geht die unterschwellige Unterstellung einher, der Holocaust sei ein Konstrukt, welches den Juden einzig zu ständigen Wiedergutmachungsforderungen diene. Mit ihren Platitüden stellt die NZ den Holocaust zwar nicht direkt in Frage, läßt jedoch offenkundig den Eindruck entstehen, daß der Holocaust in der von der Geschichtsforschung dargestellten Form nicht existiere. Vielmehr wird den Juden aus Gier und Geldsucht die Kreation einer Holocaust-Industrie unterstellt, die sich in nicht enden wollenden Geld- und mehrfachen Entschädigungsforderungen zementiere. So schreibt die NZ folgenden Kommentar zu dem ehemaligen Vorsitzenden des WJC, Nahum Goldmann:

*„Als Dr. Goldmann immer neue Forderungen erhob, sprach er des öfteren von ‚letzte‘ Ansprüche und schließlich scherzhaft von ‚letzteste‘. Doch lange nach Goldmanns Tod wer-*

*den immer weitergehende Forderungen gegen Deutschland erhoben (...).*"<sup>64</sup>

In ihren Spaltenüberschriften fragt die NZ dann auch: „Ist Juden alles erlaubt?“ und meint das Vorgehen entspreche der „'Praxis moralischer Erpresser'“.

Weiterhin wird Finkelsteins folgende Polemik wiedergegeben:

*„Fast alle Anschuldigungen, die die Holocaust-Industrie gegen Schweizer Banken erhob, waren entweder extrem falsch oder heuchlerisch.“*

Weiterhin wird der Publizist Phillip Blom unter der Zwischenüberschrift „Mäntelchen für Geldgier“ zitiert:

*„Der Holocaust als historisches Ereignis, und das Andenken der Opfer als kulturelles und historisches Legat, sind von ‚amerikanisch-jüdischen Eliten‘ in Besitz genommen worden, die es zu ihren eigenen egoistischen und korrupten Zwecken missbrauchen.“*

Die Rezitation dieser Aussagen belegt ebenfalls das in der NZ verbreitete Ressentiment gegen Juden, die geprägt durch Doppelmoral und Egoismus unter Vorspiegelung falscher (geschichtlicher) Tatsachen Wiedergutmachungszahlungen einstrichen und nur auf den Zugewinn von möglichst viel Geld bestrebt seien. Daß Forderungen verschiedener Organisationen auch nur ansatzweise berechtigt sein könnten und Unternehmen endlich ihrer Verantwortung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern nachkommen müßten, wird von der NZ ignoriert oder gar in Abrede gestellt. Die Würde der Opfer des NS-Regimes ist den Autoren der NZ dann auch keinen Satz wert. Stattdessen wird durch solche und ähnlich beleidigende Aussagen die Berechtigung ihrer Ansprüche negiert und die Erinnerung an ihr Andenken herabgewürdigt.<sup>65</sup>

---

<sup>64</sup> „National-Zeitung“, Nummer 7 vom 09.02.2001.

<sup>65</sup> Zitate dieses Abschnitts aus „National-Zeitung“ Nummer 18 vom 27.04.2001



## **Polemik gegen demokratische Wertegesellschaft**

Unter dem Titel: „*'Holocaust-Industrie' ins Herz getroffen – Prof. Finkelsteins 'gefährliches Buch'*“ brachte die NZ in Ausgabe 8/2001 einen zweiseitigen Artikel zur Debatte um das Finkelstein-Buch. Der Artikel berichtet über den Druck, der gegen den Piper Verlag ausgeübt worden sei um die Veröffentlichung zu verhindern. In dem Artikel ist von „*merkwürdiger Abart der Meinungsfreiheit*“ und dem „*Unglück*“ der Gegner „*für ihre politische Korrektheit*“ die Rede. Besonders wird auf Salomon Korn angespielt, der sich gegen die Veröffentlichung aussprach. Die NZ vermittelt jedoch unkorrekterweise den Eindruck, daß eine Unterdrückung der Veröffentlichung des Werkes stattfinden sollte. Damit wird die Grenze zwischen der Diskussion um den Gehalt des Buches und einem wöglichen Verbot verwischt, obwohl letzteres nie zur Debatte stand. Dem Leser wird so eine einseitige Meinungskultur impliziert, die unliebsame Werke am liebsten verbieten würde. Unterstützend wird dazu der Verleger Michael Naumann zitiert. Nach Naumann sei es im auch Vorfeld der Veröffentlichung von „*Eine Nation auf dem Prüfstand*“ zu erheblichen Repressionsdrohungen durch jüdische Vertreter gekommen. Anschließend folgt ein Frontalangriff der NZ auf die „*Mächtigen der Meinungsindustrie*“, die ihr „*wahres Gesicht*“ zeigten. Die NZ unterstellt, daß aus Gründen der „*politischen Korrektheit*“ nahezu sämtliche Presseverlage, die ohnehin meist jüdischen Interessen dienen, Finkelstein diskreditiert hätten. Weiterhin äußert sich die NZ abfällig über deutsche Politiker, die kaum mehr als bloße Werkzeuge jüdischer Interessenvertreter seien. So werden auf Bildern Helmut Kohl und Otto Graf von Lambsdorff mit jüdischen Funktionären abgebildet. Als Bildunterschriften wählte die NZ schmähende Kommentare. So wird Kohl in seiner Zeit als Kanzler als williger Diener des jüdischen Weltkongresses dargestellt. Kohl hätte permanent die Kollektivschuld der Deutschen betont und das deutsche Volk für seine Untaten angeklagt. Weiterhin wird „*der wegen Steuerhinterziehung rechtskräftig abgeurteilte Ex-Minister*“ Graf von Lambsdorff als „*wahrhaft traurige saft- und*

*kraftlose Gestalt*“ tituiert. Ihm wird vorgeworfen, den „*Erpressungsmethoden*“ des jüdischen Unterhändlers nachgegeben zu haben.

In einer weiteren Ausgabe der NZ (Nr. 7/2001) werden Bundeskanzler Schröder, Graf von Lambsdorff und Stuart Eizenstat auf einem Photo abgebildet. Deutschland sei über den Tisch gezogen worden, so die NZ dazu kommentierend, um „*so-genannte*“ Zwangsarbeiter zu entschädigen. Weiterhin ist man der Meinung, daß sich Deutschland bald neuen Forderungen gegenübersehen werde:

*„So kann die deutsche Seite immer wieder das große Glück genießen, an den Pranger gestellt zu werden und zu zahlen. Und zwar von unseren ‚besten Freunden‘ in der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘. Unsere (...) umgebrachten Landsleute auch nur zu erwähnen, geschweige denn (...) Wiedergutmachung zu verlangen, wäre unfein, ja ‚Aufrechnung.‘“*

Im Gegensatz dazu wird der damalige DDR-Staatschef Erich Honecker erwähnt, welcher der jüdischen Seite in finanziellen Dingen zugeknöpft gegenübergetreten sei. Die Intention der NZ hinter diesen Darstellungen liegt auf der Hand: die Führung Deutschlands soll als schwach und unfähig dargestellt werden, dass Vertrauen der Bevölkerung in sie zum Schwinden gebracht werden. So wird die Person Graf von Lambsdorffs beschädigt, und im Gegenzug dazu der damalige totalitär herrschende Erich Honecker für seine Unnachgiebigkeit in Entschädigungsfragen gelobt. Im übrigen sei es ja schon Helmut Kohl nur darauf angekommen, in der westlichen Wertegemeinschaft (diese Wort schreibt die NZ in Anführungszeichen, es ist für sie somit nicht inhaltslos) die ewige Schuld der Deutschen zu beteuern und somit aus reinem Machtinteresse das Gesicht zu wahren. Auch die jetzige Regierung Deutschlands zeige schließlich keinen Einsatz für deutsche Interessen. Anstatt für Deutsche Wiedergutmachung zu verlangen, beuge sie sich bestenfalls fremden Ansprüchen. So wird dem Leser verdeutlicht, daß diese nicht dem deutschen Volk, sondern lediglich fremden und eigenen machtpolitischen Interessen

diene. Daß die Ansprüche der nicht-deutschen Opfer berechtigt sind, und Deutschland schon allein auf Grund der Kriegsschuld keine Ansprüche zustehen, ignoriert die NZ völlig.

## **Abschlussbetrachtung**

Betrachtet man nun den Inhalt dieser Untersuchung, so fällt das Ergebnis recht eindeutig aus. Die Befürchtungen, die im Vorfeld der Veröffentlichung von „Die Holocaust-Industrie“ geäußert worden waren, hatten sich tatsächlich erfüllt. Der „Beifall von der falschen Seite“ fand tatsächlich statt. Norman Finkelstein stellte in der Tat einen ausgezeichneten Kronzeugen dar, einen von rechtsextremistischen Publikationsorganen vorzeigbaren Juden, der gegen Juden polemisierte.

Dabei agitierten die JF, die „Staatsbriefe“ als auch die NZ in eine ähnliche Richtung. Ihnen gemein war die Polemisierung gegen die jüdischen Organisationen, Agitation gegen Rechtsstaat und Regierung sowie die Ablehnung der Betrachtung des Holocaust als unvergleichliches Geschehnis. Sie alle sammelten „Beweise“, die das von ihnen vertretene Credo stützten, und blendeten gegenteilige Fakten aus. Auch wurden Sachverhalte in Unterordnung unter die eigenen Ziele teilweise komplett verdreht.

Unterschiedlich war dabei allerdings die Akzentuierung der Themenfelder sowie deren Aufarbeitung. So ging die JF bei ihrer Instrumentalisierung der Debatte auf tendenziell recht hohem Niveau vor. Die Angriffe gegen Staat und Regierung traten eher unterschwellig und in eher geringem Maße zutage, und auch der Appell zur „Historisierung“ des Holocaust wurde in eher gemäßiger Form vorgetragen. So können in der JF zwar revisionistische Ansätze herausgefiltert werden, von einer Glorifizierung des „Dritten Reiches“ kann man jedoch kaum sprechen. Die in der JF vorgebrachten antisemitischen Ressentiments traten hingegen deutlicher hervor. Dabei wurden diese auch von einem jüdischen Autor evoziert. Darin unterscheidet sich die JF im übrigen auch nur wenig

von den „Staatsbriefen“, die ebenfalls relativ deutlich gegen jüdische Vertreter polemisierten.

Den Schwerpunkt setzten die Staatsbriefe allerdings bei ihrer Agitation gegen den Rechtsstaat und seine Vertreter. Hier wurde die „Finkelstein-Debatte“ dazu instrumentalisiert, Politiker zu verunglimpfen und die vollständige Ablehnung des demokratischen Systems zum Ausdruck zu bringen. Bei der textlastigen, aber dennoch ziemlich plakativen und deutlichen Argumentation inszenierten die Autoren der „Staatsbriefe“ eine Scheindiskussion um den §130 StGB und die Meinungsfreiheit. Diese „Diskussion“ war auch schon in der JF zum Tragen gekommen. Von dem Anspruch, ein elitäres Strategieorgan zu sein, waren die „Staatsbriefe“ bei der Verbreitung ihrer rechtsextremistischen Dogmen im Zuge der „Finkelstein-Debatte“ jedoch meilenweit entfernt.

Bei der NZ kann von einem solchen Anspruch absolut keine Rede sein. Auf sehr niedrigem Boulevard-Niveau machte sie sich die Debatte zunutze. Mit wahrlich platten Sprüchen und unter Ausblendung der realen Gegebenheiten wurde eine Diffamierung von Politikern, Agitation gegen jüdische Funktionäre sowie ein starker NS-Revisionismus betrieben. Hier wurde auch der Schwerpunkt gesetzt. So kann man der NZ demzufolge unterstellen, daß sie die Singularität des Holocaust am stärksten ablehnt und einen deutlichen Vorstoß zur Glorifizierung der NS-Zeit vornimmt. Daß die NZ dabei im Gegensatz zu den „Staatsbriefen“ und der JF besonders stark auf eine visuelle Aufbereitung des Themas zur Untermauerung ihrer Propaganda setzte, sei nur am Rande erwähnt.

So läßt sich abschließend feststellen, daß Finkelsteins Aussagen in seinem Buch „Die Holocaust-Industrie“ eindeutig Wasser auf die Mühlen von Rechtsextremisten waren. Dennoch sollte man vor Veröffentlichungen von Büchern wie diesem auch in Zukunft trotz aller Bedenken nicht zurückschrecken. Nur durch eine Diskussion brisanter und komplexer Thesen können unterschiedliche Meinungen zum Ausdruck kommen und unterschiedliche Standpunkte ausgebildet werden. Diese sind in für

den Bestand und Erhalt einer pluralistischen Demokratie unerläßlich.

## LITERATURVERZEICHNIS

BACKES, Uwe / JESSE, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2000. Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich.

BEHÖRDE FÜR INNERES DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG, LANDES-AMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ (Hrsg.): Rechtsextremismus in Stichworten, Hamburg, 2001

BUNDESMINISTERIUM DES INNERN (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2000, Berlin/ Bonn, 2000

FINKELSTEIN, Norman G.: Die Holocaust-Industrie, Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird, Piper Verlag, München, 2001

GOLDHAGEN, Daniel J.: „Hitlers willige Vollstrecker, Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“, Siedler Verlag, München, 1996

HILBERG, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt am Main, 1999. Durchgesehene und erweiterte Ausgabe in 3 Bänden.

NOVICK, Peter: Nach dem Holocaust, Der Umgang mit dem Massenmord, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/München, 2001

PFAHL-THRAUGHBER, Armin: Rechtsextremismus, Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Band 5, Bouvier Verlag, Bonn, 1993

PIPER, Ernst (Hrsg.): Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie?, Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, Sammelband, Pendo Verlag, Zürich, 2001

## Internet-Quellen

BERLINONLINE: Textarchiv der „Berliner Zeitung“, „Wir haben die Zahl der Opfer noch unterschätzt“ - Gespräch mit Karl Brozik, Online im Internet: [URL: http://www.berlinonline.de/wissen/berliner\\_zeitung/archiv/2000/0401/magazin/0001/index.html](http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2000/0401/magazin/0001/index.html) (Stand: 30. Januar 2002)

BERLINONLINE: Textarchiv der „Berliner Zeitung“, Gendarstellung der Jewish Claims Conference, Online im Internet: [URL: http://www.berlinonline.de/wissen/berliner\\_zeitung/-archiv/2000/0201/politik/0013/index.html](http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/-archiv/2000/0201/politik/0013/index.html) (Stand: 30. Januar 2002)

BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ: „Protokolle der Weisen von Zion“ als angeblicher Beleg für eine jüdische Weltverschwörung, Online im Internet: URL: <http://www.verfassungsschutz.de/renetz/rechts1a/page32.html> (Stand: 30. Januar 2002)

FINKELSTEIN, Norman G.: Biography, Online im Internet: [URL: http://www.normanfinkelstein.com/id17.htm](http://www.normanfinkelstein.com/id17.htm) (Stand: 30. Januar 2002)

JUNGLE WORLD, 08/2001, Online im Internet: URL: [http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle\\_world/2001/08/07a.htm](http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/2001/08/07a.htm) (Stand: 30. Januar 2002)

SANDER, Hans-Dietrich: Staatsbriefe, Online im Internet: URL: <http://www.staatsbriefe.de/start.htm> (Stand: 30. Januar 2002)